Montag, 22. Oktober 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 248 - 43.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Vertragsverletzungen: Der Sinn geheimer Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion über die Einhaltung von Rüstungskontroll-Abkommen wird in der NATO zunehmend bezweifelt. Eine US-Studie ergab, daß es in neuerer Zeit kaum einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag gegeben hat, der von Moskau nicht verletzt oder umgangen worden wäre. (S. 10)

Landwirtschaft: Die deutschen Bauern werden voraussichtlich weitere Hilfen zum Ausgleich der Brüsseler Agrarbeschlüsse im Milchsektor erhalten. (S. 5)

Jugoslawischer Agent: Haftbefehl hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof gegen einen Jugoslawen erlassen, der versucht haben soll, für den jugoslawischen Geheimdienst Agenten unter den Exilkroaten anzuwerben.

Lücken in der Kette: Nur rund 80 000 beteiligten sich nach Angaben der Polizei an einer Menschenkette zwischen Hunsrück und Duisburg, zu der die „Friedensbewegung" als Protest gegen Raketenstationierung und Arbeitslosigkeit aufgerufen hatte. Die Veranstalter hatten mit 200 000 gerechnet. (S. 5)

Trawler: Eine diplomatische Krise zwischen Madrid und Dublin hat die Versenkung eines spanischen Trawlers durch ein irisches Schnellboot ausgelöst. Die Spanier hatten illegal in irischen Hoheitsgewässern gefischt. (S. 10)

Flucht: Zwei 19jährige Arbeiter aus der „DDR" konnten am Wochenende unverletzt über die Grenzsperren nach Niedersachsen flüchten.

Sacharow: Der sowjetische Regimekritiker hat offenbar das Krankenhaus verlassen und ist in die gemeinsame Wohnung mit seiner Frau Jelena Bonner im Verbannungsort Gorki zurückgekehrt, berichten Freunde des Ehepaares in Moskau.

Italien: Der frühere stellvertretende Chef des Geheimdienstes SISMI, General Pietro Musumeci, ist verhaftet worden. Er wird der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und der Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf den Bahnhof von Bologna verdächtigt, bei dem 85 Menschen getötet wurden. (S. 7)

Heute: EG-Außenminister beraten in Luxemburg über Beitritt Spaniens und Portugals. – Polens Primas Glemp in Ost-Berlin.

Was ist dran am Süd-Nord-Gefälle?

Für die uralte Rivalität zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Weißwurst-Äquators gibt es heute eine streng wissenschaftliche Bezeichnung: Süd-Nord-Gefälle. Hat der Süden mehr Mumm als der Norden? Die WELT ist dieser Frage nachgegangen – von Flensburg bis Garmisch. Seite 6

WIRTSCHAFT

Kapitalmarkt: Die Zinsen sind in der vergangenen Woche stark abgesunken. Sie liegen jetzt um rund einen Prozentpunkt niedriger als zum Jahresbeginn. (S. 12)

Kraftfahrzeuge: Um mehr als ein Sechstel stieg im September der Absatz fabrikneuer Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik gegenüber dem Ferienmonat August. Mehr als 215 000 Fahrzeuge wurden neu in den Verkehr gebracht.

US-Konjunktur: Das Wirtschaftswachstum schwächte sich im dritten Quartal 1984 stärker ab als erwartet. Statt um real 3,6 Prozent, wie von der Administration prognostiziert, nahm das Bruttosozialprodukt nur um 2,7 Prozent zu. (S. 11)

Ölmarkt: Iran werde die Opec auch weiterhin unterstützen, egal, wie das für diese Woche geplante Treffen der Ölminister ausgeht, teilte die Regierung in Teheran mit. Der saudische Ölminister Yamani sieht derzeit keine Veranlassung, die Opec-Richtpreise zu reduzieren.

ZITAT DES TAGES



» Das überholte Verschuldensprinzip bleibt in der Rumpelkammer der Rechtsgeschichte «

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) in einer Erklärung, in der er die baldige Neuregelung des Scheidungsfolgenrechts ankündigte. Nach einer Meinungsumfrage wünschen 60 Prozent der Bevölkerung, daß die Schuldfrage vor Gericht geklärt wird (S. 5) FOTO: DPA

KULTUR

Celan: Zur Diskussion eines ungewöhnlichen Themas fand sich im amerikanischen Seattle eine Gruppe international renommierter Forscher zusammen: Paul Celan und sein lyrisches Werk in deutscher Sprache. (S. 19)

Ausstellung: Traditionelle japanische Keramik der Gegenwart zeigt das Düsseldorfer Hetjens-Museum unter dem Titel „Erde und Feuer". Nirgendwo teilt sich japanische Tradition deutlicher mit als in der Keramik. (S. 19)

SPORT

Motorsport: Niki Lauda wurde zum dritten Mal Formel-1-Weltmeister. Ihm reichte im letzten Rennen ein zweiter Platz hinter Alain Prost.

Tennis: Steffi Graf (15) verlor beim Turnier von Filderstadt erst im Finale. Sie unterlag der Schwedin Catrin Lundqvist nach nur 49 Minuten 1:6, 4:6. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Rehabilitiert: Einen juristischen Schlußstrich unter die Legende vom „bösen Wolf" im Grimmschen Märchen Rotkäppchen zog ein „Gericht" in Venedig. Acht Schöffen sprachen den „Angeklagten" vom Vorwurf des Mordversuchs in Tateinheit mit „fortgesetzter Lüsternheit" frei. (S. 20)

Wieder in Haft: Der aus der Hamburger Haftanstalt Fuhlsbüttel ausgebrochene Paul Termann, der auf einer Atlantiküberquerung zwei Segler ermordet hatte, ist in Datteln gefaßt worden. (S. 20)

Wetter: Unbeständig, erhebliche Niederschläge. Bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Peking ordnet an: Weniger Staat, mehr Wettbewerb

Nach der Landwirtschaft ist jetzt die Industrie an der Reihe

DW. Peking

Mit der Verabschiedung eines tiefgreifenden Reformprogramms hat die Kommunistische Partei Chinas am Wochenende die Weichen gestellt, um innerhalb der kommenden fünf Jahre die wirtschaftlichen Strukturen grundlegend zu verändern. Im Mittelpunkt des Programms, das nach den seit 1978 laufenden Reformen in der Landwirtschaft nun auch den Industriebetrieben weitgehende Marktrechte einräumt, steht erstmals die Forderung nach der Durchsetzung eines „realistischen" und stark marktbezogenen Modells für die Preis- und Lohnpolitik.

Das neue Programm, mit dem sich der Reformflügel um Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang gegenüber den bremsenden Bestrebungen orthodoxer Funktionäre durchsetzen konnte, räumt, wie es heißt, „mit einem seit langem herrschenden Mißverständnis" auf, Sozialismus sei gleichbedeutend mit Egalitarismus. Das „gleichmacherische Denken ist mit dem Marxismus völlig unvereinbar". Im Vorfeld der dazu einberufenen *Sitzung des Zentralkomitees* hatte Chinas Spitzenpolitiker Deng Xiaoping in einer Reihe von Interviews sich mit seiner Autorität hinter das Reformwerk gestellt und es als „so etwas wie eine Revolution, aber völlig verschieden von der Kulturrevolution" bezeichnet. Zugleich versicherte Deng in einem Gespräch mit japanischen Politikern, daß Chinas Politik der offenen Tür sich bis Mitte des nächsten Jahrhunderts nicht ändern werde „und wohl kaum auch in den darauffolgenden 50 Jahren, da die Einbindung in den Weltmarkt dann sehr eng geworden sein wird".

In einem ähnlichen Prozeß, wie er sich bereits in Ungarn vollzog, hat sich die Pekinger Führung nach ihren bislang unkoordinierten Reformschritten, die nur allzuoft in den vergangenen Jahren gegeneinander wirkten und zu inflationären Tendenzen, Haushaltsdefiziten und Rohstoffknappheiten führten, für einen, so Beobachter, „nun konsequenteren" Ausbau der Reformen entschieden. Sie sollen künftig die Unternehmensführungen weitgehend von staatlicher Lenkung befreien und die Betriebe dem *freien Wettbewerb* aussetzen. „Überall, wo Güter produziert werden, muß Konkurrenz herrschen", heißt es in dem 39seitigen Grundsatzprogramm. In einer ersten Stufe sollen 50 Prozent aller Industrieprodukte und mehr als 75 Prozent aller Landwirtschaftsgüter, die bislang zentral geplant wurden, frei produziert werden. Den Betrieben werden dafür weitgehende Freiheiten bei der Festsetzung der Produktionsmengen, der Vermarktung der Produkte und beim Einkauf von Rohstoffen eingeräumt. Ausgeweitet werden ebenfalls die Rechte der Direktoren über Einstellungen und Entlassungen ihres Personals. Die Wirtschaftsplanung soll sich künftig bis auf wenige strategische Schlüsselprodukte, wie etwa Rohstoffe, auf die Ausarbeitung von Richtlinien und vor allem der wirtschaftlichen Gesamtstrategie beschränken.

Befürchtungen, daß die Marktanpassung des Preisgefüges einen neuen inflationären Prozeß auslösen würde und zu politischen Unruhen führen könnte, will das Zentralkomi-

● Fortsetzung Seite 10

Strauß bekennt sich zu Bonner Bündnis

„Gerechter Anteil" für die CSU gefordert / Erneut Kritik am Verhalten der FDP

PETER SCHMALZ, München

Mit einem klaren Bekenntnis zur Bonner Regierungskoalition und einer deutlichen Absage an eine Große *Koalition auf Bundesebene* verband der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß vor dem Münchner CSU-Parteitag kritische Bemerkungen zum inneren Zustand des Regierungsbündnisses. „Hier hat es", meinte Strauß, „keinen Sinn, um die Dinge herumzureden oder falsche Erwartungen zu hegen." Wer aber zu manchen Erscheinungen in dieser Koalition ein kritisches Wort sage, den solle man *nicht gleich verdächtigen*, die Koalition sprengen zu wollen.

Für den CSU-Chef und bayerischen Ministerpräsidenten stellte sich die Lage folgendermaßen dar:

● Aufgrund des letzten Wahlergebnisses kann es keine andere Koalition als die zwischen CDU, CSU und FDP geben; die CSU sei darin allerdings bestrebt, ihren „gerechten Anteil" an den Möglichkeiten des Bündnisses zu bekommen.

● Die SPD ist in ihrem heutigen inneren Zustand als Partner einer Großen Koalition „überhaupt nicht diskussionsfähig", sie sei nicht imstande, mit der Union eine gemeinsame Politik zu machen, meinte Strauß, *fügte aber die Bemerkung an:* „Ich bedauere es." Jedenfalls habe der FDP-Vorsitzende Genscher keinen Grund, „empört aufzuschreien und mir vorzuwerfen, ich würde einer

SEITE 2:
Kohls Kurskorrektur
SEITE 3:
Die CSU hat ihr Idol wieder

Großen Koalition in Bonn das Wort reden".

● Die FDP müsse ihren liberalen Standort „den heutigen und morgigen Gegebenheiten entsprechend definieren", statt in einer „mal so, mal so verlaufenden Fahrrinne herumzustochern". Strauß forderte den Koalitionspartner auf, das seinerzeit als historisch bezeichnete Bündnis zwischen Liberalismus und Sozialismus, niedergelegt in den Freiburger Thesen, zu überdenken. Wörtlich sagte er: „Für uns ist es schwierig, wenn ein Koalitionspartner aus Gründen der Überlebensangst glaubt, da oder dort Profil zeigen zu müssen, und dann regelmäßig – ich drücke mich noch *sehr vorsichtig aus – grundsätzliche* Standpunkte auf unserer Seite nicht durchgesetzt werden können."

In diesem Zusammenhang warnte der CSU-Vorsitzende, man dürfe nicht zulassen, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu einem Ankündigungsminister gemacht werde. Grundsätzlich zeigte sich Strauß mit den Erfolgen der Bundesregierung einverstanden, kritisierte deren öffentliche Darstellungen aber als „gelinde gesagt" nicht optimal.

In seinem 75minütigen Grußwort bedankte sich Bundeskanzler Helmut Kohl für die „kameradschaftliche Unterstützung und kameradschaftliche Kritik" von Strauß und gestand ein, die Regierung habe Fehler gemacht: „Ich schließe mich da nicht aus." Auf den drei in der Koalition umstrittenen Bereichen Ehescheidungsfolgerecht, Ausländer- und Demonstrationsrecht kündigte Kohl Entscheidungen in den nächsten Wochen an.

Bäumer verweigert sich der SPD

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der frühere NRW-Landwirtschaftsminster Hans Otto Bäumer hat seiner Partei mitgeteilt, daß er für eine erneute Kandidatur 1985 zum Düsseldorfer Landesparlament „unwiderruflich" nicht mehr zur Verfügung stehe. Bäumer, der früher auch Bezirkschef des SPD-Bezirks Niederrhein war, erklärte, er werde keine Ämter mehr in der SPD übernehmen. Als wichtigste Begründung nannte er die Annäherung der Sozialdemokratie zu den Grünen. Dies sei für ihn „nicht akzeptabel".

In einer mehrseitigen Verzichtserklärung kritisiert er auch scharf Ministerpräsident Johannes Rau. Die Aufforderung Raus mit Blick auf die Landtagswahl im Mai 1985, daß alle Parteien miteinander Gespräche führen könnten und niemand Tabu-Zonen errichten dürfe, könne man so verstehen, daß „frühere Festlegungen" der SPD, nämlich keine Bündnisse mit den Grünen einzugehen, nun „ins Gegenteil verkehrt werden".

Grüne finanzieren sich vorwiegend aus Steuergeldern

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Finanzpraxis der Grünen steht offensichtlich nicht im Einklang mit dem Parteiengesetz und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" wurde gestern berichtet, die Grünen hätten in den zurückliegenden fünf Jahren mindestens 40,55 Millionen Mark aus Steuermitteln des Staates kassiert. Nach dem Parteiengesetz und dem Urteil des Verfassungsgerichtes muß sich eine Partei überwiegend aus eigenen Mitteln finanzieren. Die Eigenmittel der Grünen hätten jedoch bisher „bei weitem nicht das Minimum von fünfzig Prozent" erreicht. Damit seien die Grünen die einzige Bundestagspartei, die sich zum weit überwiegenden Teil aus Steuergeldern aller Bürger finanziere.

Das ZDF berichtete aufgrund von internen Unterlagen der Grünen auch über die Vergabe einzelner Mittel. So habe eine Gärtnerei und Baumschule in Bielefeld, die als Wirtschaftsunternehmen an jedermann verkaufe, einen Kredit vom grünen Ökofonds für die Beschaffung von Pflanzgut und von Ausrüstungsgegenständen erhalten. „Die Grünen sind mit 15 000 Mark dabei." Die Firma Comuna Metall Vorrichtungs- und Maschinenbau in Herford, die Anlagen zur Wärme-Kraft-Kopplung baue, habe aus dem Ökofonds 20 000 Mark erhalten. Vom Staat mitfinanzierte Subventionen aus der Kasse der Grünen seien an ein Restaurant in Aachen gegangen, das vegetarisches Essen serviere. In Bonn sei von den Grünen die Miete für ein Lokal für die Friedensbewegung bezahlt worden. „Aus internen Papieren geht hervor, daß die Grünen auch für Manöverbehinderungen in diesem Herbst mindestens 5000 Mark bezahlten", berichtete das ZDF.

Der Verfassungsrechtler Professor Friauf (Universität Köln) sagte in der Sendung, nach der Rechtsprechung dürfe die laufende Tätigkeit einer Partei nicht durch Staatsmittel finanziert werden. Die Ausgabe von Mitteln dürfe nicht „ohne Bezug" zum anstehenden Wahlkampf stehen.

Yves Montand: „Ich bin angewidert"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Überraschung, Entsetzen und ohnmächtige Wut kennzeichneten die Stimmung in Frankreich 24 Stunden nach der Verurteilung des 53jährigen französischen Fernsehjournalisten Jacques *Aboushar zu 18* Jahren Gefängnis durch ein afghanisches Gericht. Aboushar war am Wochenende 34 Tage nach seiner Gefangennahme durch sowjetische und afghanische Truppen *in der Nähe der pakistanischen* Grenze vom Revolutionsgericht in Kabul zu dieser unerwartet hohen Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er „illegal die Grenze überschritten" und sich „in Begleitung bewaffneter Banditen" befunden habe.

Die offizielle Reaktion in Paris hielt sich jedoch in vorsichtig fixierten Grenzen; weder Präsident Mitterrand *noch einer seiner* Minister äußerten sich zu dem Urteil. Im Quai d'Orsay hieß es lediglich, die französische Regierung sei „zutiefst schockiert" und bemühe sich, die Freilassung und sofortige Rückkehr des Journalisten nach Frankreich zu bewirken. Die Sozialistische Partei protestierte ebenso wie die beiden großen Oppositionsparteien. Das kommunistische Parteiorgan „L'Humanité befand, es sei „wünschenswert", daß Aboushar nach Frankreich zurückkehre und sein Berufs- wie Familienleben schnell wiederaufnehmen könne.

Abousbars Kollegen hatten in einem Protestumzug vor der afghanischen und der sowjetischen Botschaft in Paris am letzten Donnerstag, an dem sich etwa 2000 Menschen beteiligten, *auf die Präsenz sowjetischer* und osteuropäischer Journalisten in Indochina und Algerien auf seiten der damaligen nationalen Freiheitsbewegungen hingewiesen, ohne daß jemals ein solcher Pressevertreter, der in die Hände französischer oder amerikanischer Truppen fiel, von einem westlichen Gericht als Spion oder Grenzverletzer abgeurteilt worden sei. In Zukunft werde man jedem sowjetischen Vertreter, der im Westen vor die Presse trete, die Frage nach Aboushar stellen.

Die heftigste Reaktion kam am Wo*chenende von dem Schauspieler* Yves Montand, der sich im Gefolge der sowjetischen Gewaltakte gegen Ungarn, die Tschechoslowakei, das Dissidentenpaar Sacharow und jetzt Afghanistan von einem ehemaligen „Kompagnon" der Kommunistischen Partei Frankreichs in einen entschiedenen Gegner des Kommunismus gewandelt hat. „Ich bin angewidert, aber nicht überrascht", sagte der Künstler in einem Interview mit einer Sonntagszeitung. „Unsere braven Linksintellektuellen werden wieder einmal von ihren Stühlen fallen und die Hände ringen. Es tut ihnen jedesmal weh, wenn *sie so etwas hören*, aber sie akzeptieren letztlich alles."

Seite 2: Die Grenze überschritten

DER KOMMENTAR

Reform in China

HERBERT KREMP

Die Reformen in China erinnern an Lenins und Bucharins Neue Ökonomische Politik, jene sozialistisch-kapitalistische Mischwirtschaft, die 1921 eingeführt und 1926 von Stalin beendet wurde. In den Händen der Staatsführung waren damals nur die Schlüsselbetriebe geblieben, die „Kommandohöhen der Wirtschaft". Die Wirtschaft wuchs, aber die Neue Politik blieb dennoch ein Experiment, ausgelöst durch die Jahre des Krieges, des Bürgerkrieges, der Revolution und des fast vollständigen Zusammenbruchs der Versorgung. Die landwirtschaftliche Produktion war auf die Hälfte, die Industrie-Produktion auf 14 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken. Man erinnerte sich des Helfers in der Not: der privaten Initiative.

Wird der Marktsozialismus auch in China nur ein Intermezzo sein? Der erste Mann im Land, Deng Xiaoping, kommt allen ängstlichen Fragen mit der Erklärung voraus, die „Politik der Öffnung" werde 66 Jahre andauern, und dann sei China so kräftig in das Weltwirtschaftssystem verfugt, daß eine Rückkehr zu Gleichmacherei, Kollektivierung und Militarisierung der Betriebe nicht mehr möglich sein werde. Das ist leichter gesagt als getan, denn der Grand Design hat natürliche Nachteile und Feinde. Der freie Wettbewerb, dem die eine Million Industriebetriebe jetzt ausgesetzt werden, ihre Orientierung am Markt und der Entzug stützender Subventionen bringt die Preise in Bewegung. Das zeigte sich schon nach der Auflösung der Volkskommunen auf dem Lande. Außerdem: Hunderttausende von Funktionären verlieren die „eiserne Reisschüssel". Sie müssen von der Ideologie auf die Güterproduktion umschalten – oder sie werden geschaßt.

Chinas Reformen sind freilich besser durchdacht und weniger von der Not diktiert als die einstige sowjetische Neue Ökonomische Politik. Seit der Entmachtung der Maoisten 1978 und der Verlagerung der Schaltstellen von Politbüro und Zentralkomitee in die effizient arbeitenden Sekretariate (Parteiministerien) des ZK hat Deng durch systematische Personalpolitik in der Zentrale und in den Provinzen den Wandel vorbereitet. Über Marxismus wird nicht mehr viel geredet, man sagt eher, am Kapitalismus sei „nicht alles falsch". Der Staat zieht sich auf die wirtschaftliche Gesamtstrategie, Planaufstellung, Sozialpolitik, Rohstoffausbeutung, Erziehung der Jugend und der Kader zurück. Das riecht nach Wettbewerb und Belohnung der Leistung. Der Kommunismus geht, Johnny Walker kommt...

Appell Walesas für entführten Priester

DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat gestern in Warschau zur Rettung des oppositionellen Pfarrers Jerzy Popieluszko aufgerufen, der am Freitag abend von Unbekannten in der Nähe von Thorn entführt worden ist. *Gestern fehlte noch immer* jede Spur von dem Geistlichen.

„Wenn ihm auch nur ein Haar gekrümmt wird, so nimmt man eine schreckliche Verantwortung auf sich", sagte Walesa vor Tausenden von Menschen, die zum Gottesdienst in die Kirche St. Stanislaus im Warschauer Vorort Zoliborz gekommen waren.

Man sah viele ehemalige Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", für deren Belange sich Popieluszko stets eingesetzt hatte. Der stellvertretende Vorsitzende der Warschauer „Solidarität", Seweryn Jaworski, hat die Gläubigen, in der Kirche zu wachen, bis Pfarrer Popieluszko zurückkehre. Er appellierte an die „internationalen Menschenrechtsorganisationen", auf die polnische Regierung Druck auszuüben, den Fall schnellstmöglich zu klären.

Inzwischen sind Rechtsanwälte und Mitarbeiter von Popieluszko nach Thorn gefahren, um mit dem Fahrer des Priesters, Waldemar Chrostowski, zu sprechen. Er war aus dem fahrenden Auto der Entführer gesprungen, die den Wagen Popieluszkos am späten Freitag abend unter dem Vorwand einer Alkoholkontrolle angehalten hatten. Wie aus der Umgebung des Pfarrers zu hören war, hat der Chauffeur sich dabei ein Bein gebrochen und liegt im Krankenhaus.

Marcos' Version des Mordes an Aquino falsch

DW. Bonn

Der Mörder des am 21. August vorigen Jahres erschossenen philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino ist nicht – wie bisher behauptet – der kommunistische Agent Rolando Galman gewesen. Ein Video*film, der für die im Auftrag von Präsi*dent Marcos arbeitende Untersuchungskommission des Falles Aquino im August gedreht wurde, beweist: der angebliche Mörder war längst tot als die Schüsse auf den Erzrivalen des Präsidenten fielen.

Die Filmdokumentation, die aus Videoaufnahmen des staatlichen philippinischen Fernsehens, der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC *und der japanischen „Tokio Broadcasting System"* TBS zusammengestellt ist, beweist nicht, wer Aquino erschoß. Sie beweist jedoch, daß der Mord eine geplante Aktion der Militärs war.

Während das philippinische Filmmaterial ausgerechnet für die entscheidenden Minuten zerstört ist, sprechen die ausländischen Aufnahmen gegen die bisherige Version der *Regierung Marcos. So zeigen die* Bilder des getöteten angeblichen Aquino-Mörders Galman deutlich, daß er zum Zeitpunkt des Geschehens bereits längere Zeit tot gewesen sein muß. Bisher wurde der Mörder anhand eines blauen Hemdes identifiziert: Galman trug ein solches Hemd. Auf den Videoaufnahmen ist jedoch eine weitere Person mit blauem Hemd zu sehen, die als der Direktor der Flughafensicherungskommission, Bautista, identifiziert werden konnte.

Frieden für El Salvador bleibt weiter trügerisch

US-Aufklärer abgestürzt / Abschuß von Washington dementiert

DW. Washington

Die US-Regierung hat Meldungen der Guerrilla in El Salvador bestritten, ein amerikanisches Flugzeug mit vier CIA-Agenten und drei Salvadorianern an Bord sei *in der Nähe* der Hauptstadt von Guerrilleros abgeschossen worden.

Der Rundfunksender der Rebellenbewegung „Nationale Befreiungs*front Farabundo Marti*" (FMLN), „Radio Venceremos", behauptete, das Flugzeug habe eine neue Offensive der Regierungstruppen in der Provinz Morazan im Osten des Landes beobachten sollen. Außer den vier Amerikanern seien auch drei salvadorianische Soldaten bei dem Absturz am Freitag ums Leben gekommen. Dieselbe Maschine habe einen Tag zuvor an einer mißlungenen Luftlandeoperation in Morazan teilgenommen, die vom Chef der US-Militärberater, Oberst James Steele, geleitet wurde.

Das US-Außenministerium erklärte dagegen, die Maschine sei in heftigem Regen an einer Felswand zerschellt. An Bord hätten sich lediglich vier amerikanische *Zivilangestellte* des Geheimdienstes CIA befunden. Als falsch bezeichnete das State Department Behauptungen, die vier Amerikaner hätten den Auftrag gehabt, „Bombenangriffe zu leiten". Ihr Auftrag sei vielmehr gewesen, die Regierungstruppen über Bewegungen der Guerrilla zu unterrichten. Nach Angaben der „Washington Post" hielt sich Oberst Steele mit zwei Militärberatern kürzlich in Morazan auf. Am Freitag hatten dort nach offiziellen Angaben der Regierung in San Salvador 2000 Soldaten mit einer Operation gegen Rebellen begonnen.

Anfängliche Hoffnungen auf einen Frieden im seit über vier Jahren andauernden Bürgerkrieg stellten sich jedoch nach der Wiederaufnahme der Kampftätigkeit und jüngsten widersprüchlichen Äußerungen der Teilnehmer als trügerisch heraus. Der Präsident hatte das Treffen als „positiv" bezeichnet, die Regierung bestritt jedoch am Wochenende Behauptungen der FMLN, diese hätte einen 29-Punkte-Forderungskatalog für einen Waffenstillstand vorgelegt.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kanonenboot-Politik

Von Jürgen Liminski

An brennende und sinkende Schiffswracks im Persischen Golf hat sich das europäische Publikum gewöhnt. Europäische Schüsse auf spanische Boote jedoch erregen immer noch Aufsehen, denn hier fällt der erklärende Rückgriff auf das Zivilisationsdefizit der fernen Völker doch recht schwer.

Der Zwischenfall in der irischen See endete zwar, was die menschliche Seite betrifft, noch einmal glimpflich. Die sechzehn spanischen Seeleute wurden aus dem Wasser geborgen. Dennoch wirft der Fall Fragen auf, die das Wertebewußtsein der Gemeinschaft betreffen – und nicht nur für die Spanier.

Madrid und Paris bemühen sich, diese moderne Form europäischer Fischereiverhandlungen herunterzuspielen. Die französisch-spanische Ministerkonferenz in Barcelona zeigte sich von dem Vorfall nicht beeindruckt. Sie verhandelte weiter über Beitrittsdetails. Von Übereinstimmung und Annäherung der Standpunkte in den kritischen Fragen (Olivenexport, Sozialregelung, Zollerhöhungen) ist die Rede. Die Fischereifragen waren ausgeklammert worden, als hätte man das Gewitter in der irischen See geahnt.

Wahrscheinlich wollte man an den Vorfall vom März, als ein französisches Küstenwachboot einen spanischen Fischkutter unter Beschuß nahm und immerhin sechs Spanier verletzt wurden, nicht mehr erinnert werden. Um diese Fragen sollten sich die Iren kümmern, die derzeit den EG-Vorsitz innehaben. Sie haben sich auf eine Art darum gekümmert, mit der niemand gerechnet hatte. Jetzt herrscht in Dublin das betretene Schweigen des Regisseurs, dem gerade die Kulisse einstürzte.

Die Spanier sind stolze und gefahrgewohnte Menschen. Sie nehmen die normalen Risiken auf sich, und sie wissen um die Gefahren der Fischerei – auch und speziell nach den neuen Seegrenzziehungen. Die Umstände jedoch sind nicht normal. Dies ist die zweite Kanonade in sechs Monaten und Spanien verhandelt um den Beitritt in die gegen spanische Fischer offenbar schießfreudige Gemeinschaft. Die Empörung ist groß, und die Caballeros fragen sich, ob die fernen Völker hinter den Pyrenäen bei all ihren Überschüssen nicht doch an gewissen Mängeln leiden.

Die Grenze überschritten

Von August Graf Kageneck

Jacques Abouchar ist ein französischer Journalist. Aber seine Verurteilung zu achtzehn Jahren Gefängnis durch ein afghanisches Gericht in Kabul wegen „illegaler Überschreitung der Grenze" macht ihn zu einem exemplarischen Fall, der den gesamten Westen angeht.

Hier wird nicht nur – wieder einmal – von sowjetischer Seite das Grundrecht auf Informationsfreiheit mit Füßen getreten. Hier soll vor allem jeder abgeschreckt werden, der versucht sein könnte, Licht in den sowjetischen Angriffskrieg gegen ein kleines Volk und dessen heldenhaften Widerstand zu bringen.

Hinter dem afghanischen Gericht steht die sowjetische Weltmacht, und zwar durch direkte Aktion; Abouchars Verhaftung, die durch Spitzelverrat und Lockung in einen von Sowjets gelegten Hinterhalt zustande kam, hat sich als KGB-Unternehmen herausgestellt. Moskau wollte wenige Wochen vor dem fünften Jahrestag der Invasion ein Exempel statuieren, das alle davon abhalten sollte, die Verbrechen seiner Besatzungstruppen in Augenschein zu nehmen.

Schöner als das Kabuler Gericht kann man es nicht sagen: Abouchar habe illegal die Grenze überschritten. Als hätte er sie legal überschreiten können, um darüber zu berichten, was eine Macht tut, die seit fünf Jahren mit 120 000 Soldaten illegal dieselbe Grenze überschreitet.

Abouchar wird nicht achtzehn Jahre im Gefängnis bleiben. Spätestens in zwei Jahren ist er wieder frei, wenn in Frankreich gewählt wird. Französische Kommunisten werden seine Freilassung erwirken. Ob Wähler daraufhin glauben, die Kommunisten seien die Retter der Pressefreiheit, wird man sehen.

Immerhin muß man zugeben: ganz erfolglos waren Moskaus Methoden bisher nicht. Von den liberalen Mundhelden, die Vietnam nach der täglichen Fernsehberichterstattung täglich als Verbrechen gegen das Weltgewissen anklagten, hört man zu Afghanistan nicht viel. Aus der Mattscheibe, aus dem Sinn.

Die Franzosen freilich lassen sich nicht alles bieten. Es könnte sein, daß mit dem Abouchar-Urteil eine Grenze überschritten wurde.

Der Seil-Trick

Von Enno v. Loewenstern

In den Rundfunknachrichten hechelte eine aufgeregte Dame schon am Samstagnachmittag, es hätten sich 150 000 auf der Bonner Hofgartenwiese versammelt, und: die Bewegung betrachte ihren Aufmarsch als einen großen Erfolg. Ernsthafte Schätzungen nahmen weniger als die Hälfte an.

Der Trick, den Staatsbürgern einzureden, ihre große Mehrheit versammle sich auf der Straße gegen die von ihnen gewählte Politik, leiert allmählich aus. Mittlerweile ist der Zusammenbruch der Bewegung denn doch zu offenkundig.

Für die „größte Menschenkette in der Geschichte der Friedensbewegung" waren 250 000 Bewegte angesagt worden. 200 000 wären erforderlich gewesen, um eine Kette zwischen Hunsrück und Duisburg zu bilden. Nach Angaben der Veranstalter kamen 150 000. Nach den Feststellungen der Polizei waren es 80 000.

Man behalf sich, indem man sich an Stricken festhielt und so die klaffenden Lücken von Hand zu Hand überbrückte. Insofern war die Sache für die Veranstalter in gewissem Sinn ein Erfolg, denn ihr Lehrmeister hat ja schon vor Jahrzehnten über die Nützlichen spekuliert, die den Strick liefern würden.

Denn, falls noch jemand zweifeln sollte, wer die eigentlichen Veranstalter sind: nicht nur wurden im Fernsehen justament DKP-Transparente prominent ins Bild gerückt. Nicht nur wurden wieder die bekannten Plakate gegen Pershing II und cruise missiles gezeigt und wurde sorgsam verhindert, daß Plakate gegen die SS 20 oder die Besetzung Afghanistans eine Rolle spielten. Auch die „Menschenkette" illustrierte das DKP-Plakat „Arbeitsplätze statt Raketen", indem sie, wie lükkenhaft auch immer, jedenfalls von einer Militäranlage zu einem Arbeitsamt gezogen wurde.

Was für Arbeitsplätze – solche wie im SS-20-Land? Wir hatten noch vor wenigen Jahren gutbezahlte Arbeitsplätze für jeden, bei ausreichender Rüstung zum Schutz derselben. Wenn wir sie eines Tages wieder haben, dank einer wieder vernünftigen Wirtschaftspolitik: was wird dann das Alibi der Strick-Zieher sein?



Erhöhter Ausstoß KLAUS BÖHLE

Kohls Kursbestimmung

Von Manfred Schell

Parteitage der CSU haben immer ihren eigenen politischen Stellenwert, auch wenn sie nicht von Personalien (der Fall Barzel spielte keine Rolle) geprägt sind oder in eine Phase der Spannungen zwischen Strauß und Kohl fallen. In München ging es diesmal um die „Kursbestimmung". So lautete der Anspruch deg selbstbewußten CSU. Die Wahl dieses Arbeitstitels implizierte, daß es aus der Sicht der CSU-Führung Unsicherheiten in der Kursbestimmung in Bonn gibt.

Bundeskanzler Helmut Kohl, souverän und sachpolitisch gut präpariert, hat für solche Annahmen keinen Spielraum gelassen.

Er war es, der in München die Kursbestimmung vornahm, der die Frage beantwortete, wo die Wende geblieben sei.

Sachlich gibt es kein Defizit. Die außen- und innenpolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland hat sich binnen zwei Jahren fundamental verändert. Der NATO-Doppelbeschluß wurde durchgesetzt. Bonn ist wieder in aller Welt ein berechenbarer Partner. Die Westbindung unseres Landes ist Teil der Staatsräson. Kohl hat klargestellt, Kredit hin oder her, daß die deutsche Frage eine Frage der Selbstbestimmung und der Menschenrechte ist. Und: daß sie offen ist.

Den Revanchismusvorwurf tut Kohl als „Propagandalüge" des Warschauer Paktes ab. Wo das Bild der Deutschen in der Welt verfälscht wird, tritt der Kanzler den Versuchen entgegen, während andere, zum Beispiel Brandt und Apel, hier wenig für ihr Land tun.

Was die Innenpolitik betrifft: Als Kohl nach seiner Wahl zum Kanzler in der Fraktion umjubelt wurde, hatte er zur Nüchternheit geraten. Ein Irrweg, über viele Jahre hinweg gegangen, könne nicht über Nacht repariert werden. Doch hat die Regierung Kohl viel repariert: Die Staatsverschuldung wurde drastisch zurückgeführt. Das hat Entlastung bei den Zinsen gebracht, jene Abkoppelung von den US-Zinsen die der „Weltökonom" Schmidt nicht schaffte. Trotz Streiks wird es 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent geben. Die Ertragslage der Unternehmen verbessert sich. Die niedrige Preissteigerungsrate ist die größte soziale Leistung seit langem, auch wenn sie lautlos zustandekommt. Die Realeinkommen sind dadurch gestiegen, auch die Bezüge der Rentner. Dazu wurde eine Steuerreform beschlossen, die vor allem die Familien mit Kindern entlasten soll. Die Wehrdienstverlängerung ist durch. Die weiteren Entscheidungen werden Punkt für Punkt vorgenommen.

Zu Recht stellt Kohl die Frage: ist all dies keine Wende?

Zu Recht – und zu Unrecht. Denn so klar es ist, daß in der Sache eine Wende eingetreten ist, so klar ist es leider auch; daß in der Stimmung keine Wende eingetreten ist. Oder, richtiger: was nach der Wahl im März 1983 eine Hoffnung auf Wende war, eine Bereitschaft, den neuen Weg auch geistig mitzugehen, das ist einer gewissen Resignation gewichen. Denn unübersehbar ist, daß die Versager, die sachlich nichts zu bieten haben, wieder das Meinungsklima der Nation beherrschen. Die erste Regierung seit vielen Jahren, die wieder konsequente und tüchtige Arbeit leistet, wird in den Stammtischen, ja, auch unter den eigenen Leuten, als Nichtstuer-Regierung verschrien.

Es ist freilich schwer, den Leuten eine Aufbruchstimmung zu vermitteln, wenn man die eigenen Erfolge nur halbherzig proklamiert. Der Union ist, dies zeigte sich in München, tatsächlich ein Stück Energie und Selbstbewußtsein verloren gegangen, über Aktenvermerken und „Pannen"-Stories und der Unfähigkeit mancher Betroffener, rechtzeitig reinen Tisch zu machen und die Technik der Medienwühlmäuse zu konterkarieren, die nach einer sauberen Republik rufen und eine andere Republik wollen.



Die Leistungen anerkannt: Strauß mit Kohl in München FOTO: WERNER SCHÖRING

Bundeskanzler Kohl sieht diese Entwicklung immerhin; deshalb will er die Vorgänge um Barzel noch in dieser Woche in Ordnung bringen. Das heißt: er erwartet den Rücktritt Barzels. Als Nachfolger werden Heinrich Windelen und Paul Mikat genannt.

Franz Josef Strauß hat die Leistungen der Regierung nach all dem verflossenen Donnergrollen ohne Einschränkung anerkannt. Er selber hat zudem ein Stück Klarheit geschaffen oder auch eigenen Kurs bestimmt: Der Koalitionspartner FDP wird zwar nicht geliebt, aber akzeptiert. Strauß hat endlich klargestellt, daß eine große Koalition mit der SPD angesichts des Zustandes dieser Partei „nicht diskussionsfähig" ist. Was Strauß fordert, den „gerechten Anteil" der CSU an dieser Koalition und ihrer Politik, wird ihm niemand verweigern; im Gegenteil, jeder Koalitionär ist froh, wenn die CSU einen gerechten Anteil einbringt. Der Kanzler hat es freilich anders formuliert: Jeder müsse sich wiedererkennen können in diesem Regierungsbündnis. Den Wähler interessiert nur, was dabei herauskommt, vor allem demnächst in der Innen- und Rechtspolitik.

Die Malaise-Stimmung wird der politischen Leistung der Regierung Kohl nicht gerecht. Das hat Strauß bestätigt, und er hat richtigerweise hinzugefügt, man müsse die Erfolge nicht nur ins Gehirn, sondern auch in die Herzen der Menschen bringen. Es ist schön, wenn das gesagt wird. Es ist noch schöner, wenn das endlich einmal getan wird. Die Bundestagswahl 1987 wird schicksalhaft. Schon vorher freilich hat der Bürger etliche Male die Wahl – nicht etwa darüber, welche Seite besser regieren dürfte und daher seine Stimme verdient, sondern, leider ist es so: ob überhaupt regiert, ob gewirtschaftet oder mißgewirtschaftet werden soll. Dies in die Hirne und Herzen zu tragen ist keine PR-Frage, sondern eine Haupt-Sache.

IM GESPRÄCH Walther Florian

Die Furcht und der Stier

Von Hans-Jürgen Mahnke

Walther Florian, der neue Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, muß gleich ins Wasser springen. Kaum im Amt – seine Ernennungsurkunde hat er erst Mittwoch erhalten – muß er schon heute an den Brüsseler Verhandlungstisch. Dort werden nicht nur die agrarpolitischen Weichen gestellt, sondern dort wird auch Florian gemessen werden, und zwar an seinem Vorgänger Hans-Jürgen Rohr, der nach Querelen mit Minister Ignaz Kiechle aus dem Amt geschieden ist.

Florian ist sich bewußt, welche „respektablen Maßstäbe", wie er selber bei der Verabschiedung Rohrs betont hat, sein Vorgänger gesetzt hat. Etwas, was sich nicht nur in den Dankesworten des Ministers niedergeschlagen hat, sondern auch im Beifall der Beamten. Allerdings hat auf das Ministerium beruhigend gewirkt, daß Kiechle Florian ausgesucht hat und nicht andere, über die auch spekuliert worden war. Denn Florian ist nicht nur einer der dienstältesten Abteilungsleiter des Ministeriums, sondern er gilt auch als Fachmann gerade für Probleme des Gemeinsamen Marktes.

Der am 20. November 1921 in Haidenbach in Österreich geborene promovierte Volkswirt leitete seit 1976 die Abteilung „Marktpolitik". Er war damit zuständig für die Durchführung der europäischen Marktordnungen, ferner für die inländische Versorgung, die Ein- und Ausfuhr und das Ernährungsgewerbe. Begonnen hat er seine berufliche Karriere 1951 bei der Rhein-Main-Bank in Frankfurt. Von dort wechselte er 1952 zur Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel und trat 1957 als Hilfsreferent in das Bundesernährungsministerium ein. Zehn Jahre später übernahm er das Referat Getreidewirtschaft.

Daß seinen Stuhl sein bisheriger Unterabteilungsleiter Franz-Josef Specks einnimmt, findet nach dem Gerede der letzten Tage den zusätzlichen Beifall vieler Beamten, nachdem intern auch andere Möglichkeiten durchgespielt worden waren.



Kiechles neuer Staatssekretär: Florian FOTO: DPA

Auch diese Entscheidung Kiechles sei sachbezogen, heißt es.

Florian bleibt, wie er selber sagt, keine Möglichkeit, Anlauf zu nehmen; er muß aus dem Stand, den Sprung wagen. Allerdings: „Furcht fügt mehr Wunden zu als der Stier", zitiert er einen bekannten spanischen Stierkämpfer. Er ist Realist. Für ihn steht fest, daß die EG-Agrarpolitik noch nicht aus der Talsohle heraus ist, daß noch zwei harte Jahre bevorstehen, in denen notwendige Korrekturen vollzogen werden müssen. Sogar im Milchbereich sei die Gemeinschaft noch nicht über dem Berg. Sie stehe vor Eingriffen bei Wein, Getreide und Olivenöl, und überdies drohten ernste handelspolitische Auseinandersetzungen. Es fehle am Geld, das die Eingriffe erleichtern könnte. Trotz des Nachtrags reicht für ihn der Haushalt 1984 der EG nicht aus, und der Etat 1985 ist seiner Meinung nach um mehrere Milliarden unterdotiert. Sollte der Dollar-Kurs ins Rutschen geraten, dann würde dies ein zusätzliches Loch in die EG-Kassen reißen.

Wer sich auf dieses Gebiet begibt, braucht auf Lorbeeren, wie er weiß, nicht zu hoffen noch zu ruhen. Er muß sich auf harte Kritik vor allem derer einstellen, die nachher alles besser wissen, ohne vorher je ein brauchbares Rezept vorgelegt zu haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Blätter beschäftigen sich mit der Kritik an Barzel:

Mannheimer MORGEN

Worauf Barzel noch wartet, läßt sich schwer begreifen. Sein Einwand, ihm müßten erst einmal die belastenden Dokumente vorgelegt werden, sticht nicht.



Wird aus dem Fall Barzel auch ein Fall Kohl? Die Grünen wollen den Kanzler in den Strudel hineinziehen. Die Attacken aber laufen ins Leere: Bisher gibt es keinen Beweis, nicht einmal einen Anhaltspunkt dafür, daß mit dem Flick-Geld Kohls Weg an die CDU-Spitze „freigekauft" wurde. **(Köln)**

HESSISCHE ALLGEMEINE

Es gibt keine Affäre Kohl, es gibt eine Affäre Barzel. Warum muß die Öffentlichkeit tagelang warten, bis die ganze Wahrheit auf den Tisch kommt? **(Kassel)**

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Bevor diese Diskussion vollends in Hysterie umkippt, sei gefragt: Begibt sich derjenige nicht in die wetterwendigen Niederungen des sogenannten gesunden Volksempfindens, der das Urteil schon gesprochen hat, bevor der Angeschuldigte überhaupt zu Wort kommen konnte? **(Heidelberg)**

NEUE RUHR ZEITUNG

Rainer Barzel glaubt, er könne auch für den Rest der Legislaturperiode dem Parlament präsidieren. Das wird sich als Irrtum herausstellen ... Es ist, so schmerzlich dies für Rainer Barzel auch sein mag, die Unverfrorenheit der Gönner, die ihn nun einholt. Er wird darüber nachzudenken haben. **(Essen)**

DARMSTÄDTER ECHO

Barzel hat nach seinen Rücktritten ein mit 250 000 Mark jährlich dotiertes Angebot der Frankfurter Anwaltsfirma Paul angenommen. Nach allem, was bisher unwidersprochen enthüllt wurde, muß Barzel gewußt haben, woher dieses Geld eigentlich kam: vom Flick-Konzern.

Nordwest Zeitung

Bei allem sollte man die jetzt stückweise bekannt gewordenen „Dokumente" aus den Flick-Akten auch als das ansehen, was sie in Wahrheit sind: wichtigtuerische Vermerke hochbezahlter Manager, die darauf angelegt sind, den Arbeitgeber mit angeblich überwältigenden Erfolgen bei der Beeinflussung von Staatspersonen zu beeindrucken. **(Oldenburg)**

Verteidigung: Österreichs Sozialisten sind da anders

Der „wenig populären" Sache kann und will man sich nicht entziehen / Von Carl Gustaf Ströhm

In den Reihen der Sozialistischen Partei Österreichs hat eine Diskussion über Fragen der Landesverteidigung eingesetzt, die man – bei aller Unterschiedlichkeit der Verhältnisse zwischen Bonn und Wien – als eine Art kleiner Nachrüstungsdebatte bezeichnen könnte. Es ging für das österreichische Heer in der Tat um Nachrüstung und um die Schließung einer seit Jahren immer wieder angemahnten Lücke in der Luftverteidigung, nämlich um die Anschaffung von vierundzwanzig modernen Überschall-Abfangjägern. Bisher bestand die österreichische Luftstreitmacht nur aus veralteten Saab-Maschinen schwedischer Herkunft, die wegen ihrer niedrigen Geschwindigkeit Verletzungen des österreichischen Luftraums nicht verhindern konnten.

Während der Regierungszeit Kreiskys, der nur wenig Kontakt zu den österreichischen Streitkräften pflegte, war das Problem der Luftabwehr vernachlässigt worden: es sei kein Geld vorhanden. Nun hat Kreiskys Nachfolger als Partei- und Regierungschef, Fred Sinowatz, das Problem angepackt – nicht viele hätten ihm das zugetraut. Durch die jüngste Regierungsumbildung schieden zwei sozialistische Kabinettsmitglieder aus, Herbert Salcher (Finanzen) und Erwin Lanc (Auswärtiges), die als Exponenten des linken Flügels und als keine besonderen Freunde der Streitkräfte galten. Kaum waren der neue Finanzminister Vranitzky und der neue Außenminister Gratz im Amt, war nicht mehr vom Geldmangel die Rede; vielmehr beschloß der Parteivorstand der SPÖ mit großer Mehrheit, dem Ankauf der Überschallmaschinen zuzustimmen. Auch die Diskussion über Lenkwaffen (also Panzer- und Flugabwehrraketen), die Österreich durch den Staatsvertrag verboten sind, kam wieder in Gang.

Die Abfangjäger-Entscheidung hat natürlich auf dem linken SPÖ-Flügel, vor allem unter den Jungsozialisten, Proteste und Demonstrationen ausgelöst. Anders als in der Bundesrepublik aber endete die verteidigungspolitische Debatte in Österreich – zumindest vorläufig – mit einem Sieg des sogenannten rechten Parteiflügels, der sich selber als Mitte versteht. Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil es in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ein traumatisches Erlebnis mit der Armee gibt: Den Februar 1934, als sich sozialdemokratische Kampfformationen und Bundesheer in einem grausam ausgetragenen Bürgerkrieg gegenüberstanden, bei dem die Wiener Arbeiterwohnbauten – etwa der Karl-Marx-Hof – wie Festungen verteidigt und von Artillerie beschossen wurden. Eine solche Konfrontation von Armee und Sozialdemokratie hat es in Deutschland niemals gegeben.

Um so bemerkenswerter ist, daß die Führung der österreichischen Sozialisten jetzt in der Verteidigungspolitik einen anderen Weg geht als die SPD, nämlich den Weg einer deutlichen Distanzierung von pazifistischen Gruppen (unter denen sich übrigens auch Gruppen der katholischen Jugend befinden). Bundeskanzler Sinowatz nahm vor wenigen Tagen – fast könnte man sagen: demonstrativ – an der feierlichen Ausmusterung der frischgebackenen Leutnante an der Militärakademie der Wiener Neustadt teil. Diese militärische Zeremonie endet stets mit einer großen Truppen- und Panzerparade vor dem österreichischen Bundespräsidenten. Gleichzeitig lief, offenbar inspiriert vom Kanzler und SPÖ-Vorsitzenden, in der sozialistischen Parteipresse und in Funk-Werbesendungen der Partei eine verteidigungspolitische Kampagne mit deutlicher Zielrichtung gegen die eigenen Parteilinken und Pazifisten an.

Dabei hörte und las man Argumente, die man sonst allenfalls von Sozialisten in Frankreich kennt. Auf die Forderung der Jusos, man solle in der Partei eine Abstimmung über den Jäger-Kauf veranstalten, konterte die Wiener sozialistische Parteizeitung: Man könne nicht die völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs, seine Neutralität und Unabhängigkeit zu verteidigen, zur Abstimmung stellen. „Eine Partei, die die Hauptverantwortung im Staate zu tragen hat, kann sich ihr nicht in einer Sache, die zweifellos wenig populär ist, durch Abstimmungen unter ihren Mitgliedern entziehen – noch dazu, wenn die gewählte Volksvertretung über die Parteigrenzen hinweg in ihrer großen Mehrheit diese Verantwortung mitzutragen bereit ist."

Damit ist die Verteidigungsdebatte gewiß nicht sang- und klanglos beendet worden. Am linken Rand wird es weiterhin rumoren. Kennzeichnend aber ist, daß die sozialistische Parteiführung sich nicht scheut, den Linken vorzuhalten, daß es ihnen ja gar nicht um die Abfangjäger, sondern vielmehr um eine anti-Armee- und anti-Verteidigungshaltung geht. Führung und Mehrheit der österreichischen Sozialisten sind sich offenbar darüber klar, daß die Alpen- und Donaurepublik sich schon wegen ihrer geostrategisch empfindlicher Lage an der Nahtstelle zwischer Ost und West pazifistischen Luxus nicht leisten kann.

Als Aquino starb, war sein „Mörder“ schon tot

Der Mörder des philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino heißt nicht – wie bisher behauptet – Rolando Galman. Ein Videofilm beweist: Der angebliche Mörder war längst tot, als die Killer kamen. Die Filmdokumentation beweist nicht, wer Aquino erschoß, aber sie beweist, daß es eine geplante Aktion der Militärs von Präsident Marcos war.

Von PETER WOLFF

Im Vorführungsraum des Manilaer Filmstudios von José Marie Gonzales herrscht gespannte Stille. Vor einem kleinen Kreis geladener philippinischer Geschäftsleute, Künstler, Priester, Nonnen und besorgter Bürger läuft ein Videostreifen, der sensationelle Bilder über den Mord an dem Oppositionsführer, Benigno Aquino, enthält.

Der Erzrivale von Präsident Marcos ist am 21. August vorigen Jahres auf dem Flughafen von Manila erschossen worden, als er nach dreijährigem Zwangsexil in Amerika in seine Heimat zurückkehren wollte. Der Mörder, so behaupten die für die Flughafensicherung zuständig gewesenen Militärs, sei Rolando Galman gewesen, ein Agent der Kommunisten.

Galman kann zu dieser Beschuldigung nichts sagen. Auch er ist tot, erschossen von Militär-Eskorten, die den Ex-Senator Aquino hätten beschützen sollen. Der Mord schien eindeutig. Was gab es da zu rütteln?

Warum, empörte sich Präsident Marcos in einem Interview im vorigen November, wolle die westliche Presse nicht einsehen, daß der Mörder Rolando Galman war?

In der politisch aufgewühlten Hauptstadt Manila kursierte unterdessen folgender Witz: Aquino und Galman treffen sich im Himmel. Aquino fragt Galman: „Warum hast du mich umgebracht?“ Dazu Galman: „Wie konnte ich, ich war doch eher hier als du.“ Ein Witz, der die Wahrheit spricht?

Der Gonzales-Film zeigt, wie die „China-Airlines“-Maschine, mit Aquino und zwölf ausländischen Journalisten an Bord zu ihrem Landeplatz rollt. Bewaffnete Soldaten laufen der Maschine entgegen. In der Nähe des Flughafengebäudes stehen zwei Flugküchen. Containerwagen in seltsamer Position. Rücken an Rücken.

Im Zeitlupentempo kann man sehen, daß die Rücktüren offen sind. Ein Soldat schwingt sich hoch, verschwindet im Innern. Ein Mensch aus dem anderen Container springt herüber. Wozu solch geheimnisvoller Umstand, der um so geheimnisvoler erscheint, als er von Zeugen der Regierung bestritten wird? Die Türen, sagten Zeugen vor der Agrava-Kommission, seien verschlossen gewesen. Die Agrava-Kommission, so benannt, weil ihre Vorsitzende Rosie Agrava heißt, ist im Oktober vorigen Jahres von Präsident Marcos mit der Aufklärung des Aquino-Mordes beauftragt worden. Ihr Abschlußbericht soll in diesen Tagen veröffentlicht werden.

Unterdessen zeigt Gonzales seinen Film, den er im August im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Agrava-Kommission aus Videoaufnahmen des staatlichen philippinischen Fernsehkanals 4, der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC und der japanischen „Tokio Broadcasting System“ TBS hergestellt hat.

Während der entscheidenden Zeit, von der Landung der Maschine bis zum Mord, so erklärt Gonzales, habe die Crew von Kanal 4 am Fenster neben der Teleskop-Rampe gestanden und freien Blick auf das Geschehen gehabt. Warum, fragt er, ist der Videostreifen nach dem Parken der Maschine völlig verbrannt? Warum ist er erst wieder intakt, als er zwei tote Männer auf dem Flugfeld zeigt? Bloßer Zufall? Gonzales fügte an Stelle des verbrannten Kanal-4-Bandes Aufnahmen aus dem Flugzeuginnern, die von ABC und TBS stammen.

Drei Soldaten in Uniform betreten die Maschine, gefolgt von zwei Sicherheitsbeamten im Barong Tagalog, dem philippinischen Nationalhemd.

Die Uniformierten gehen den Gang entlang, suchen Aquino, der bis vor seiner Zwangsverbannung der höchste politische Gefangene von Präsident Marcos war. Wegen angeblichen Hochverrats. Gonzales stellt wieder auf Zeitlupe. Die Uniformierten entdecken den Gesuchten. Einer dreht sich scheinbar zögernd halb um, signalisiert mit seinen Augen den Kollegen im Barong, wo Aquino sitzt. Ein anderer fühlt dem Ex-Senator wie zufällig den Rücken ab, der leicht vornübergebeugt dabei ist, den Sitzgurt loszuschnallen. Noch lächelt er.

Der Uniformierte deutet für einen Moment seine flache Hand zum Hals von Aquino, erstellt Augenkontakt mit den Kollegen weiter hinten. Aquino trägt eine kugelsichere West. Er steht auf. Da fassen ihn die Eskorten im Polizeigriff. Aquinos Lächeln erstarrt. Schock fährt über sein Gesicht. Er senkt die Augen. Als ahne er, was sein Schicksal ist.

Die Eskorten führen ihn vor sich her. Tumult entsteht. Kamaramänner, Fotografen, Journalisten drängen sich zur Rampe. Doch die Eskorten schieben Aquino unerwartet durch die geöffnete Tür auf die angerollte Servicetreppe. Die Kameras laufen weiter, erfassen Bruchstücke hier und da. Plötzlich die Worte „pusila, pusila“. Das heißt „schieß“, pusila aber, erläutert Gonzales, ist kein Wort der philippinischen Nationalsprache Tagalog, es stammt aus dem Dialekt der Visayas, der zentralen Inselgruppe.

Gonzales braucht den Zuhörern nicht zu sagen, daß die ehrgeizige First Lady Imelda Marcos aus den Visayas stammt und ihre Sicherheitsleute vorwiegend aus ihrer Provinz Leyte rekrutiert. Hat das etwas zu sagen? Hat es etwas zu sagen, daß Imelda Marcos seit über einem Monat ohne eigentlichen Grund im Ausland ist und niemand weiß, wann sie zurückkehren wird.

Gonzales, ein erfahrener Bild- und Toningenieur, weist die Zuschauer daraufhin, wie in diesem Moment, da das Wort Pusila erklingt, ein Sicherheitsagent einem der Uniformierten etwas übergibt. Was, das ist nicht zu erkennen. Als nächstes kann man sehen, wie sich die rechte Schulter des Uniformierten hebt, der direkt hinter Aquino steht. Wozu? Jeder kann seine Schlußfolgerung ziehen. Der prominente philippinische Rechtsanwalt, Juan David, meint, daß dieser



Manila, 21. August 1983: Über 20 Schüsse in den Leib, doch das Unterhemd des Rolando Galman bleibt blütenweiß FOTO: DPA

Mann der Mörder war, der Gefreite Moreno. Der Beweis dazu aber fehlt.

Schüsse fallen. Nach dem 5. Schuß zeigt sich auf einem ebenfalls durch Brand beschädigten Streifen, wie ein Mann in blauer Jacke rückwärts die Servicetreppe hochkommt und eilig in die Rampe abdreht. Für einen Moment erfaßt die Kamera sein Gesicht. Die Agravakommission hat ihn als Captain Bautista indentifiziert, der damals Direktor der Flughafensicherungskommission „Avsecom“ war. Vier Mal hat Bautista vor der Agravakommission bestritten, daß er da war, wo der Streifen ihn zeigt. Warum diese Lügen?

Die Zuschauer raunen. Bislang hatte die Öffentlichkeit geglaubt, es habe an der Mordszene nur einen „Mann in Blau“ gegeben, den angeblichen Mörder Galman, weil er ein blaues Hemd anhatte. Zeugen der Militärs, die Galman als Täter beschrieben, sprachen von „dem Mann in Blau“, der bis zu dem Moment, in dem er auf Aquino zugestürzt sei, sich lachend mit den Soldaten unterhalten habe. Jetzt steht fest, daß die Mordstrategen einen zweiten Mann in Blau plazierten. Der Gonzalesfilm zeigt jetzt wieder im klaren Bild zwei Männer, die dicht nebeneinander auf dem Asphalt liegen. Einer „in Weiß“, in einer Lache von Blut. Das ist Aquino. Und einer „in Blau“, das ist Galman.

Galman bietet einen seltsamen Anblick. Sein Bauch ist dick aufgebläht, so dick, daß sein Hosenladen weit offen klafft. Seine Füße sind so sehr geschwollen, daß die Schuhe zu klein erscheinen. Trotz mehrere Schüsse in seinen Leib blieb sein Unterhemd blütenweiß. Kein Tropfen Blut ist zu sehen. Nur an seinem Kopf scheint so etwas wie ein Blutgerinnsel zu sein. Sieht so ein Mensch aus, der erst Sekunden tot ist, mit über 20 Schüssen in seinem Körper?

Einen Moment ist außer den beiden Toten niemand zu sehen. Kein Soldat, der sich um Aquino bemüht, *Erste Hilfe versucht, nach einem Arzt* oder einer Ambulanz ruft. Dann sieht man, wie ein Soldat aus einem Militärkombi springt. Er tastet Aquinos Bein ab, schiebt seinen Fuß unter Aquinos Rücken, als wische er etwas weg. In diesem Augenblick scheint sich Aquinos rechtes Bein zu bewegen. Lebte er noch? Ein zweiter Soldat kommt ins Bild. Zusammen ziehen sie den Ex-Senator wie einen toten Hund durch die Rücktüre in den Kombi. Der Wagen fährt ab. Galman bleibt zurück. Niemand darf sich ihm nähern. Niemand kümmerte sich um ihn. Fast vier Stunden lang lassen ihn die Militärs in der stechenden Sonne liegen. Ein Arzt bemerkt, Galman hat wohl erst auftauen müssen.

Die Vorführung ist zu Ende. Die von Gonzales erstellte Videodokumentation beweist zwar nicht, wer der Mörder ist, sie macht jedoch eindeutig klar, daß der Mord an Aquino eine bis ins Detail geplante Operation der Militärs von Präsident Marcos war.

Die CSU hat ihr Idol wieder: Franz Josef Strauß

Dynamisch, energisch und gut gelaunt präsentierte sich Franz Josef Strauß den Delegierten des CSU-Parteitags in München. Vergessen war der Streit um den Milliardenkredit an die „DDR“, der den letzten Parteitag überschattet hatte.

Von PETER SCHMALZ

War es nur ein vom Zufall arrangierter Auftritt, oder war es der Einfall eines findigen Parteitags-Regisseurs? Wie auch immmer die Antwort lauten mag, eins ist sicher, gelungener hätte das Kapitel um das verunglückte CSU-Treffen im letzten Jahr mit seinen Wirrnissen um den Milliardenkredit an die „DDR“, mit einem über den Kurs irritierten Fußvolk und mit einem seiner eigenen Basis grollenden Parteichef nicht beendet werden können: Als Franz Josef Strauß am Samstag mittag zu seiner Grundsatzrede ans Pult der Münchner Bayernhalle treten will, stellt sich ihm ein junges Paar in den Weg und sächselt: „Wir danken Ihnen.“ Der Einsatz von Strauß hat den jungen Leuten den Wechsel von der „DDR“ in die Freiheit des Westens ermöglicht.

Befreit klatschen die Delegierten Beifall

Der Parteichef entschuldigt sich bei den knapp *1100* Delegierten des CSU-Parteitags für die Verzögerung, spricht von den Hunderten, denen er zur Ausreise verholfen hat, und sagt zwei Sätze, die in die CSU-Geschichte eingehen werden als der Schlußpunkt der christ-sozialen Unruhen des Jahres 1983: „Ich habe damit (mit dem Kredit, d. Red.) keine Änderung meiner Gesinnung oder meiner politischen Einschätzung verbunden. Wenn aber die, die draußen im Lande sich das Maul zerreißen und grünschnäbelig daherreden, in der Lage der Opfer gewesen wären, dann würden sie ein anderes Urteil über diese Politik haben.“ Und die Delegierten klatschen befreit Beifall, als habe es in ihren Reihen niemals ein Großmaul gegeben.

Nun haben sie ihn wieder, ihren Franz Josef Strauß, zu dem so schön aufzusehen ist und der auch mit 69 Jahren vor Kraft und Energie zu sprühen scheint, daß manch biologisch Jüngerer sich daran kaum messen kann. Er hat auch seinen Spürsinn, der ihm im Ärger des vergangenen Jahres zeitweise abhanden gekommen war, wiedergefunden und weiß sensibel mit der Stimmung der Menge politisch zu jonglieren.

Ignaz Kiechle etwa profitiert davon. Das Münchner Hauptquartier hat dem Bonner Landwirtschaftsminister die Mängel der neuen Milchpolitik noch nicht vergeben und wäre nicht unglücklich gewesen, hätten die Delegierten ein verbales Strafgericht mit dem Parteifreund aus dem Allgäu gehalten. Als aber Helmut Kohl seinen Landwirtschaftsminister als einen Mann mit Sachkenntnis und Leidenschaft rühmt, der Parteitag ihm dafür lange applaudiert und sogar Bravo-Rufe hörbar werden, da bastelt Strauß die Plattform, auf der sich künftig Partei, Bauern und Minister verträglicher treffen können: Die Schuldigen an der *europäischen* Agrar-Misere sind die „Schläfer un Versäumnisträger“ der alten Koaliti on, die Reibereien mit dem Landwirt schaftsminister verniedlicht Strauß zur Unterstützungsaktion: „Wir haben unserem Freund Kiechle geholfen, das durchzusetzen, was ohne starke Münchner Nachhilfe mit weißblauem Begleitgeräusch und entsprechendem Trommelklang nicht durch setzbar gewesen wäre.“ *Da strahl* Kiechle, und die Partei klatscht.

Wie überhaupt die Hände der Dele gierten ein aufschlußreicher Gra messer über Sympathie und ande Empfindungen sind. Als der Bunde kanzler, von Strauß begleitet, dur die Halle dem Präsidiumspodiu entgegeneilt, muß er sich mit eine Beifall begnügen, der die Grenze d Höflichkeit nicht überschreitet. Me reserviert als engagiert begleiten d Elfhundert das gedehnte Grußw des Bonner Gastes und lassen sic nach der Ovation für Kiechle wä rend der Kohl-Rede nur noch einm zu überschwenglichem Beifall hinre ßen: Als der Kanzler die Befürchtun äußert, die Bundesrepublik sei ei kinderfeindliches Land geworden mit einem großen Herzen für Tier und daher fordert: „Wir sind tierfreundlich eingestellt, aber Kinder haben Vorfahrt.“

Kohl vermeidet jeden Konflikt wiederholt auch nicht seine Berline Worte von der wenig hilfreichen Kr tik aus Bayern, nennt gar die ihn im mer wieder ärgernden, oft harte *Worte des bayerischen Regierung* chefs, nun in der Höhle des Löwe eine „kameradschaftliche Unterstü zung“. Da schmunzelt CSU-Gener sekretär Gerold Tandler auf dem P dium besserwissend.

Das Thema Barzel spart Kohl a und Strauß wird es zwei Stunden sp ter ebenfalls übergehen. Die Disku sion darüber bleibt den Gespräch im Vorraum und am Biertisch bei bunten Abend überlassen. Kohl übe geht auch die Frage nach der Verfa sungsmäßigkeit der Schwange schaftsabbrüche auf Krankenschein obwohl er weiß, wie sehr die CSU a eine Klärung drängt. Da aber stel Strauß den Kanzler, wenngleich di ser zu diesem Zeitpunkt bereits z einem anderen Termin abgeflogen is

Die CSU in der Rolle des Navigators

„Wir möchten eine verfassungs rechtlich einwandfreie Lösung“, sa der CSU-Chef und erwähnt, daß ihm Kohl erklärt habe, die Bundesregi rung sei zu einer Klärung verpflic tet. „Dieser Meinung“, so Strau „kann ich mich nur anschließen.“

„Kursbestimmung“ lautete d Motto des Parteitreffens, aber meh als in der Rolle des Navigators kön nen sich die Münchner Christsoziale nicht fühlen. Der Kapitän sitzt i Bonn. Schon in den nächsten W chen wird sich bei den vom Kanzl angekündigten Entscheidungen zu Ausländer-, Demonstrations- un Ehescheidungsfolgerecht zeigen, w weit der Münchner Kurs bestimmen ist. Die Grenzen der bayerischen Z stimmungsmöglichkeiten hat Strau abgesteckt: „Ich bin ein ausgespr chener Freund des politischen Kom promisses, aber es muß ein Kompr *miß sein, der nach vorne deutet.*“

Ludger Westrick – dienen, nicht verdienen



Staatssekretär und Minister: Ludger Westrick wird 90 Jahre alt. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Von GEORG SCHRÖDER

Welch alerter 90jähriger! Morgen, an seinem 90. Geburtstag, kehrt Ludger Westrick in die Stätte seines Wirkens als Bun*desminister und Chef* des Bundeskanzleramtes zurück. Helmut Kohl gibt in den alten Räumen des Palais Schaumburg einen Empfang zu seinen Ehren.

90 Jahre, das hat kein anderer ehemaliger Bundesminister, das hatte nur Konrad Adenauer erreicht. Ein Rekord also. Aber das allein wäre kein Grund, Westrick zu feiern. Er verkörpert vielmehr ein gutes Stück deutscher Geschichte und erst recht die Historie der Bundesrepublik. Darüber hinaus verkörpert dieser vitale, immer noch drahtige Westfale etwas, das selten geworden ist und vielen gerade in Bonn heute oft fehlt.

Als Konrad Adenauer Ende 1950 den sich zunächst heftig sträubenden Ludger Westrick als Staatssekretär für das Bundeswirtschaftsministerium gewann, bedeutete dies dreierlei: Westrick wollte dienen und nicht verdienen, da die Staatsstellung für ihn eine erhebliche Einbuße an Einkommen bedeutete. Zum anderen wechselte nun ein gestandener und erfolgreicher Manager-Unternehmer in die Politik über. Zum dritten war Westrick kein Parteimann. Dem ihn umwerbenden Bundeskanzler hielt er abwehrend entgegen, daß er ja nicht der CDU angehöre und auch nicht die Absicht habe, in die Partei einzutreten. Adenauer, so erzählte mir vor vielen Jahren Westrick, antwortete ihm, das mache nichts, denn Parteimitglieder habe er genug. Worauf es ihm ankomme, seien Könner im Staatsdienst.

Als Westrick 70 wurde, war er zugleich das jüngste Mitglied des Bundeskabinetts und doch der an Jahren älteste Bundesminister. Ludwig Erhard glaubte aus gutem Grund, ihn nicht entbehren zu können. Das Beamtengesetz erlaubte ihm nicht, Westrick über sein 70. Lebensjahr als Staatssekretär an seiner Seite zu halten. Deshalb setzte Erhard es durch, daß Westrick zum Bundesminister mit Sonderaufgaben ernannt werden konnte. Das Duo Erhard-Westrick blieb also erhalten bis zum Jahre 1966.

Noch ehe es zur großen Regierungskrise um Erhard kam, drängte Westrick im September auf sein Ausscheiden aus dem Kabinett. Er fühlte sich mit gutem Grund verletzt durch Attacken im Fraktionsvorstand der CDU/CSU, wo ein CDU-Abgeordneter ihm vorwarf, gar nicht CDU-Mitglied zu sein, ohne daß Erhard sich vor seinen angegriffenen Freund stellte.

Nicht vergessen ist unter den Oldtimern, daß der unermüdliche Arbeiter und Mitvater der Marktwirtschaft, daß Westrick allezeit ein Mann auf leichten Füßen mit Witz und Charme war, der die Kunst der Unterhaltung so gut im Privaten beherrschte wie die der Verhandlung im öffentlichen Bereich. In seinem Haus in Bad Godesberg wurde das Wort Musik großgeschrieben. Kein Wunder, da seine Frau, die Wienerin Hilde geborene Freiin von Odelda, ursprünglich Musik studierte. Erst als das Paar schon drei Kinder hatte, entschloß sich Frau Westrick zum Medizinstudium. In den schlimmsten Tagen von Berlin, 1945, entschloß sie sich, eine Privatklinik, eine Armenklinik zu improvisieren, die sie dann bis 1964 fortgeführt hat.

Noch ein letztes Wort: Ludger Westrick, *das jüngste von sechs Kindern* eines früh verstorbenen Gymnasiallehrers in Münster, erfreute sich selber auch an sechs Kindern, zu dem das streng katholische Paar noch zwei Adoptivkinder hinzufügte. Fünf dieser acht Kinder sind Ärzte, einer ist Rechtsanwalt, einer selbständiger Unternehmer und einer ist Offizier geworden, Oberstleutnant im Generalstab.

Glotz: Arbeit ist bei uns zu teuer geworden

SPD vor dem „Ladenhüter Verstaatlichung" gewarnt

PETER PHILIPPS, Bonn

Das Wort „Maschinensteuer" kommt zwar nicht mehr vor, aber in den Überlegungen über die künftigen wirtschaftspolitischen Programm-Vorstellungen der SPD steht die Verlagerung der Steuern und Abgaben auf den „Faktor Kapital" weiterhin im Zentrum. Dies hat Bundesgeschäftsführer Peter Glotz vor der Partei-„Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen" am Wochenende deutlich gemacht. Er erhob die Forderung, „die Belastung mit den Abgaben von der Lohnsumme auf die Wertschöpfung des Unternehmens, also vom Faktor Arbeit auf den Faktor Kapital zu übertragen", über eine „Wertschöpfungsabgabe".

Selten hat ein prominenter Sozialdemokrat so deutlich wie Glotz dabei ausgesprochen, daß in der Tat „Arbeit bei uns zu teuer geworden" ist. Es sei dadurch „vielfach rentabler, Arbeit durch Kapital zu ersetzen", also Menschen durch Maschinen. Das Verhältnis von Nettolohn zu den kalkulatorischen Kosten eines Betriebes habe inzwischen die Relation Eins zu Drei erreicht. Aber auch für die Arbeitnehmer sei durch die schnelle Zunahme der Steuerbelastung die Lasten auf ihrer Arbeit zu hoch geworden. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer an den Gesamtsteuereinnahmen sei von 22 Prozent im Jahre 1952 auf 44 Prozent im Jahre 1982 gestiegen. Das „langjährig austarierte Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital" sei „nachhaltig gestört".

Der SPD-Bundesgeschäftsführer zitiert ausdrücklich zustimmend aus dem wirtschaftspolitischen Grundsatzpapier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU), daß „die gewaltige Wertschöpfung in den Fabriken gerecht auf die Menschen verteilt werden (muß). Es ist fraglich, ob der Maßstab des betrieblichen Arbeitslohns hierfür noch zureichend ist". Vor den verblüfften Genossen zitiert er ein weiteres Mal Albrecht: „Wenn das ganze Volk angemessen am Produktivvermögen beteiligt ist, sind die durch den Strukturwandel bedingten Auswirkungen auf das Familieneinkommen der Menschen begrenzter." Die SPD müsse „über diese Gedanken mit der CDU/CSU reden".

Zwei „denkbare Varianten für die genannte Beteiligung des Volkes am Produktivvermögen" nannte Glotz in seiner Rede, die er ausdrücklich als Beitrag zur eigenen Programm-Diskussion der SPD verstanden wissen wollte – einer Programm-Diskussion, an deren Ende im Mai 1986 ein wirtschaftspolitischer Bundeskongreß der SPD stehen soll, dessen Beschlüsse Eingang finden werden sowohl in das Wahlprogramm 1987 als auch in die Fortschreibung des Godesberger Programms. Glotz nannte als eine Möglichkeit den „direkten Einkommenstransfer aus dem Produktivvermögen, eine Volksdividende gleichsam". Die „schwedischen Arbeitnehmerfonds" seien ein „Hinweis auf den richtigen Weg". Die Alternative sei, den gesellschaftlichen Produktivgewinn einzusetzen „zur Senkung der Arbeitskosten und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen im nicht hochproduktiven Bereich". Gerade das Beispiel der USA zeige, daß in diesem Bereich, etwa dem Dienstleistungssektor, die meisten neuen Arbeitsplätze entstünden.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft hatte auf ihrem Kongreß in diesem Zusammenhang die Einführung einer „Produktsteuer" als Forderung beschlossen. Grundlage dafür solle nicht mehr die Arbeitsstunde, sondern die Summe der Produktion sein. Doch Glotz äußerte sich hierzu zurückhaltend: Die Zielrichtung scheine ihm zwar richtig zu sein, aber es bedürfe gründlicher Nachrechnung.

Der sozialdemokratische Vordenker malte seinen Genossen die Utopie aus, „die Schwelle einer neuen Entwicklung", vor der dieses Land stehe. Es werde einen „Individualisierungsschub" geben, die „Bedeutung des unternehmerischen Denkens steigt". Es werde „ein neuer Typ des Selbständigen" entstehen, aber auch eine „neue Mentalität der Selbständigkeit". Hierauf müsse sich die SPD einstellen. Dazu gehöre auch, „nach vorne zu diskutieren, nicht über die alten Ladenhüter" wie beispielsweise „die Verstaatlichung von ohnehin maroden Stahlunternehmen".

„Bloß nicht an Ideologien kleben"

Von WILM HERLYN

Nach dem Verzicht von Jürgen W. Möllemann, die nordrhein-westfälischen Freien Demokraten nach fünfjähriger Abstinenz wieder in das Düsseldorfer Parlament zurückzuführen, klaffte im größten FDP-Landesverband plötzlich eine Lücke. Irmgard Adam-Schwaetzer wollte nicht, andere Kandidaten von Professor Laermann bis Julius Cronenberg winkten ab. Einer sprang in die Bresche, der bislang bundesweit wenig Beachtung fand: Achim Rohde.

Es gehört ein Stück Mut dazu, zu sagen: „Ich mach's!" Und eine Portion Selbstbewußtsein, „die Karre aus dem Dreck ziehen zu wollen". Dort ist das Vehikel FDP wirklich steckengeblieben, zuletzt offenbar geworden bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl. Doch hat sich die liberale Partei nicht nur festgefahren in mutlosen 1,1 Prozent in Herne oder 2,3 Prozent in Dortmund – sie ist bewegungslos geworden, weil sie sich selbst nicht mehr motiviert und damit andere noch weniger.

Dieser Situation sieht sich Achim Rohde ausgesetzt, der sich eigenhändig das Geschirr anlegt „und nicht nur ein bißchen ruckeln und ziehen will". Warum denn gerade er, der nie ein Politiker war? „Ich bin aber immer ein politischer Mensch gewesen", bekennt er, „einer, der fasziniert ist von der Suche nach dem Kompromiß, der das politisch Machbare, das politisch Notwendige und das politisch Wünschenswerte vereinigt." Das „politische Management" als Herausforderung ist eine Maxime, denn „das ist Handwerk und Kunst zugleich, von persönlichem Charakter und Einsatz geprägt und es wird viel zu sehr unterbewertet gegenüber der Neigung, alle Probleme der Gesellschaft durch Gesetze lösen zu wollen".

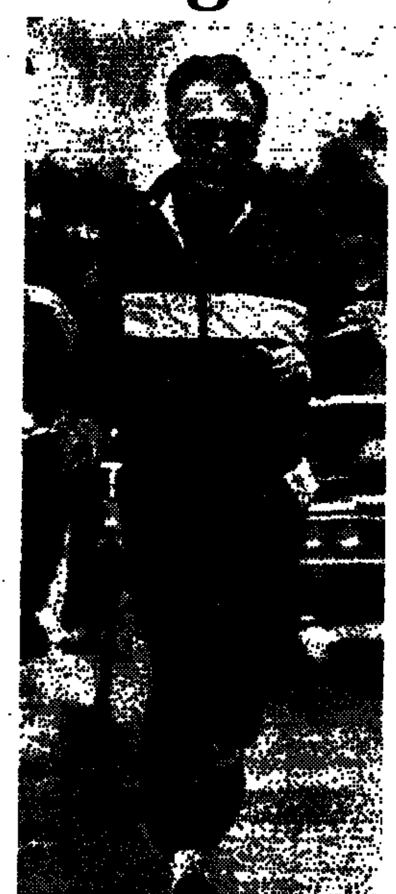
Achim Rohde setzt das nicht als theoretischen Lehrsatz hin, sondern als Bündel seiner Erfahrung. Die machte er reichlich als Regierungspräsident von Düsseldorf, des größten und industriereichsten Bezirkes der Bundesrepublik. Acht Jahre lang lernte er, daß engstirniges Ressortdenken Konflikte nur verschärft, daß Probleme nur gemeinsam ressortübergreifend zu lösen sind.

Wer Rohde gegenübersitzt und ihn beobachtet, merkt schnell, daß bei ihm die Antworten nicht wie Sprechblasen kommen. Er wägt sorgsam, doch scheint es, als habe er im Hinterkopf – sozusagen als Aperçu – immer noch ein ironisches Bonmot.

Das kann als Vor- oder Nachteil für ihn ausschlagen: Im Gespräch ist es sicher zu seinen Gunsten, auf Wahlkampfveranstaltungen haben auch Parteifreunde ihre Bedenken. Aber zeigte nicht gerade der Europa- und der Kommunalwahlkampf, daß die großen Säle nicht mehr gefragt sind? Daß der Bürger angesprochen werden will – persönlich und individuell? Johannes Rau und Bernhard Worms, die Konkurrenten von SPD und CDU, ziehen daraus schon die Konsequenzen. Sie werden beide mehr „Basisarbeit" machen, Bürgernähe suchen, Überzeugungsarbeit „am Mann" leisten.

Es ist Mode geworden, Politiker in Schubladen zu stecken – der sei links oder rechts oder wirtschaftsliberal oder ökogrün. Bei Rohde versagen solche Vorurteile – auch wenn sie kurz nach seiner einhelligen Nominierung durch den Landesvorstand der FDP wieder reichlich herumgereicht werden. Geprägt wurde er von den Jungtürken, jenen Liberalen um Walter Scheel und Willi Weyer, die Mitte der 50er Jahre von Düsseldorf aus sich aus der Umarmung durch die Union lösten und die Annäherung zur SPD suchten. 1966 – damals war Rohde im Bundesvorstand der Jungdemokraten, aber auch persönlicher Referent des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Gerhard Kienbaum (CDU) – plädierte der Jurist für eine Koalition mit den Sozialdemokraten in Bonn nicht um einer neuen Koalition willen, sondern um neue Fragen zu stellen an die Politik, die ihm damals zu verkarsten schien. „Bloß nicht an Ideologien kleben, und nicht nach Partnern schielen, sondern gradlinig sein, Inhalte verwirklichen."

So ist für ihn die Bonner Wende nicht ein Problem des Inhalts, sondern „es war ein Problem des Stils". Sachargumente entscheiden für ihn. Darum benannte er einen CDU-Politiker als Vorsitzender des Bezirksplanungsausschusses und machte sich stark, 1979 in der Landeshauptstadt einen CDU-Politiker mit Hilfe der FDP zum Oberbürgermeister zu küren. Beide Entscheidungen resultieren aus Rohdes Einsicht, daß die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik keine Perspektiven bietet, daß „die SPD keine Antworten weiß auf Fragen nach einer zeitgemäßen Mitbestimmung, einer machbaren Arbeitszeitordnung, einer Risikoverteilung."



Will die FDP in Nordrhein-Westfalen wieder auf Trab bringen: Achim Rohde FOTO: GUSTAV SCHRÖDER

Mit Erschrecken sieht Rohde Schulen und Universitäten und deren Leistungsabfall, mit Erschrecken sieht er auf die eingefahrenen Geleise der Sozialdemokratie in Sachen Atomenergie, „wo jeder aus seinen Gräben heraus kämpft und gar nicht mehr bereit ist, dem anderen zuzuhören". Es ist etwas Schlimmes für ihn, „alte Strickmuster weiter häkeln". Das ist Stillstand und „dafür gebe ich mich nicht her".

Aber nicht Wortgeklingel und Versprechungen oder Lösung aus Gesetz und Verordnung, sondern „Handgreifliches". Da sieht Rohde den Staat gefordert, „der die klaren Signale geben muß, damit die Wirtschaft flexibel reagieren kann". Rohde also doch ein „Wirtschaftsliberaler"? „Wenn man die Soziale Marktwirtschaft ernst nimmt, dann muß jeder einsehen, daß manches Umweltverhalten ein Verstoß gegen die Marktwirtschaft bedeutet und sich gegen deren Geist versündigt."

Konflikte in ordnungspolitischen Fragen scheut Rohde nie – und legte sich auch um der Sache willen mit seinem „Dienstherrn", der sozialdemokratischen Landesregierung, an. Dabei profilierte er sich in seiner Zeit als Regierungspräsident vor allem in Fragen des Umweltschutzes, fand als Mitstreiter den damaligen SPD-Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer gegen die zögerliche Staatskanzlei in Düsseldorf. Bäumer warf entnervt das Handtuch, Rohde – Relikt aus dem sozial-liberalen Bündnis, das bis 1980 hielt – wurde im vergangenen Herbst in den einstweiligen Ruhestand geschickt.

Dort hätte er – gut dotiert – in der Tat in Ruhe leben können, hätte als Unternehmensberater in Sachen Umweltschutz sich im Kleinen verdient machen können, hätte sich vor allem seiner Familie widmen können. Die steht („da habe ich ein ganz schlechtes Gewissen") hintan, auch wenn seine Frau Gisela, die Söhne Erik (17 Jahre) und Philip seinen Schritt verstehen. „Die zweijährige Ina" – und das erzählt er mit ein wenig bitterer Ironie – „die gerade erst lernt ‚Papa' zu sagen, muß nun umpolen auf ‚Spitzenkandidat'."

Er nimmt es achselzuckend in Kauf, wenn er „der Kenner, den niemand kennt" genannt wird. Zumindest in seiner Partei ist er kein Nobody und mehr als nur Hoffnungs- und Sympathieträger. Gelassen sieht er die Versuche, Keile zu treiben zwischen ihn und den Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann oder zwischen ihn und Teilen der FDP. Er hält sich selbst für einen, „der integrationsfähig ist durch meine Art, Teamarbeit und Teamgeist zu fördern". Und für einen, der das hat, was der Partei jetzt am meisten fehlt: den Willen zu Kampf, zur Motivierung, und auch den Stolz auf die FDP.

Gegen Änderung im Recht für Schwerbehinderte

E.N. Bonn

Ein Verwaltungsaufwand „in Milliardenhöhe" wird notwendig sein, wenn begünstigende Verwaltungsbescheide im Schwerbehindertenrecht, die vor dem 1. Januar 1985 ergangen sind, bis Ende 1989 auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden können.

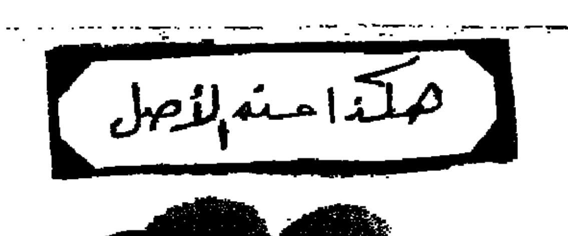
Auf diesen Umstand hat die „Aktionsgemeinschaft Kriegsopfer und Sozialrentner" in Bonn anläßlich des 26. Oktober hingewiesen, an dem im Bundesrat ein Gesetzentwurf, der einen solchen Passus enthält, beraten wird. Die „Aktionsgemeinschaft" stellt fest, das Schwerbehindertenrecht werde nicht durch unberechtigte Inanspruchnahme mißbraucht, und die Zahl unrichtiger Entscheidungen „bewege sich in dem Bereich, der auch bei anderen Verwaltungsentscheidungen auftritt". Die zu der „Aktionsgemeinschaft" zusammengeschlossenen Verbände, so heißt es in einer am Wochenende verbreiteten Erklärung, wenden sich nachdrücklich gegen die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gebrachte Absicht, zur Pflichtplatz-Zahl für Schwerbehinderte in Betrieben künftig auch Ausbildungsplätze grundsätzlich mitzuzählen. Die beabsichtigte Regelung hätte zur Folge, daß bei jetzt schon hoher Arbeitslosigkeit von Behinderten 60 000 bis 70 000 weitere Pflichtplätze fortfallen würden.

CSU fordert erneut Regierungssprecher

dpa, Bonn

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hat gestern erneut einen dritten Regierungssprecher aus den Reihen der CSU gefordert. „Triumvirate waren manchmal gar keine schlechte Einrichtung". Er könne sich vorstellen, daß „eine positive Ergänzung in diesem Falle sehr nützlich für die Publizität dieser Regierung sein könnte".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





SPD Pfalz: Schneller entscheiden

Nea. Landau (Pfalz)

Die SPD-Basis in Rheinland-Pfalz will offenbar eine schnellere Entscheidung über die Nachfolge von Oppositionsführer Hugo Brandt, als dieser sie selbst vorgesehen hat. Wie erwartet, wurde auf dem Bezirksparteitag der pfälzischen SPD auch Kritik an der Art und Weise laut, wie Brandts Rücktrittsabsichten (bis Ende 1985) an die Öffentlichkeit gelangt waren. Starken Beifall erhielt vor allem der stellvertretende Bezirksvorsitzende Rainer Rund (Ludwigshafen), der mit der Begründung, eine zwölf Monate andauernde Führungsdiskussion könne die Partei jetzt nicht verkraften, rasches Handlen und eine Entscheidung „bis spätestens April 1985" forderte.

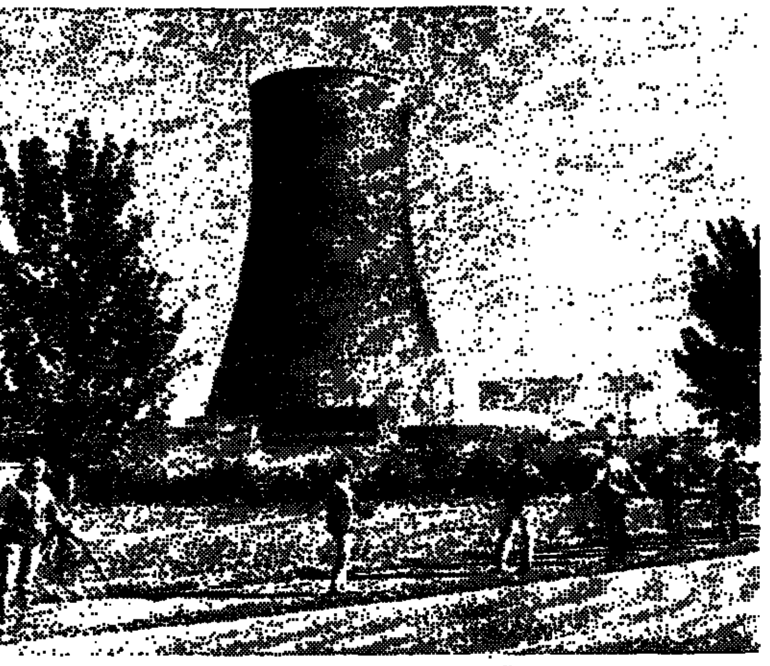
Zuvor hatte der Bezirksvorsitzende Willi Rothley, den Brandt bereits öffentlich als möglichen neuen Landesvorsitzenden bezeichnet hat, jede Kandidatur für dieses Amt energisch abgelehnt. Rothley, der seit 1983 dem Europaparlament angehört, betonte allerdings, daß die Entscheidung über die Nachfolge von Hugo Brandt als Landes- und Fraktionschef „nicht an diesem Bezirk vorbei" fallen dürfe. Einen anderen pfälzischen Kandidaten *nannte Rothley nicht.*

Auch der Name des von Hugo Brandt ebenfalls ins Spiel gebrachten rheinhessischen SPD-Bezirksvorsitzenden Gernot Fischer fiel auf dem Landauer Parteitag nicht. In Gesprächen am Rande wurde immerhin deutlich, daß die Pfalz sich im Rahmen der Neuordnung der SPD-Spitze im Lande nicht damit zufriedengeben wird, etwa nur den neuen parlamentarischen Geschäftsführer anstelle von Rudolf Scharping zu stellen. Der Landtagsabgeordnete Kurt Beck, der hinter den Kulissen für diesen Posten gehandelt wird, beschwor als Diskussionsredner in Landau den Zusammenhalt der Landespartei und warnte vor einem erneuten Aufbrechen der Bezirksrivalitäten alten Stils.

Rothley bedauerte, daß zuerst die Öffentlichkeit und nicht die zuständigen Führungsgremien unterrichtet worden seien. Ohne einen Namen zu nennen, fügte er wörtlich hinzu: „Mich kotzt es an, daß auch diesmal wieder einige über eine willfährige Presse an den zuständigen Gremien vorbei versuchen, für sich Personalpolitik zu machen. Noch entscheidet die Partei darüber, wer mit welchen Aufgaben betraut wird."



SPD-Chef Willy Brandt beteiligte sich an einer Kundgebung in seinem Heimatort Unkel. Selbst vor dem Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich konnte die Menschenkette kaum geschlossen werden. FOTOS: DPA



Beteiligung geringer als erwartet

Die geplante größte Menschenkette in der Geschichte der „Friedensbewegung" zwischen einem Militärgelände in Hasselbach (Hunsrück) und dem 210 Kilometer entfernten Arbeitsamt in Dusiburg kam wegen zu schwacher Beteiligung nur bruchstückhaft zustande. Nach Angaben der Veranstalter beteiligten sich daran 150 000 Menschen. Die Polizei ging von maximal 80 000 Menschen aus. Um die Kette zu schließen wären 200 000 Teilnehmer notwendig gewesen .Widersprüchlich sind auch die Zahlenangaben für die Kundgebungen am Wochenende in Hamburg, Bonn, Stuttgart und Berlin. Die Veranstalter sprechen von 400 000 Menschen. Die Polizei hält diese Zahl für erheblich übertrieben.

CDU-Präsidium berät auch über Barzel

DW. Bonn

Auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, werden heute in Bonn möglicherweise die Weichen gestellt für das weitere politische Schicksal von Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU). In CDU-Kreisen ging man gestern davon aus, daß Barzel von sich aus auf die Berichte eingehen wird, nach denen er in den Jahren nach seinem Rücktritt als Partei- und Fraktionsvorsitzender rund 1,7 Millionen Mark vom Flick-Konzern erhalten haben soll. Während sich dem Vernehmen nach in der CDU-Spitze die Stimmen mehren, die auf einen Rücktritt des Parlamentspräsidenten drängen, ist Barzel zu einem solchen Schritt offenbar nicht bereit.

Scheidungsrecht: Mehrheit unzufrieden

dpa, Bonn

Rund 60 Prozent der Bevölkerung sind mit dem geltenden Scheidungsrecht unzufrieden und haben sich dafür ausgesprochen, daß wie früher vor Gericht die Schuldfrage einer Scheidung geklärt wird. Dieser Auffassung sind nach einer Umfrage 58 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer, wie das Bundesjustizministerium gestern in Bonn mitteilte. Durch das seit 1977 geltende Unterhaltsrecht sehen rund 45 Prozent der Befragten die Frauen bevorzugt. Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) kündigte an, daß der von der Regierungskoalition erarbeitete Gesetzentwurf zur Neuregelung des Scheidungsrechts in allernächster Zeit vom Kabinett verabschiedet werde.

FDP zeigt sich wieder stabilisiert

ms. Bonn

Die Freien Demokraten haben sich bundesweit offensichtlich stabilisieren können. In einer von der Bundesregierung in Auftrag gebenen Umfrage hat das EMNID-Institut in der Zeit zwischen dem 27. September und dem 7. Oktober folgende Prozentsätze ermittelt: CDU/CSU 46 Prozent, SPD 39 Prozent, FDP sechs Prozent und für die Grünen acht Prozent.

Unmut gab es bei Altenburg

Der Gast aus Moskau hatte leichtes Spiel / Denkwürdige Tagung in Loccum

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der vergangene Samstag wird wohl nicht deswegen denkwürdig, weil sich abermals viele Menschen auf die Straße begaben, um ihren Protest gegen eine in ihren Augen maßlose Rüstung sichtbar zu machen. Eher sollte ihm die Aufmerksamkeit vieler gelten, weil an abgelegenem Ort in Loccum, wo die Evangelische Akademie hin und wieder hohe Verantwortliche aus West und Ost zum Gespräch zusammenführt, Denkwürdiges geschah.

Dort diskutierte der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Altenburg, mit einem in der sowjetischen „Nomenklatura" zwar nicht ganz oben angesiedelten Vertreter. Daniel Proektor gehört als Professor der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau an und war während seines Soldlatenlebens „nur" Oberst in der Roten Armee. Dennoch hat er die Kreml-Politik bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich ebenso geschickt ins Bewußtsein seiner deutschen (auch Ost-Berliner) Zuhörer zu transportieren versucht, wie das wahrscheinlich der ursprünglich angekündigte Generaloberst Tscherwow getan hätte.

Das Denkwürdige wohl zwischen dem „obersten Soldaten" der Bundeswehr und dem russischen Oberst a.D. passierte fast am Ende der mehr als zweistündigen Debatte über „Sicherheitsvorstellungen und Militärstrategien im Ost-West-Verhältnis". *Altenburg hatte in einem längeren* Redebeitrag die wohlbekannten Zusammenhänge zwischen konventioneller Verteidigungsbereitschaft der NATO in der Vorneverteidigung und dem Vorbehalt der westlichen Militärstrategie, nötigenfalls auch den Ersteinsatz von Atomwaffen zu planen, erläutert. Er fügte dann – weil ja die Nuklearwaffen im amerikanischen Besitz sind – in der ihm eigenen Offenheit hinzu: „Wir haben keinen Anlaß, in dieser Hinsicht und auch sonst an der Partnerschaft und der Vertrauenswürdigkeit der USA zu zweifeln."

Unvermittelt reagierte ein Teil des Publikums mit Zischen und mit allen Zeichen heftigster Ablehnung. Es wurde in diesem Augenblick deutlich, daß in den Kreisen, die sich Friedensbewegung nennen, ein heftiger und mit Argumenten der Vernunft nicht mehr zu tilgender Affekt gegen die Amerikaner eingebrannt ist, der, wenn er irgendwann noch mehr auf dem Wahlkonto der Grünen oder bei der „neuen SPD" politisch zu Buche *schlagen würde, die Bundesrepublik* aus der engen und ihr die Unabhängigkeit gegenüber dem Machtanspruch der Sowjetunion garantierenden Bindung an die Vereinigten Staaten allmählich herauslavieren würde.

Die Sowjetunion fühlt sich durch die USA militärisch eingekreist. Proektor wiederholte nicht nur die altbekannte These des Kreml. Er fügte weitere Gesichtspunkte an, die sich zu einem Bild von der Sowjetunion *zusammenfügen sollten, die nur und* ausschließlich Friedenspolitik verfolge und „nie als erste einen Krieg machen" werde. Sie verfüge zwar über „mächtige Streitkräfte", brauche sie aber gegen die Bedrohung durch die USA und eine NATO, die sich „immer mehr in die aggressive Politik" Washingtons hineinziehen lasse. Das propagandistische Reizwort „*AirLand-Battle*" vergaß Proektor nicht, um seine Behauptung zu würzen, im Westen bildeten sich immmer schärfer „neue strategische Konzeptionen mit immer klareren Angriffselementen" heraus.

Auf die sowjetische Einkreisungstheorie entgegnete General Altenburg, unverständlich sei dann, warum Moskau die Masse seiner Divisionen gerade an der Stelle des Kreises konzentriere, wo auf der anderen Seite auch die Bundesrepublik ist. „Herr Proektor, das sieht so aus, als wollten Sie gerade an der Stelle den Ring aufbrechen, wo ich sitze", meinte der Generalinspekteur. Der Russe entgegnete, und jeder mochte herauslesen, was er wollte, die Sowjetunion sei riesig groß, habe Verkehrsprobleme und deshalb die Truppen dort stationiert, „wo wir sie brauchen".

Der Leiter des Gesprächs, Klaus von Schubert, hatte zu Beginn gewünscht, beide Seiten mögen einander zuhören und verstehen lernen. Die Skepsis, ob das gelungen sei, war am Ende bei den Zuhörern groß und einige fragten, ob wohl eine Fortset*zung in Moskau möglich sei.*

„Es bleibt bei zwei Schritten"

AP, Bonn

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat bekräftigt, daß die geplante Steuersenkung von 20 Milliarden Mark in zwei Stufen 1986 und 1988 in Kraft treten soll. Im „Kölner Stadt-Anzeiger" vom Samstag nahm der Minister damit zu Forderungen aus FDP und CSU Stellung, wonach die Steuern bereits 1986 in einem Schritt gesenkt werden sollen. Stoltenberg bekräftigte seine Forderung, daß die „Gesundung der Staatsfinanzen" durch steuerpolitische Entscheidungen nicht gefährdet werden dürfe. Er verwies darauf, zehn von elf Bundesländern wünschten die Steuerreform in zwei Stufen.

Bauern erhalten weitere Hilfen

rtr, München

Die deutschen Klein- und Mittelbauern werden nach monatelangem Druck der CSU voraussichtlich weiter Hilfen zum Ausgleich der Brüsseler Agrarbeschlüsse *im Milchsektor* erhalten. Bundeskanzler Kohl, CSU-Vorsitzender Strauß, FDP-Chef Genscher und Landwirtschaftsminister Kiechle bekundeten am Wochenende übereinstimmend ihren Willen, über das bereits beschlossene 20 Milliarden-Programm hinauszugehen. Die CSU verlangte Sonderregelungen für Härtefälle, unbefristete Fortführung der Milchrente, Aufstockung des Hilfsprogramms für Bergbauern und Rentenbeitrags-Entlastungen.

Raketenbauer leugnet Vorwürfe

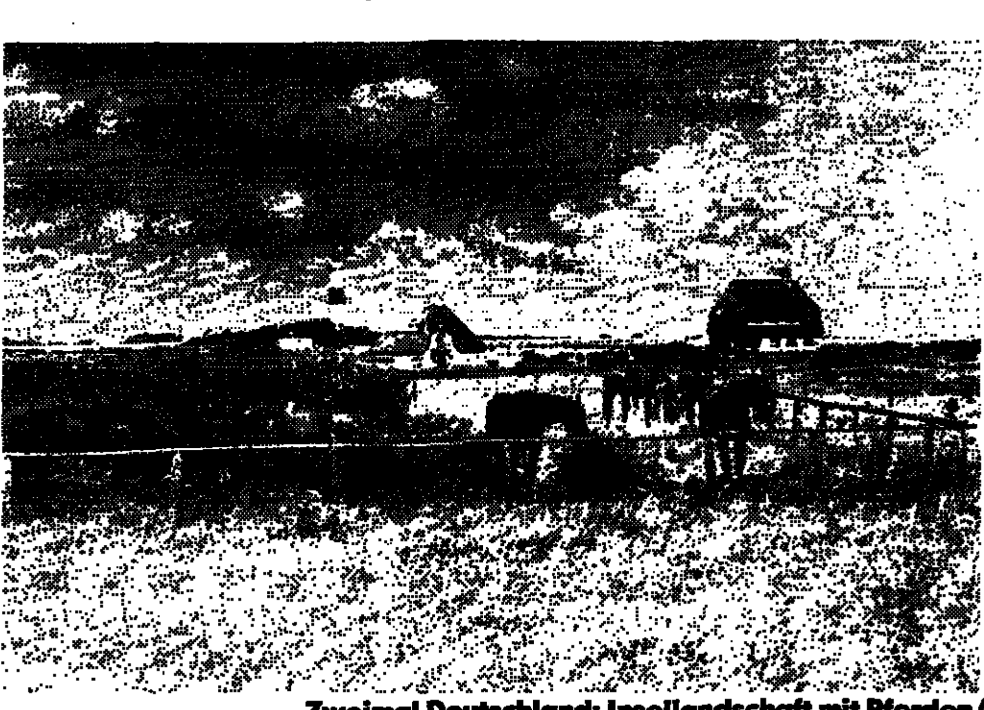
DW. Bonn

Der 78jährige deutschstämmige Raketenbauer Arthur Rudolph hat die Vorwürfe des US-Justizministeriums zurückgewiesen, wonach er im *Zweiten Weltkrieg* beim Bau der „Wunderwaffe" V-2 in Peenemünde Tausende von Zwangsarbeitern zu Tode geschunden haben soll. In seiner Abteilung seien die Arbeiter „gut behandelt und gut ernährt" worden. *Das amerikanische Justizministerium* hatte am Mittwoch mitgeteilt, Rudolph habe freiwillig seine US-Staatsbürgerschaft aufgegeben und sei im März in die Bundesrepublik zurückgekehrt, um einem möglichen Strafverfahren in den USA zu entgehen.





Für die uralte Rivalität der Deutschen diesseits und jenseits des Weißwurst-Äquators gibt es inzwischen diese Bezeichnung: Süd-Nord-Gefälle. Es ist, als gehorchten Wirtschaft und Konjunktur einer neuen Gesetzlichkeit: Umsätze, Ertragskraft und die Menschen der westdeutschen Wirtschaft streben aus den Nullpunkt-Niederungen der nördlichen Küstenländer den Scheitelhöhen von Feldberg und Zugspitze entgegen. Den Schwaben, Badenern und Bayern geht es heute im Vergleich mit den einstmals wohlhabenderen Vettern in Bremen oder Kiel besser: Gezeitenwechsel.





Zweimal Deutschland: Inselandschaft mit Pferden (Sylt) und das Kloster St. Trudpert im Schwarzwald. FOTOS: KLAUS ABS/MANFRED VOLLMER

Süd-Nord-Gefälle: Es ist, als gehorchte die Volkswirtschaft einem neuen Gesetz

Von HORST STEIN

Runde hundert Jahre lang hatten sich die Schwungräder, die Fortschritt und Wohlfahrt der Nation auf Touren brachten, vornehmlich im Norden gedreht: an Rhein und Ruhr, in den Hafenstädten und, vor allem, in Berlin. Dort lagen die großen Zechen und die Stahlwerke, die Waffenschmieden für „des Reiches schimmernde Wehr", die gewaltigen Schiffswerften und die Maschinenfabriken. Dort erzeugten Fleiß und innovatorisches Genie jene Schubkraft, die das Deutsche Reich wirtschaftlich wie militärisch in die Reihe der Großen rücken ließ. Man las Bücher wie Friedrich Ratzels „Das Meer als Quelle der Volksgröße" (1900) und glaubte mit diesem Vater der Geopolitik, daß die Gründer des Industriezeitalters mit ihrer Standortentscheidung eine Art Naturgesetz vollstreckten: Die zivilisatorische Entfaltung und der Gang der Geschichte, so die Quintessenz, stünden in wesenhafter Beziehung zur Topographie und den Ressourcen an Mensch und Material eines historischen Raumes. Was den Staatsmännern die Realpolitk – eine Lieblingsvokabel jener Epoche –, das war den Wirtschaftskapitänen ihre Realienpolitik.

Die Ressourcen an menschlicher Arbeitskraft, ohne die das Riesenwerk der Industrialisierung nicht hätte gelingen können, die holte man sich andernorts: in den Weilern und Dörfern Ost- und Mitteldeutschlands, aus dem Süden und dem Nordwesten des Reiches. Allein Berlin und Brandenburg saugen zwischen 1861 und 1910 annähernd zwei Millionen Zuwanderer auf, Hamburgs Einwohnerzahl versiebenfacht sich. Die Bevölkerung des Reiches steigt um mehr als 50 Prozent.

So entstehen die deutschen Industriereviere, in denen sich Produktionskapazität und Menschen ballen, die Stadtketten des Ruhrgebietes, die Saturnringe der Agglomerationen wie in (Groß-) Berlin und Hamburg – „Verdichtungsräume", wie die Planer heutzutage sagen: Das

1. Rheinisch-westfälische Industriegebiet (Ruhrgebiet mit Ruhrzone, Hellwegzone, Emscherzone und Lippezone; Niederrhein; Aachen; Bergisches Land und Sauerland).
2. Saargebiet, Lothringen.
3. Rhein-Main-Gebiet.
4. Mitteldeutsches Industriegebiet (Königreich Sachsen, Provinz Sachsen).
5. Schlesische Industriegebiet (vor allem Oberschlesien).
6. Norddeutsche Küstengebiet (Wilhelmshaven, Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck).
7. Berlin.

Eben dort aber, auf dem Boden der Bundesrepublik, wo man gewöhnt war, nach dem Wiederaufstieg aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges die Gralsburgen der deutschen Prestigeproduktionen florieren zu sehen, eben dort grassiert nun, zu lange schon, eine wirtschaftliche Auszehrung, die ans Mark zu gehen droht. Arbeitslosigkeit und Strukturprobleme scheint man einfach nicht in den Griff zu kriegen. Die Angst geht um, daß dies die erste Phase eines Prozesses sein könnte, der sich weder stoppen, geschweige denn umkehren läßt. Von „sterbenden Schornstein-Industrien" ist die Rede – Kohle, Stahl, Werften. Und das Wort vom Süd-Nord-Gefälle wird wie eine Brandfackel in die allgemeine Diskussion geschleudert: Baden-Württemberg, das Rhein-Main-Gebiet und Bayern, der Süden also, soll das heißen, lasse die übrigen Wirtschaftsregionen, den Norden, mit seinen ökonomischen Erfolgen als „Armenhaus der Republik" erscheinen, mache ihn damit für Investoren wie für ansiedlungswillige Unternehmer vollends unattraktiv.

Wie immer, wenn eine Vokabel neu ist, wird auch die vom Süd-Nord-Gefälle unentwegt verwendet, obwohl weder die Wissenschaft noch die Politik sich über das Ausmaß des Phänomens noch über dessen Ursachen richtig schlüssig geworden sind. Bei einer Anhörung vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kamen die Experten zwar zu dem Ergebnis, „das Süd-Nord-Gefälle in der Wirtschaftskraft der deutschen Regionen besteht tatsächlich"; es sei sogar größer als in den statistischen Globalzahlen zum Ausdruck komme, und eine Verstärkung dieses Gefälles könne für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Ob jedoch die häufig bemühte Erklärung, daß die jahrzehntewährende Dominanz alter, nach dieser Lesart jetzt „absterbender" Industrien in den Problemregionen eine zu schwere Erblast sei, ob sie wirklich für den Abstand zum Süden die behauptete Schlüsselrolle spiele – darüber ist man geteilter Meinung. Willi Lamberts, Wissenschaftlicher Direktor des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, glaubt, daß diese Unterscheidung eher suggestiven als ökonomischen Charakter habe. Sie sage über die Wettbewerbsfähigkeit überhaupt nichts aus, meinte Lamberts. Selbst in den „modernen" Bereichen Datenverarbeitung und Elektrotechnik sei es in den Jahren seit 1976 zu Arbeitsplatzverlusten gekommen.

Stellt sich freilich die Frage, woher es denn kommen mag, daß die Maschinen- und Anlagenbauer Nordrhein-Westfalens darüber klagen müssen, ihr Anteil am Branchenumsatz in der Bundesrepublik sei auf 27,7 Prozent gesunken; 1975 habe er noch 33,6 Prozent betragen. Baden-Württemberg habe dagegen von 23,4 auf 24,5 Prozent zugelegt und Bayern sogar von 15,5 auf 18,9 Prozent. Nach der Zahl der Beschäftigten schließlich rangiere Baden-Württemberg mit einer Quote von 25,7 Prozent schon dicht hinter NRW (27,8). Wenn keine Änderung eintritt, so warnte Branchensprecher Helmut Habig, wird der Südweststaat 1988 zur größten Maschinenbauregion in der Bundesrepublik geworden sein. Bittere Pille für einen Industriezweig, der, gemessen am Umsatz, hinter der Chemie die Nummer zwei Nordrhein-Westfalens ist.

Habig äußert auch prompt die Vermutung, daß es vielleicht doch an den politischen Rahmenbedingungen des Landes liege, wenn der Maschinenbau in NRW vom Süd-Nord-Gefälle so heimgesucht werde. Eine Studie der Landesregierung zur „Wachstumssituation" habe jedenfalls keine Aufklärung liefern können.

Natürlich hat sich auch die Parteipolitik längst dieser Mutmaßung bemächtigt. „Vergleicht man zum

> ❞ In Wahrheit ist das ein Wachstumsgefälle zwischen CDU/CSU- und SPD-regierten Bundesländern. ❞

Beispiel die Wachstumsdynamik der einzelnen Bundesländer seit 1970", heißt es in einem CDU-Papier, „so stellt man nicht (wie behauptet) ein generelles Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik fest, sondern ein Wachstumsgefälle zwischen CDU/CSU- und SPD-regierten Bundesländern." In der Tat bilden letztere – ausweislich der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes – mit der Ausnahme von Hessen die Schlußlichter unter den Ländern: Bei einem Bundesdurchschnitt von 38 v. H. Wachstum kamen Nordrhein-Westfalen und Bremen lediglich auf einen Zuwachs von plus 30 Prozent, Hamburg auf 36 Prozent. Die ebenfalls dem Norden zuzurechnenden aber CDU-geführten Länder Niedersachsen (plus 47 Prozent) und Berlin (plus 43 Prozent) schnitten deutlich besser ab.

Das CDU-Papier resumiert: „Damit ist nicht die Frage nach der Qualität der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gestellt, sondern nach der Wirtschaftspolitik der SPD. Nicht nur die Erfolge der Wirtschaftspolitik auf Bundesebene in bezug auf Wachstum, Preisstabilität, außenwirtschaftliche Absicherung und Arbeitsmarkt zeigen, daß eine an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Wirtschaftspolitik die bessere ist – auch auf der Ebene der Länder ist diese Erkenntnis mittlerweile unabweisbar."

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion: Bayern und Baden-Württemberg liegen beim realen Bruttosozialprodukt sogar um zehn Prozentpunkte vorn. Außerdem: Im Süden ist die Zahl der Unternehmensgründungen höher, die der Arbeitslosen und der Konkurse niedriger als im Norden. Auch im Schuldenmachen seien die Südlichter disziplinierter, merkte Wissmann an.

Baden-Württemberg, das im Haushalt für das Jahr 1986 sogar gänzlich ohne Neuverschuldung auskommen will, kann stolz auf eine Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent (August '84) verweisen, während sie im Bundesdurchschnitt immerhin 8,9 vom Hundert beträgt. Die Zinslasten im Landesetat liegen um 20 Prozent unter dem Durchschnitt der Länder: 229 Mark je Einwohner gegenüber 294 Mark. Und bei der öffentlichen Pro-Kopf-Verschuldung (2660 Mark) liegt nur Bayern knapp besser: 1861 Mark. Wenn den Finanzplanern in Stuttgart und München nichts in die Quere kommt, eine Entgleisung etwa bei den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst, dann wird sich der Abstand der beiden Südstaaten zu den übrigen Bundesländern auch in der Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter vergrößern. Hessen, Drittbester, lag Ende vergangenen Jahres bei 3168 Mark, Schlußlicht Bremen bei 12 173 Mark.

Es muß wohl doch mit an den „politisch-klimatischen Unterschieden" (Matthias Wissmann) liegen, daß der Süden blüht und der Norden mehr und mehr dahinkümmert.

Die Südlichter haben einfach früher begriffen, daß die Epoche der standortgebundenen Schwerindustrie allmählich aber unaufhaltsam dem Ende zugeht. Während andere sich im Widerstand gegen Atomkraftwerke und nukleare Zwischenlager verbissen, die alten Branchen und Strukturen maschinenstürmerisch gegen die elektronischen „Jobkiller" verteidigten – haben die tüfteligen Schwaben und die beharrlichen Bayern sorgfältig die innovatorischen Impulse aus der Neuen Welt registriert. Volksstämme, die – im Wortsinn – dazu neigen, die Kirche im Dorf zu lassen und die selbst in den Turbulenzen der diversen Bildungsreformen die Lernschule nicht völlig aus dem Auge verloren, die überstürzen nichts. Die Südstaatler jedenfalls optieren für die Zukunftschance und gegen den Zukunftsschock.

Weniger behindert vom Ballast der Gründerzeit betrachten sie den industriellen Gezeitenwechsel als ihre Gelegenheit, mit dem technologischen Tiedenhub in das dritte, das computerisierte Industriezeitalter zu gelangen.

Die Strategien der süddeutschen Wirtschaftsplaner sind diesem Ziel angemessen. Mit guten Vorsätzen allein ist da nichts getan und nicht einmal mit Programmen. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen belegt dies: Bernhard Worms, Oppositionschef im Landtag von Düsseldorf hat der Regierung Rau (SPD) vorgerechnet, daß es in diesem Bundesland zwar 280 (!) Technologie-Förderungsprogramme gibt, aber „es fehlt an Transparenz und Koordination". Worms: „Die unübersehbar labyrinthischen Wege und die ständig ausgeweiteten bürokratischen Hürden ermutigen nicht, sondern blockieren Innovationen und Neugründungen."

Und gerade in den Schlüsselbereichen einer gesicherten wirtschaftlichen Zukunft, in der Computer- und Meßtechnik, in der Mikroelektronik, der Biotechnik und der Kommunikationstechnik, läßt es Düsseldorf im Unterschied etwa zu Stuttgart an den unabdingbaren Existenzgründungshilfen fehlen. Zurecht beklagt Worms, daß „kreative Unternehmer statt dessen in den südlichen Bundesländern, insbesondere in Baden-Württemberg, ein einladendes Klima vorgefunden haben".

Was nun tun die Schwaben und Badener? Ihr Konzept bündelt mehrere Programme: zur Förderung von Existenzgründungen, zur Förderung von Forschungsvorhaben mit zukunftsträchtigen Verwertungsmöglichkeiten, zur rascheren Überführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Unternehmen und, nicht zuletzt, zur Stärkung mittelständischer Betriebsformen.

Selbst Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und in diesem Amte von einer Riege bizarrer Schwarmgeister immobilisiert, mußte gestehen, daß er „voller Neid zuschaut, wie unsere südlichen Nachbarn blühen". Dohnanyi: „So wie die Städte an Amerikas Ostküste auf Kalifornien und die Staaten des Sonnengürtels blicken." Der Bürgermeister gestand dies einem Reporter des US-Magazins „Time", das den Süden als eine „Heimstatt für Westdeutschlands aufstrebende High-tech-Industrien" beschrieb. „Go south, young man" heißt es darin, in Anlehnung an die uramerikanische Pionierformel „Westwärts, Leute!" Und wie eine Region der unbegrenzten Möglichkeiten wird der Süden auch porträtiert.

Freilich: Wer Neuland betreten will, muß sich zuvor von der alten Scholle lösen, muß mobil sein. Aber eben dieser Mobilität sind selbst bei jenen, die – im Jargon der Raum- und Landesplaner – in den altindustrialisierten Verdichtungsräumen ohne Arbeit sitzen, dem Ruhrgebiet etwa, Grenzen gesetzt. Da sind, zum einen, unzureichende Bildungs- und Berufsqualifikationen und zum anderen, aber mit steigender Tendenz – emotionale Mobilitätsbarrieren. Die Bindungen an die vertraute Umgebung, die Nachbarn, das Stadtviertel, die Verwandten, besser: das Bindungsbedürfnis, hat nach diversen Erhebungen zugenommen. Der „Rückzug in die Privatheit" offenbart die Angst vor dem allzu raschen Wandel dieser Zeiten. Dem entspricht, daß die 25- bis 29jährigen jenes Alter, in dem man eine Familie gründet, selbst aus den häufig unwirtschaftlichen Kernstädten nicht abwandern wollen, während die 18- bis 25jährigen noch eher mobil sind.

Der Süden verzeichnet natürlich dennoch Wanderungsgewinne: weil es sich dort gut verdient und lebt; man geht also nicht so leicht von dort weg; weil die sogenannten Bildungswanderer (Studenten) gerne im Süden hängenbleiben; und dann gibt es da die „Altenwanderung". Bei dieser „ruhesitzorientierten" Bewegung ist ausnahmsweise auch der Ballungsraum Stuttgart – nach Berlin und dem Ruhrgebiet – einer der Hauptverlierer. Ziel dieser Wanderungsströme sind landschaftlich reizvolle Gebiete wie die Lüneburger Heide, die Mittelgebirge und das Alpenvorland. Raumplaner sprechen vom „Florida-Effekt".

Gleichviel: Der Parameter, die den tatsächlichen wie den tendenziellen Vorsprung des Südens markieren, sind viele, und es füllte eine Bibliothek, sie alle in ihrer Vernetzung und Wechselwirkung zu beschreiben. Das Spektrum reicht ja vom Lehrstellenangebot über den Anteil der sogenannten technologiehaltigen Produkte – Nordrhein-Westfalen liegt auch hier mit knapp 9 Prozent (1983) unter dem Bundesdurchschnitt von 13,5 Prozent – bis hin zu dem in Bayern und Baden-Württemberg starken Anteil des Dienstleistungssektors, der bei ihnen Einbußen im produzierenden Gewerbe aufzufangen half. Gesetzgeber und Regierungen können nicht umhin, sich mit der ökonomischen und sozialen Nord-Süd-Trift auseinanderzusetzen. Das Grundgesetz verpflichtet sie ja, auf die Einheitlichkeit der Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken.

> ❞ Neidvoll müssen wir zusehen, wie unsere südlichen Nachbarn blühen. ❞

Auch wenn die Mittel schrumpfen und die Probleme wachsen und wenn der Subventionswettlauf noch so hektisch wird: Bund und Länder können sich auf Dauer nicht ihrer Pflicht entziehen, zum Wohle des Ganzen zusammenzuwirken.

Was geschieht, beispielsweise, mit der Zonenrandförderung, die bislang rund 25 Milliarden verschlang, wenn die dafür bestimmten Mittel durch die konkurrierende Subvention anderer sturkturschwacher Regionen unterlaufen wird. Der Planungsausschuß der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", der am 25. Oktober wieder zusammentritt, steht also vor schier unlösbaren Problemen. Es gibt ja auch noch den horizontalen Finanzausgleich, der einstmals, ganz im Sinne der Gundgesetz-Intention, eingeführt worden war, damit die reichen Bundesländer den ärmeren unter die Arme greifen. Wer aber ist arm, wer reich? Im Augenblick zahlen Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen. Dann ist da der vertikale Finanzausgleich, Bundeszuschüsse für das „arme" Niedersachsen, für Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland. Hinzu kommen als Drittes Zonenrand- und Wirtschaftsförderungsmittel. Hamburg wird in diesem Jahr etwa 300 Millionen abgeben müssen, Bayern, das florierende – siehe oben –, kassiert 50 bis 100 Millionen.

Die Situation ist also verzwickt. Weil sich Bund und Länder bislang nicht auf eine Neuordnung einigen konnten, gingen Baden-Württemberg (CDU), Nordrhein-Westfalen (SPD), Bremen (SPD) und Hessen (SPD) nach Karlsruhe zum höchsten Kadi. Gerichte sollen entwirren, was die Politiker verheddert haben. Wie so oft.

Vatikan-Dementi über Beziehungen zu Israel

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Ein Vatikan-Sprecher und der amerikanische *Botschafter* beim Heiligen Stuhl, Williams, haben gestern eine Meldung des amerikanischen Fernsehnetzes NBC dementiert, wonach der polnische Kurienerzbischof Descur in einem Gespräch mit dem Botschafter die Absicht des Papstes mitgeteilt haben soll, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Dieses Thema sei nicht Gegenstand des Gesprächs gewesen. Darüber hinaus enthielt sein Dementi keinerlei Hinweis auf die vatikanischen Absichten in dieser Frage.

In Vatikankreisen hält man eine Formalisierung der inoffiziell gepflegten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel für nicht sehr wahrscheinlich, solange nicht zwischen beiden Seiten eine Verständigung über das Palästinenser-Problem und über den Status von Jerusalem erreicht werden kann.

Nach den Vorstellungen des Vatikans sollte Jerusalem ein internationales Statut erhalten und den Palästinensern ein eigener Staat auf palästinensichem Boden zugestanden werden. Das Abgehen von diesen Positionen ohne vorherige Konsultierung der christlichen Kirchen in den arabischen Ländern ist nach Überzeugung diplomatischer Kreise beim Vatikan kaum zu erwarten.

Spekulationen um Gorbatschow

rtr, **Moskau**

Das Zentralkomitee der KPDSU wird in dieser Woche zu einer Sondersitzung vornehmlich über die Landwirtschaft zusammenkommen. Diplomatische Kreise halten Änderungen in der Parteiführung nicht für ausgeschlossen, rechnen jedoch nicht mit einer Ablösung von Parteichef Tschernenko. Es wird darauf hingewiesen, daß er in jüngster Zeit politisch wieder sehr aktiv gewesen sei.

Die Spekulationen über eine Umbesetzung im Politbüro konzentrieren sich auf den 53jährigen Michail Gorbatschow der als Parteisekretär für die Landwirtschaft verantwortlich ist und gegenwärtig als „Nummer Zwei" gilt. Ein am Freitag veröffentlichtes Foto zeigt ihn nicht, wie üblich, neben Tschernenko. Dies wird von einigen Diplomaten so erklärt, daß politische Gegner die schlechten Ergebnisse der Landwirtschaft gegen ihn ausgenutzt hätten. Andere halten jedoch für möglich, daß Gorbatschow von seinen bisherigen Aufgaben entbunden werden könnte, um mehr Verantwortung zu übernehmen und seine Position als Tschernenko-Nachfolger zu festigen.

Im Aufwind stehen Grüne und Landpartei

R. GATERMANN, **Helsinki**

Eine Woche vor den Gemeindewahlen am gestrigen Sonntag und heutigen Montag erhielt die politische Debatte in Finnland einen neuen Akzent. Wieder einmal wurde er von den Kommunisten gesetzt, deren interne Auseinandersetzungen jetzt ein Ausmaß erreicht haben, daß sich das Politbüro der Mutterpartei in Moskau zur öffentlichen Schelte veranlaßt sah. Vorgetragen wurde sie vom Politbüro-Mitglied Grigorij Romanow, der der FKP unmißverständlich klarmachte, daß Moskau eine Splitterung der Partei mit allen Mitteln zu verhindern suche; sei sie aber unvermeidbar, werde Moskau tatkräftig den marxistisch-leninistischen Flügel stützen, also die Minderheitsfraktion. Der immer unversöhnlicher gewordene Streit innerhalb der FKP wird jetzt zur Folge haben, daß sie zur großen Verliererin der Gemeindewahl wird, während den Grünen und der Finnischen Landpartei erhebliche Stimmengewinne prophezeit werden.

Grigorij Romanow, früher Parteichef in Leningrad und neben Politbüro-Mitglied auch Sekretär im Zentralkomitee der KPdSU, benutzte seinen Aufenthalt in der finnischen Hauptstadt aus *Anlaß* des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des finnisch-sowjetischen Waffenstillstandes dazu, neben dem FKP-Vorsitzenden Arvo Alto und Sekretär Aarno Aitamurto, die beide der gemäßigten „eurokommunistischen" Mehrheitsfraktion angehören, auch



den früheren Parteivorsitzenden *Jouko Kajanoja* und den Führer der moskautreuen Gruppe Taisto Sinisalo in die sowjetische Botschaft zu zitieren, um ihnen dort in ungewöhnlich scharfer Form die Leviten zu lesen.

Dazu hielt er einen Brief des Politbüros der KPdSU in der Hand, aus dem er unter anderem las: „Ein Bruch der FKP schadet nicht nur allen arbeitenden und demokratischen Kräften des Landes, sondern auch den nationalen Interessen Finnlands." An anderer Stelle heißt es: „Die KPdSU hat immer und wird immer die marxistisch-leninistische Partei der finnischen Kommunisten unterstützen, die Partei, die konse*quent und fest für eine* weitere Entwicklung der guten Nachbarschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern und Völkern, für Einvernehmen, Zusammenarbeit und Freundschaft, zur Förderung des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts eintritt." Es war klar, wen der Moskauer Levitenleser für die desolate Situation der Partei verantwortlich macht: deren Führung, die auf dem 20. Kongreß *im Mai* das Ruder übernahm und dafür sorgte, daß die „Stalinisten" aus sämtlichen Beschlußgremien verschwanden. Sie habe ihr Kongreßversprechen, sich für die Einheit der Partei einzusetzen, nicht gehalten, sondern im Gegenteil „bewußt auf eine Linie hingearbeitet, die sich gegen die Einheit *und Grundprinzipien der FKP* richtet und letztlich dazu führen würde, daß die FKP als kommunistische Partei liquidiert wird". Romanov beklagte sich vor allem darüber, daß öffentliche, gegen die Minderheit gerichtete Erklärungen innerhalb der Demokratischen Union des finnischen Volkes (SKDL), der parlamentarische Zusammenschluß von sozialistischen Volksdemokraten und Kommunisten, von der FKP-Führung ohne Kommentar hingenommen worden seien.

So ging die FKP kräftig gebeutelt in die Gemeindewahl. Laut jüngsten Meinungsumfragen kann sie nur noch mit 11,7 Prozent der Stimmen rechnen, nachdem es vor vier Jahren noch 16,6 und bei den vorjährigen Reichstagswahlen 14 Prozent gewesen waren. In 12 Gemeinden, darunter Helsinki, tritt die Minderheit mit einer eigenen *Liste* an.

Erstmals treten die Grünen, nachdem es ihnen 1983 gelang, auf Anhieb zwei Abgeordnete ins Landesparlament zu bringen, nun auch zur Gemeindewahl an. Obwohl ihnen auf Landesebene nur ein Anteil von rund fünf Prozent prognostiziert wird, können sie in zahlreichen Städten doch zu einer bedeutenden politischen Kraft werden, da sie ihre Anstrengungen lediglich auf 60 der 445 Kommunen, darunter Helsinki, konzentrieren. In *einigen* Wahlkreisen würde ein 10-Prozent-Anteil nicht überraschen. Als weiteren Gewinner der Abstimmung sehen die Meinungsforscher die Landpartei, deren prominenteste Mitglieder Vater und Sohn Vennamo sind. Beide Parteien profitieren von der auch in Finnland verbreiteten Politikerverdrossenheit, die in letzter Zeit durch Aufdeckung verschiedener Bestechungsskandale kräftig zunimmt. Die Sozialdemokraten dürften sich als größte Partei behaupten, sie werden von der desolaten Situation innerhalb der FKP profitieren, werden andererseits allerdings auch Stimmen an die Grünen und an die Parteien der Mitte abtreten müssen.

Khadhafi stärkt Gukuni Weddeie

Die militärische Lage in Tschad / Frankreich beschleunigt den Abzug seiner Truppe

Von F. DARQUENNES

Die militärische Lage im Tschad ist nach wie vor unklar. Am 31. Oktober sollen die Kampfeinheiten der Franzosen den Chari-Fluß überquert haben, der die Grenze zwischen dem Tschad und Kamerun bildet. Die restlichen Einheiten der Manta-Streitkräfte sollen die tschadische Hauptstadt Njamena bis zum 9. November räumen. Diese Anweisungen sind, wie aus französischen Quellen hervorgeht, am 14. Oktober erlassen worden, während sich der französische Generalstabschef Lacaze in Njamena aufhielt. Über weitere Abzugsvorbereitungen schweigen sich die militärischen Quellen aus. Sie könnten die genannten Informationen weder bestätigen noch dementieren.

Erstaunliches Vertrauen

Diese Informationen jedoch bestätigen immerhin, daß der libysche *Oberst Khadhafi in Paris ein erstaun*liches Vertrauen genießt. Dies umso mehr, als die neutralen Beobachter des beiderseitigen Rückzugs sich am 14. Oktober immer noch in der nigerianischen Stadt Kano befanden und auf ihre Einreisevisa für den Tschad warteten. Sie konnten bis dahin also den Abzug vor allem der Libyer nicht überwachen.

In Njamena ist in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß Beweise dafür vorliegen, wonach die Libyer ihre Verbündeten im Tschad , die Truppen des Rebellenführers Gukuni Weddeie massiv mit logistischem Material und mit Waffen beliefern. So sollen die Lastwagen, die das libysche Rüstungsmaterial abziehen, nicht leer aus Libyen ankommen, sondern prall gefüllt mit Rüstungsgütern und Munition für die Truppen Weddeies.

Am 12. Oktober wurden libysche Boden-Luft-Raketenbatterien, unter anderem eine vom Typ Sam 9, aus dem Oasen-Ort Faya Largeau abgezogen. Ebenso wurden eine Artillerie-Stellung aufgelöst und ein Panzerbataillon auf den Rückweg in Marsch gesetzt. Auch aus Fada zogen eine gepanzerte Infanterie-Kompanie und 15 Panzer ab in Richtung Libyen. Gleichzeitig aber begannen die Truppen Weddeies, die seit kurzem in diesen beiden Orten zusammengefaßt sind, die Verteidigungsstellungen auszubauen.

So wurden in Fada Panzer eingegraben und unterirdische Munitionsschächte angelegt. Libysche Sprengstoffexperten sollen außerdem die Zugänge und das Vorfeld der Stadt vermint haben, um sowohl einen, wenn auch unwahrscheinlichen Angriff der Regierungstruppen des Hissen Habre zu stoppen als auch Absatzbewegungen von Rebelleneinheiten zu verhindern, die zum Feind überlaufen wollen, so wie neulich ein *führender Offizier Weddeies.*

Von Paris enttäuscht

Die Regierung Hissen Habre verbirgt nur schlecht ihre Enttäuschung über das Verhalten des „französischen Verbündeten", der sie vor dem Abkommen mit Khadhafi nicht unterrichtet hatte. Khadhafi sei ein Feind des Tschad und Geheim-Abkommen mit „unseren Feinden können nur zu einer Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Paris und Njamena führen," erklärt ein Mitglied der Regierung Habre dem Berichterstatter. Das Vertrauen könne nur wiederhergestellt werden, wenn Khadhafi seinen tschadischen Verbündeten *zu einer Versöhnung mit Hissen Ha*bre zwinge oder wenn Frankreichs Staatspräsident Mitterrand den Abzug der französischen Truppen stoppe, falls die Versöhnungskonferenz von Brazzaville scheitere, die am Wochenende offiziell einberufen worden war.

Enthüllungen über Italiens Loge P 2

Ex-Vizechef des Geheimdienstes verhaftet / Verbindungen zu den Roten Brigaden

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Unter dem Verdacht der Bildung einer verbrecherischen Vereinigung, der Unterschlagung, des unerlaubten *Besitzes von Explosivstoff* und *Waf*fen sowie der Begünstigung sind in Italien der Carabinieri-General a.D. und Ex-Vizechef des militärischen Geheimdienstes, Pietro Musumeci, ein Oberst, ein Oberstleutnant und ein Hauptmann verhaftet worden. Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, aus eigener Initiative über Kontakte mit der napolitanischen Verbrecherorganisation Camorra 1981 den Freikauf des von den Roten Brigaden entführten christdemokratischen Kommunalpolitikers von *Neapel, Ciro Cirillo, vorbereitet zu ha*ben.

Dem General ist im Gefängnis außerdem die gerichtliche Mitteilung zugestellt worden, daß gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen vermuteter Irreleitung der Untersuchungen zur Aufdeckung des Bombenattentates von Bologna im Jahre 1980 (über 80 Tote) eingeleitet worden sei.

Die Verhaftung Musumecis läßt darauf schließen, daß die gerichtlichen Ermittlungsorgane zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind wie *kürzlich ein Parlamentsausschuß in* seinem Bericht über den Fall Cirillo. Danach verhandelten Geheimdienstoffiziere 1981 im Gefängnis mit dem dort einsitzenden Camorra-Boß Cutolo *über eine Hilfsaktion für den ent*führten DC-Politiker. Tatsächlich gelang es dann auch, über die Cutolo-Organisation den Kontakt mit den Roten Brigaden herzustellen und eine Lösegeldsumme auszuhandeln.

Angeblich haben Musumeci und seine Helfer ohne Auftrag ihrer vorgesetzten politischen Behörde gehandelt. In der Presse wird jetzt der Verdacht geäußert, daß sie dies mit dem Ziele taten, sich führende Persönlichkeiten der Democrazia Cristiana zu verpflichten.

Die Vergehen, die dem General und seinen Mitarbeitern zur Last gelegt werden, gehen allerdings noch weit über den Fall Cirillo hinaus. Soweit bisher bekannt ist, wird ihnen vorgeworfen, innerhalb des militärischen Geheimdienstes eine der Geheimloge P 2 hörige geheime Sonderabteilung gebildet zu haben. Dies geschah angeblich mit Wissen und voller Billigung des inzwischen verstorbenen damaligen Geheimdienstchefs, General Santovito, dessen Name – ebenso wie derjenige Musumecis – *auf der P 2-Mitgliederliste steht.*

Diese Sonderabteilung soll dafür verantwortlich sein, daß sich einer der engsten Mitarbeiter des Mailänder Bankiers und P 2-Mitgliedes, Ro*berto Calvi, der Finanzberater Fran*cesco Pazienza, der Verhaftung durch die Flucht in die USA entziehen konnte. Ein Geheimdienst-Düsenflugzeug vom Typ „Mystére" soll ihn ins Ausland gebracht haben. Mit diesem Flugzeug sei er vorher auch zu Wochenendausflügen nach Sardinien geflogen worden. Über die vorgebliche Verwicklung Musumecis in das Bombenattentat von Bologna verlautet, der General werde in Verbindung gebracht mit der Auffindung eines Koffers voller Explosivstoff und Waf*fen auf dem Bologneser Bahnhof im* Januar 1981, also ein halbes Jahr nach dem folgenschweren Bombenattentat, was bis heute noch nicht aufgeklärt ist.

Der Fund lenkte die Ermittlungen in eine Richtung, die sich später eindeutig als falsch erwies. In derselben Zeit leitete Musumeci den Justizbehörden auch einen Bericht zu, in dem er vier deutsche Neo-Nazis als Autoren des Attentats indizierte. Die Ermittlungsrichter haben später diese Hypothese als unbegründet wieder *fallen gelassen.*

Sharon im Gegensatz zur Regierung Peres

AP, **Tel Aviv**

Der israelische Minister für Handel und Industrie, Ariel Sharon, hat die Pläne von Ministerpräsidenten Shimon Peres zum Abzug der israelischen Truppen aus Libanon und für *die Verbesserung* der Lebensbedingungen der Palästinenser in dem von Israel besetzten Westjordanien rundheraus abgelehnt. In einem Interview mit dem israelischen Rundfunk sagte Sharon, die Pläne von Peres, sich darauf zu verlassen, daß UNO-Truppen das Einsickern von palästinensischen Guerrillas in Südlibanon verhindern *würden*, sei *für den* Likud-Block, dem er angehört, unannehmbar.

Sharon sagte: „Wir haben keine Regierung der nationalen Einheit gebildet, um als Feigenblatt für die Verteidigungs- und politischen Pläne der Arbeiterpartei zu dienen, die wir für katastrophal halten." Die Arbeiterpartei von Ministerpräsident Peres ist mit dem Likud-Block unter Außenminister Yitzhak Shamir trotz erheblicher politischer Differenzen eine Koalition eingegangen, um der wirtschaftlichen Probleme des Landes Herr zu werden. Es war das erste Mal, daß ein israelischer Minister offen Differenzen in der fünf Wochen alten Koalition angesprochen hat, obwohl bekannt ist, daß solche Differenzen *zwischen Peres und Shamir* bestehen. Unklar war, ob Sharon vom Likud-Block zu seinen Äußerungen ermuntert wurde.

Britischer Zoll stoppt „Spenden"

SAD, ***London***

Im nordostenglischen Hafen Hull liegt eine Lagerhalle voller „Spenden" aus Moskau und Ost-Berlin unter Zollverschluß. Der Großteil von 170 Tonnen Lebensmittel, die als „Solidaritätsspende" an die Streikenden und angeblich hungernden britischen Bergarbeiter geschickt wurden, darf auf Anordnung des Landwirtschaftsminiseriums nicht eingeführt werden.

Dosenfleisch, Babynahrung, Milch- und Eipulver, die von einem gecharterten dänischen Frachter gelöscht wurden, sind „unter britischem Standard nicht zulässig", weil diese Waren nicht nach den strikten, übrigens für die gesamte EG verbindlichen Hygiene-Richtlinien hergestellt wurden. „Es handelt sich unsererseits um ein ganz normales Vorgehen", betont das zuständige Ministerium. „Politik ist hier keinesfalls im Spiel." Die Frachtagenten haben die Auflage, die Ware innerhalb von vierzehn Tagen entweder außer Landes zu bringen oder aber unter amtliche Aufsicht zu stellen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eine Milchrechnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder Milcherzeuger liefert seine Vollmilch ab, um die daraus gewonnene Butter zu einem vernünftigen Preis zu verkaufen. Wunschgemäß nimmt jeder Bauer seine Magermilch oder Dickmilch zu einem tragbaren Preis – wie es ihn früher gab – zurück.

Der übergroße Magermilchpulver-Berg (mit 280 Prozent Selbstversorgung in der Bundesrepublik) muß verschwinden. Dazu sagte Minister Dr. Stoltenberg: „Wichtig ist, daß auf Dauer nicht mehr produziert wird, als am Markt abgesetzt werden kann." So handeln auch andere Unternehmer. Gleichzeitig entfällt damit die Zwangskontrolle über die Haltung der Kälberzahl auf den Höfen.

Wo bleibt hier die Selbständigkeit der Kleinbauern und die Wirtschaftsbelebung? Herr von Heeremann sagte einmal: „Da müssen Fleiß und Tüchtigkeit bestimmen und nicht die staatliche Verwaltung. In der Produktion könnten sicherlich noch die einen oder anderen 100 Mark gespart werden."

Mir wurde am 6. August 1984 mitgeteilt, daß ein Liter Magermilch, der zu Pulver verarbeitet wird, 33,5 Pfennig und die Lagerung pro Jahr für 100 kg 40 Pfennig kostet. An diesem Beispiel erkennt man, daß die Frischmilch für ein Butterbrot und ein Ei verkauft wird. Wie kann bloß so gewirtschaftet werden? Man konnte im voraus erkennen, daß nur ein geringer Absatz für Magermilchpulver vorhanden war. Das in Massen hergestellte Magermilchpulver und die Lagerung von 974 000 t in der EG ist im Sinne des Erzeugers und Verbrauchers und auch aus kaufmännischen Gesichtspunkten eine reine Geldverschwendung. Die private Wirtschaft kann sich diesen Luxus nicht erlauben, sie wäre dann sehr bald pleite.

Daß die EG mit dem Haushaltsplan nicht zurechtkommt, liegt nur an ihrem unwirtschaftlichen Handeln, daher auch das Defizit von 4,5 Milliarden Mark. Nach Mitteilung des Generalsekretärs H. J. Wick haben die Bauern 1983/84 mit einem Einkommensrückgang von ca. 22 bis 25 Prozent oder zehn Milliarden Mark zu rechnen.

Dieser Preisrückgang für Butter, Fleisch, Eier, Zucker und Getreide ist besorgniserregend für die Bauern, denn die Betriebskosten und Löhne steigen jedes Jahr. Das Ergebnis des schlechten Wirtschaftens der EG wird sein, daß die Bauern 1984/85 noch weit weniger investieren als in den vergangenen Jahren.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Holling,
Puls

Von Größe und von Großen

„Präzises Erzählen als höchstes Gebot"; WELT vom 10. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Professor Schieder hielt am 8. Februar 1983 im Rahmen der Westberliner Thyssen-Vorlesungen in der Staatsbibliothek Berlin einen Vortrag über das Thema „Über den Beinamen ‚der Große' bei Friedrich II. von Preußen – Reflexionen über historische Größe". Wer den vitalen Gelehrten damals erlebt hat, hätte es nie für möglich gehalten, daß sein Leben schon 1½ Jahre nach diesem Vortrag zu Ende gehen würde.

Herr Professor Schieder stellte damals ebenfalls die – auch von Herrn Schützsack erwähnte – Behauptung auf, Friedrich II. sei der letzte gewesen, dem die Geschichte den Beinamen „der Große" gegeben habe. Im persönlichen Gespräch nach dem Vortrag wies ich Herrn Professor Schieder darauf hin, daß diese Behauptung nicht richtig sei, daß vielmehr mindestens eine historische Persönlichkeit, nämlich Kaiserin Katharina II. von Rußland (1729–1796, Kaiserin seit 1762), noch geraume Zeit nach Friedrich II. von Preußen den allgemein anerkannten Beinamen „die Große" erhalten habe.

Herr Professor Dr. Schieder akzeptierte damals meinen Hinweis ohne jeden Vorbehalt und gestand mir zu, daß er sich insoweit geirrt habe. Da dieser Irrtum für alle Geschichtskundigen auf der Hand liegt, wundere ich mich etwas darüber, daß er nun in Herrn Schützsacks Artikel wieder auftaucht.

Zugunsten des Verstorbenen möchte ich davon ausgehen, daß – entgegen der Vermutung von Herrn Schützsack – Schieders 1983 erschienenes Werk „Friedrich der Große" seine Entstehung tieferliegenden Antriebskräften verdankt und keineswegs derartig vordergründigen Motiven wie z. B. der – überdies noch unzutreffenden – „Einsicht", Friedrich II. von Preußen habe als letzter von der Geschichte den Beinamen „der Große" erlangt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Fritz Kreh,
Berlin 41

Konsequenzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die Prämisse stimmt, daß 1. Autoabgase die Umwelt erheblich belasten, 2. geschwindigkeitsabhängig mehr Schadstoffe ausgestoßen werden, dann folgt logischerweise (sofern eine Änderung erwünscht ist und konsequent angestrebt werden soll), daß das Problem a) qualitativ und b) quantitativ anzugehen ist.

Die Qualität soll (abgesehen von technischen Zukunftslösungen) durch Katalysatoren verbessert werden, was sich allenfalls in Jahren (s. USA) auswirken kann. Bei zunehmendem Verkehr (Pkw-km) würde dieser Effekt teilweise neutralisiert. Eine kurzfristige Wirkung ist nicht zu erwarten.

Die Quantität spielt in der öffentlichen Diskussion keine Rolle. Aber nur hier läßt sich kurzfristig etwas bewegen: Senkung der Geschwindigkeit als Sofortmaßnahme (s. Schweiz), Schwerverkehr auf die Schiene (s. Österreich), Eindämmung des Autoverkehrs auf das Notwendige durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs als umweltfreundlichem Verkehrsträger. Die Politiker sind mehr denn je gefordert, ein ausgewogenes Verkehrskonzept vorzulegen.

Argumente, daß die Autoindustrie Schaden nehme und Arbeitslose erzeugt würden, berücksichtigen nicht, daß (abgesehen vom hohen Exportanteil) auch bei geringerer Jahreskilometerleistung noch Zweitwagen verkauft und Arbeitsplätze in anderen Verkehrsbranchen geschaffen werden.

Brauchen wir denn immer neue Straßen mit allen Konsequenzen für Mensch und Umwelt? Wäre die Verbesserung des Verkehrsflusses auf vorhandenen Straßen nicht sinnvoller?

Wenn wir die Freiheit zum Autofahren behalten wollen, dann dürfen wir sie nicht als Freiheit von der Verpflichtung zu vernünftigem Umgang mit Auto und Umwelt verstehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Odenthal,
Viersen 1

Wort des Tages

„In erster Linie kommt es darauf an, den angehäuften Zündstoff unter den Völkern zu beseitigen, der da heißt: Haß, Mißgunst und Mißtrauen, Größenwahn und Machtgelüste jeglicher Art. Die Abrüstung der Geister muß der Abrüstung der Waffen vorausgehen."

Robert Schuman; franz. Politiker (1886–1963)

Die Aramäer

„In Gronau hört man immer häufiger die Sprache Jesu"; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Herren,

die aramäisch sprechenden syrisch-orthodoxen Christen türkischer Staatsangehörigkeit in Gronau heißen auf deutsch „Aisoren". Sie selbst nennen sich „Osurai".

Sie sind in der Tat Syrer, die aramäisch sprechen, nestorianische Christen, und gehören der syrisch-orthodoxen Jakobiten-Kirche an. Sie leben heutigentags in und um Mossul in Irak, in Iran, in drei Bergdörfern des Antilibanon in Syrien, in der Türkei und – zu 25 170 laut Volkszählung 1979 – in der Sowjetunion, vornehmlich in der Armenischen SSR. Doch sprechen nur noch 54,9 Prozent der Aisoren in der Sowjetunion Aramäisch. Sowjetamtlich heißen sie – auf russisch – „Assirijzy".

Mit den besten Grüßen
G. Buxell,
Hachenburg

Personalien

GEBURTSTAG

Professor **Dr. Dr. h. c. Theodor Hellbrügge**, Ordinarius für Sozialpädiatrie an der Universität München, Direktor des Kinderzentrums München und Vorstand des Instituts für Soziale Pädiatrie und Jugendmedizin der Universität München sowie erster Vorsitzender der Aktion Sonnenschein – Hilfe für das mehrfach behinderte Kind e.V. – begeht am 23. Oktober seinen 65. Geburtstag.

Anfangs als „träumender Arzt" belächelt, schuf er mit dem Kinderzentrum München eine in der Welt wohl einmalige und beispielgebende Einrichtung zur Behandlung und Betreuung von behinderten Kindern. In dieses Zentrum mit Ambulanz, Klinik, sozialpädiatrischem Universitätsinstitut, Schulen, Kindergärten und einer Heilpädagogischen Tagesstätte kommen jährlich Hunderte wenn nicht Tausende von Fachleuten, um sich zu informieren und weiterzubilden. Seine „Münchner Funktionelle Entwicklungsdiagnostik" und seine stets mit Leidenschaft vertretene These von der frühen Diagnose, frühen Therapie und frühen Integration bei behinderten Kindern sind weltweit anerkannt. Sein Buch „Die ersten 365 Tage im Leben eines Kindes" erscheint inzwischen in 14 verschiedenen Sprachen und gehört zu den Standardwerken der Kinderheilkunde. Ein zentrales Anliegen von Hellbrügge ist es stets, behinderte Kinder in die Gemeinschaft mit gesunden zu integrieren. Dieses ist ihm in fast vollkommener Weise in seinen Montessori-Kindergärten und -Schulen gelungen. Erstmalig in der Welt werden hier gesunde und behinderte Kinder in Gemeinschaft nach der idealen Methode von Maria Montessori betreut.

Von den vielen Auszeichnungen und Ehrungen, die Hellbrügge zuteil wurden, seien nur einige wenige genannt: 1964 Ernst von Bergmann-Medaille, 1968 Wischnewski-Medaille, Moskau, 1973 Theodor-Heuss-Preis, 1977 Pestalozzi-Preis, 1978 „München leuchtet den Freunden Münchens", 1978 Bayerischer Verdienstorden, 1981 Bundesverdienstkreuz, 1981 Ehrendoktor der Sophia-University Tokio.

EMPFANG

Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird zu Ehren des früheren Bundesministers Dr. **Ludger Westrick** am 23. Oktober zu einem Empfang in das Palais Schaumburg in Bonn einladen. Ludger Westrich, Vertrauter des ehemaligen Bundeskanzlers **Ludwig Erhard**, war Chef des Bundeskanzleramtes in der Regierungszeit von Erhard. Ludger Westrick lebt in Bad Godesberg.

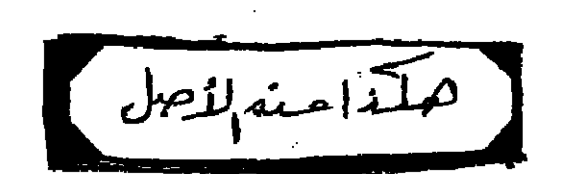
Der Mitbegründer und langjährige Generalsekretär des Deutschen Presserats, **Egon Freiherr von Mauchenheim**, ist – wie erst jetzt bekannt wurde – im Alter von 66 Jahren überraschend in Bonn gestorben. Mauchenheim war von 1949 bis 1955 Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, einem Vorläufer des jetzigen Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger. Für den Presserat war er, seit dessen Gründung 1956, bis 1983 tätig. Von 1949 bis 1978 war Mauchenheim auch Chefredakteur von ZV+ZV, einer Zeitschrift für Presse und Werbung. Zuletzt leitete er den Festland-Verlag in Bonn, der das Taschenbuch des öffentlichen Lebens herausgibt.



Von links Rainer Barzel, Ursula Schmidt-Tintemann und Ida Ehre
FOTO: EVI KEIL

VERANSTALTUNG

Frauen in Führungspositionen trafen sich erneut im Hause des Bundestagspräsidenten. Eingeladen hatten **Dr. Rainer Barzel** und Ehefrau **Dr. Helga Henselder-Barzel**, Geschäftsführerin des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bonn. Die älteste Dame in der Runde war Hamburgs Theaterprinzipalin **Ida Ehre**, die im nächsten Jahr 40 Jahre lang die Kammerspiele leiten wird, die jüngste Hamburgs Tierparkdirektorin **Caroline Hagenbeck**. Sie hat inzwischen mit ihrem Einfallsreichtum Schlagzeilen gemacht; zuletzt mit einem Killerwal, den sie für drei Jahre mietete. Die Reihe war dieses Mal bunter denn je: Gast in der weißen Villa in Bad Godesberg waren die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, **Irmgard Karwatzki**, die niedersächsische Wirtschaftsministerin **Birgit Breuel** und die SPD-Rechtsexpertin im Deutschen Bundestag, **Dr. Herta Däubler-Gmelin**, die Oberbürgermeisterin von Goslar, **Marta Lattemann** und die Chefin von Allensbach, Professor Dr. **Elisabeth Noelle-Neumann**, eine der Geschäftsführerinnen von Green Peace, **Monika Griefahns**, die Generaloberin Mutter **Scholastika** und die in der ganzen Welt berühmte derzeitige Bonner „Salome"-Opernsängerin **Hildegard Behrens** sowie die Geigensolistin Professor **Susanne Lautenbacher**, schließlich die Chirurgin Professor Dr. **Ursula Schmidt-Tintemann** von der Technischen Universität München, die eine führende Position in der plastischen und Wiederherstellungschirurgie hat.



RTL-plus oder Plus?

Regenbogen Made in Luxemburg

Der Riese knöpft sich den Zwerg vor – und die Überzeile der **ARD-Sendung „Auf dem Regenbogen"** zeigt auch gleich an, wohin die Reise geht: Das private Fernsehen aus dem benachbarten Großherzogtum Luxemburg wird a priori als so etwas wie ... „eine Tochtergeschwulst des Presseboulevard" (so Radio DDR) denunziert. Regenbogenpresse als TV-Veranstaltung. Aber damit ist nicht nur RTL gemeint, sondern vor allem die dahinter stehenden Interessengruppen, die sich in der *Kopf-Organisation CLT* zusammenfinden. RTL-plus, das inzwischen täglich 100 000 Luxemburger und sehr zum Ärger der öffentlich-rechtlichen Sender hierzulande eine halbe Million deutscher Zuschauer erreicht, demonstriert den monopolgeschädigten Zuschauern von ARD und ZDF, wie putzmunter ein Programm selbst noch im Nachrichtenteil aufgemöbelt werden kann, *ohne an Informationsbreite und Hintergrundschärfe* zu verlieren. Die Strategen in ARD und ZDF wissen auch, daß der Erstickungsversuch in Ludwigshafen und München längst gelungen ist – im ideellen Verbund mit der sozialdemokratisch trainierten Ministerialbürokratie im Bundespostministerium, die in den Kabelschächten der Republik die Verkabelung vermauert, können immer *noch nicht mehr als 10 000 Haus*haltungen das zweifelhafte Kabelvergnügen erleben. RTL-plus aber rechnet am Jahresende mit 700 000 Zuschauern. Und sobald CLT/RTL Ende 1986 Anfang 1987 auf dem direktabstrahlenden Rundfunksatelliten Frankreichs, dem TDF-1 zwei Programme abstrahlt, eins in Französisch, eins in Deutsch, können alle deutschen Fernsehzuschauer RTL-plus empfangen – auch in der „DDR". An diesem Freitag wird der TDF-Vertrag zwischen Paris und dem Großherzogtum in der französischen Metropole paraphiert.

*Die Furcht der deutschen Fern*seh-Zaren ist also groß. Denn die RTL-Trägergesellschaft, die CLT, ist im Unterschied zum öffentlich-rechtlichen System ein kerngesundes Unternehmen. Es finanziert sich nicht durch Gebühren-Zwangseintreibung, sondern allein durch die Werbung.



TV-Programmchef bei RTL: H. Thoma FOTO: SVEN SIMON

Die seit 1929 bestehende Sendegesellschaft im Nachbarland hat mit der Premiere von *RTL-plus keineswegs* einen investiven Bankert von der Leine gelassen, mit Millionen aus dem Reingewinn von CLT in der Tasche. RTL-plus muß mit 22 Mill. DM und 30 Mitarbeitern auskommen. Insgesamt beschäftigt die CLT 400. Einnahmen aus der Werbung fürs erste Geburtsjahr: 11 Mill. Nächstes Jahr soll die Werbung die Ausgaben ausgleichen. 1986 kommt Gewinn – schon durch *TDF-1. Vergleich: ARD* und *ZDF* beschäftigen über 20 000, kassieren jährlich 3,5 Milliarden DM Gebühren und 1,3 Milliarden DM aus der Werbung.

Vor allem aber: *Die ARD*- und ZDF-Mitarbeiter sind Redakteure, genießen Beamtenstatus, sind im Unterschied zum Beamten unkündbar, nicht mal versetzbar und schaffen davon pro Redakteursnase nicht einmal 10 Minuten Programm im Jahr. Was den Zuschauer und Zuhörer an RTL-Programmen fasziniert? Es ist die Programm-Philosophie: Unterhaltung mit dem Zuschauer auf Quiz- und Rückrufbasis, Spielfilm und Information ohne ARD-Chinesisch und ZDF-Zeigefinger. Im übrigen erweist sich das Gejammer der ARD-Apologeten über das angebliche „Billigniveau" („Die Zeit") von *RTL-plus* als zukunftslos. Denn: Über die UFA sind Bertelsmann und Gruner + Jahr mit 40 Prozent bei RTL-plus dabei. Und so konnte es auch geschehen, daß ausgerechnet im „Stern" (Gruner + Jahr) nach jahrelangem Spott über RTL nun erstmals ein Erbauungsbericht über RTL-plus erschien, aus der Feder eines Redakteurs, der bislang nicht durch Lob*preisen privater Medien auffiel.*

REGINALD RUDORF

KRITIK

Utopien mit Kinderaugen

Phantasie ist janusköpfig. Sie kann Mut machen für die Realität, weil *sie nach Lösungen sucht und sich* Illusionen verweigert. Sie kann aber auch zum Fluchthelfer aus der Realität werden!"

Elmar Lorey, „Geburtshelfer" der neuen **ZDF-Serie „Morgen schon"** für Kinder bis zwölf und ihre Eltern, atmet durch. Drei Jahre Arbeit an dem Projekt sind vollbracht, zahllose Wochenenden in hitzigen Debatten *mit den Autoren und Regisseuren der* Reihe sind durchgestanden, ohne daß das Team auseinandergebrochen wäre. 2,5 Millionen Mark sind ausgegeben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Elf Folgen der „freundlichen Utopie" harren der Beurteilung durch den Zuschauer, zwei sind bisher gezeigt worden, gestern die Folge „Der rote Sessel". Die Autoren, die mit den „Rappelkisten" und „Bett*kantengeschichten" ein wesentliches* Stück Kinderfilm-Kulturgeschichte mitgestaltet haben, fanden u. a. in den Skizzen des EG-Agrarsoziologen Henri Mendras „Reise ins ländliche Reich der Utopie" Impulse für den neuen Filmstoff. Zeichen zukünftigen, wünschbaren Lebens zu beschreiben, schien ihnen ein hoffnungsvoller Ausweg aus den düsteren Prognosen, die das Orwell-Jahr einläuteten.

Die modische Friedensbewegung schien ihnen eher negativ definiert. Man weiß dort immer allzu genau, was alles nicht sein soll, während die *die Vorstellung über das, was sein* könnte, reichlich blaß bleibt. In dem merkwürdigen Land „Morgen schon", das ganz nah sein soll und doch noch auf keiner Landkarte eingezeichnet ist, werden Fragen gestellt und Antworten versucht: „Wie lebt und lernt man in Morgen schon? Wie geht man dort mit Gesundheit, mit Leid und Tod um? Wie trägt man Konflikte aus, wie erlebt man Gefüh*le?"*

Die Struktur der Episoden ist einfach: Jeweils ein Kind kommt aus dem Heute nach Morgen schon. Dort unter den Kindern und Erwachsenen macht es Erfahrungen, die in ihm vielleicht den Wunsch entstehen lassen, in einem solchen Land zu leben, wo die Menschen anders sind, geduldiger, fröhlicher, aufgeschlossen für alles Neue und Fremde, näher am Kind vor allem. Nicht „großziehn durch kleinhalten", wie es der Pädagoge Neil Postman spöttisch formuliert hat, soll in diesem Morgen schon *Devise sein, sondern der gegenseitige* Respekt, das Interesse füreinander.

In der gestrigen Folge vom Roten Sessel darf die Großmutter beim letzten Akt ihres Lebens selbst Regie führen. Sie erfüllt sich damit einen Wunsch, nach dem sich ungezählte Menschen sehnen, die sich vor der Entmündigung in einem anonymen Krankenhausbetrieb graulen und *deshalb die Gedanken und Gesprä*che über ihr Ende verbannen. Aber auch Kinder möchten teilhaben an dem, was ihren Nächststehenden widerfährt. Nina bringt der Großmutter den geliebten, alten, roten Sessel, in dem die alte Frau gleichsam eingebettet in ihr ganzes Leben entschläft. Das Filmgeschehen war so ungewöhnlich wie unaufdringlich. Regie führte, wie auch im ersten Film am *14. 10., Thomas Draeger*, der dieser Tage auf dem Internationalen Kinderfilmfestival in Frankfurt mit „Lisa und die Riesen" starke Kontroversen ausgelöst hat.

Kontrovers auch die erste Folge der neuen Serie. Bei dem türkischen Mädchen Derya, (in der Folge „Derya tanzt") handelte es sich nicht um die übliche Gastarbeiterproblematik, auch wenn das Sujet – deutsches Kind fremder Eltern wird ausgelacht – dies nahelegte. Die Erfahrung des Fremdseins, des Nicht-Angenommen-Werdens ist auf viele Konstellationen im Leben von Menschen und *Tieren übertragbar. Derya selbst rea*giert abweisend, als ein Kind in dem neuen Land Morgen schon mit ihrer Puppe spielt. Sie muß erst erfahren, daß anderswo Kinder nicht angreifen, sondern *nur* spielen wollen, daß sie Derya um die beiden Elemente ihres Wesens, das türkische und das deutsche, beneiden. Daß ihr neuer Spielkamerad Otto Fliege von sich sagt: „Ich möchte Vogel, Maulwurf *und Mensch zugleich sein!" Ob die* kleinen und größeren Zuschauer die Hintersinnigkeiten mitbekommen haben? Man durfte es bezweifeln.

„Wir versuchen, die Geschichte mit den Augen der Kinder *zu* sehen", sagen die Macher. Ob die Kinder das bestätigen? Die Versuchung, auf Unterhaltung im Sinne von mehr „action" umzuschalten, wird auch durch die ausgetüfteltste Pädagogik nicht aus der Welt geschafft.

INGRID ZAHN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Mensch Bachmann
10.50 Abgehört
12.25 Bilder aus der Wissenschaft
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Das Lustobjekt
oder Warum wir unser Auto so liebhaben
16.50 Cinderella Pinguin
17.05 Der fliegende Ferdinand
2. Teil: Blumenduft und Hausarrest
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Rick, ein guter Freund von Magnum, verliebt sich bei einem nächtlichen Spaziergang am Palmenstrand Hawaiis in die hübsche Sara. Doch als er seine neue Flamme *wiedersehen will, kann er sie* nirgends finden. Dann erinnert sich der Verliebte, daß Sara bei ihrem ersten Treffen von einem Mann gesprochen hat, der ihr nach dem Leben trachtet ...
21.00 Das Fernseh-Duell
Ronald Reagan und Walter Mondale zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA
21.30 Auf dem Regenbogen
Radio Luxemburg und seine Filialen
Bericht von Michael Busse
22.15 Sektchup
Warum verspeisen Psychiater Goldfische? Warum haben Opernsängerinnen ein beschränktes Repertoire und welche Qualen müssen unabhängige Männer erleiden? Diese und andere Fragen versuchen Beatrice Richter und Diether Krebs in der heutigen Ausgabe ihrer Blödelparade zu beantworten.
22.45 Tagesthemen
23.15 Am Ufer der Dämmerung
Deutscher Spielfilm (1981)
Von Jochen Richter
Erzählt wird die Geschichte von Thomas Bongart, einem bekannten Reporter, der über das Sterben im Dschungelkrieg schreibt, und selbst nur noch ein halbes *Jahr zu leben hat.*
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
5. Folge: Wie ein Chip entsteht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die Dickhornschafe von Montana
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Costa Cordalis, Angel Romero
17.50 SOKO 5113
Göttmann hat Angst
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Hoffnung für Millionen
Eine Selbsthilfeorganisation, die weder wirbt noch Mitgliederlisten führt, im Kampf gegen die Alkoholkrankheit.
Über das Geheimnis der Anonymen Alkoholiker brichtet Ralf Satori
20.15 Edgar Wallace: Der Hexer
Deutscher Spielfilm (1964)
Mit Heinz Drache, Joachim Fuchsberger u. a.
Regie: Alfred Vohrer
Ein Mann, der wegen seiner Selbstjustiz an Verbrechern steckbrieflich gesucht wird, kehrt aus Australien zurück, mit dem Ziel, die Mörder seiner Schwester ins Jenseits zu befördern.
21.45 heute-journal
22.05 Das Fernseh-Duell
Ronald Reagan und Walter Mondale zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA
22.25 Erinnerung und Gegenwart
Nachdenken mit der „DDR"-Schriftstellerin Christa Wolf
23.10 Kleine bunte Freudenspender
Nicht nur Alkohol und Rauschgift ruinieren tagtäglich tausende *Schicksale, auch der Tabletten*mißbrauch hat sich schon längst zu einer Suchtkrankheit entwickelt. Anhand mehrerer in Spielszenen nachgestellten Fälle zeigt dieser Film von Eberhard Pieper, wie es zur Tablettenabhängigkeit kom*men kann.*
0.35 heute



Barbara Rudnik als Lena und Hans Peter Hallwachs als Reporter Thomas Bongart in „Am Ufer der Dämmerung" – ARD, 23.15 Uhr FOTO: KPA

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
90 Minuten aus dem Bundesleistungszentrum der Schwimmer in Köln-Müngersdorf
21.45 Heinz Hoppe – seine Heimat, seine Lieder
22.15 Beständiger Wechsel
Begleitdokumentation von Stephan Köster zu der Edgar-Reitz-Serie „Heimat"
23.10 Amos Minirestaurant
Fernsehspiel von Bernd Liebner
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Eine Klassenreise (2)
Woran man denken muß
19.15 Mensch und Metall (3)
Die Gier nach Gold
20.00 Tagesschau
20.15 Junge Türken ohne Job
21.00 Nationalparks
22.00 Ivy
Amerikanischer Krimi (1947)
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Geheimtip für Tommy (2)
Der Lohn des Bettlers
19.00 Graffiti
anschl. Das Fest fand im Freien statt
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Tranquilizer – Beruhigung auf Rezept?
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
Immer auf die Kleinen
22.30 Jazz in Concert

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
20.35 Die Weltwirtschaftskrise
Von Weimar zu Hitler
21.20 Buck Rogers
21.45 Es hat sich alles geändert
22.30 Jazz am Montagabend
Jazz-Woche Burghausen 1984
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (12)
„Das Tor zum Geheimen öffnen"
22.50 Task Force Police
Kriminalfilm
23.40 Rundschau

Trawler-Versenkung ohne Konsequenzen für EG

Spanischer Außenminister gelassen / Zwei Hergangs-Versionen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Versenkung des spanischen Fischtrawlers „Sonia" durch das irische Küstenwachboot „Aisling" im St. Georgs-Kanal vor der irischen Ostküste werde die heutigen Verhandlungen zwischen der EG und Spanien in Luxemburg nicht beeinträchtigen. Diese Ansicht vertrat gestern der spanische Außenminister Fernando Moran. Drei spanische Fischer des nach einer dreistündigen Verfolgungsjagd bei schwerem Seegang sinkenden Trawlers sind von dem deutschen Frachter „Achat", 13 weitere Besatzungsmitglieder von einem Rettungshubschrauber der britischen Marine geborgen worden.

Nachdem schon am 17. März dieses Jahres der spanische Trawler „Valle d'Atchondo" von einer französischen Fregatte beschossen worden war, wobei sechs spanische Fischer verwundet wurden, erregte der neuerliche Zwischenfall die Gemüter der spanischen Bevölkerung aufs höchste. Zusammen mit fünf anderen Trawlern war die „Sonia" vor einem Weststurm, der mit acht Windstärken Wellen bis zu zehn Meter Höhe auftürmte, in den schützenden St. Georgs-Kanal zwischen Irland und England gelaufen, um dort weiterzufischen. Um das für die dortigen irischen Gewässer geltende Fangverbot kümmerten sich die Spanier nicht.

Die irische Version

Nach irischer Version näherte sich daraufhin das Küstenwachboot „Aisling" dem Spanier und forderte ihn – unterstützt von Warnschüssen – auf, beizudrehen und einen irischen Hafen anzulaufen. Der Trawler aber habe statt dessen versucht, das Küstenwachboot zu rammen, so daß die „Aisling" ausweichen mußte, und sei dann Richtung Osten davongefahren. Während der daraufhin einsetzenden Verfolgungsjagd habe Spaniens Botschafter in Dublin, Luis Jordana de Pozo, seine Landsleute über Funk aufgefordert: „Dreht bei, gehorcht der 'Aisling'!"

Nach Version der spanischen Fischer jedoch war von Funkverkehr keine Rede. Kapitän Sabino Zubicarrain: „Schon die ersten Salven aus der Schnellfeuerkanone des irischen Wachbootes zerfetzten unsere Brückeneinrichtung. Dabei ging natürlich auch das Funkgerät zu Bruch. Hätten wir uns nicht unter Deck hinter Netzballen und Holzbalken verkrochen – wir wären lebend nie davongekommen."

Offensichtlich hatte der spanische Kapitän das Ruder seines Schiffes auf Ostkurs festgelascht und versuchte, mit aller Kraft zu entkommen. Nach mehreren Stunden, in denen der Trawler mehrfach beschossen wurde, mußte er jedoch in der Nähe der britischen Küste aufgeben. „600 Treffer hatten unser Heck und die Aufbauten durchsiebt. So schafften die Pumpen nicht mehr das eindringende Seewasser zu lenzen." Kapitän Zubicarrain ließ eine Stunde nach Mitternacht Notsignale abfeuern.

Alte Gewohnheitsrechte

Nach Statistiken der Europäischen Gemeinschaft steht Spaniens Fischereiflotte – die größte Europas – auch an erster Stelle der Liste von Verstößen gegen die Fischereigrenzen der EG. Unabhängig von der Regierung in Madrid berufen sich vor allem die baskischen Fischer auf jahrhundertealte Gewohnheitsrechte in ihren historischen Fanggebieten. Völkerrechtler sehen hierin einen klassischen Fall für die Diskrepanz zwischen Gewohnheitsrecht – einem wesentlichen Bestandteil des Völkerrechtes und der „explosiven Ausdehnung" nationaler und multinationaler Hoheitsansprüche auf „Anschlußzonen", die es vor dem Zweiten Weltkrieg in dieser Ausdehnung nirgends gab.

Im vergangenen Jahr waren 116 von 624 Verstößen gegen die französischen Fischereigrenzen auf Spanier zurückzuführen. In Irland waren es 58 von 61, in britischen Gewässern zwei von vieren. Das Fischereiabkommen zwischen Spanien und der EG von 1980 reduziert die spanischen Dorschfänge von jährlich 40 000 auf 12 870 Tonnen, obwohl der spanische Fischkonsum weit über dem der anderen westeuropäischen Festlandsstaaten liegt. Fischindustrie und vor allem die spanischen Fischer selbst sehen deshalb nicht ein, warum sie ihre Flotte immer weiter abwracken sollen, obwohl die EG ihren Fischexport nach Spanien allein in den letzten zehn Jahren verdoppeln konnte.

Seite 2: Kanonenboot-Politik

Sudetendeutsche: Ziel bleibt die Einheit

DW. München

Das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf ihrer 8. Bundesversammlung in München bekräftigt. Vor den Delegierten meinte der Sprecher der Landsmannschaft, Bayerns Sozialminister Franz Neubauer, am Samstag, „ein Abrükken vom Ziel der Wiedervereinigung wäre in jedem Fall die Anerkennung der sowjetischen Herrschaft als Ausgangspunkt für neue Expansion". Jedermann sei klar, daß die deutsche Frage einer Antwort harre, meinte Neubauer. Die deutsche Frage bestehe überall da, wo elementare Lebensrechte von Deutschen verletzt werden. Dies gelte für die Mitteldeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen, Pommern, Schlesier und Ostpreußen. „Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Sprecher von Staatsorganen aus dem Verfassungsauftrag für Deutschland ausbrechen", ergänzte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja.

RAF „noch lange nicht am Ende"

Öffentlichkeit soll Terrorismus nicht unterschätzen / Organisierte Kriminalität ausgeweitet

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Obwohl der Kern der „Rote-Armee-Fraktion" des Terrorismus in der Bundesrepublik nur noch aus zehn Mitgliedern besteht, hält der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Heinrich Boge, einen „deutlichen Kräfteabzug" seiner Beamten aus diesem Bereich, der eine „Entwarnung" signalisieren würde, für falsch. Im ersten Halbjahr 1984 seien in der Bundesrepublik 113 Sprengstoff- und Brandanschläge registriert worden; durch einen „Gewöhnungseffekt" nehme die Öffentlichkeit die weiter bestehende Gefahr nicht mehr ausreichend wahr.

Auch nach Ansicht von Generalbundesanwalt Rebmannn ist die RAF „noch lange nicht am Ende". In einem Interview mit dem „Deutschlandfunk" meinte Boge am Sonntag, die Festnahme von vier Personen in Münster vor wenigen Tagen, die im Begriff standen, eine terroristische Gruppierung zu bilden, zeige den wahren Hintergrund der Szene auf. Der Terrorismus dürfe „mit Sicherheit" nicht mit dem harten Kern der Rote-Armee-Fraktion gleichgesetzt werden.

Im Kampf gegen die international verflochtene Kriminalität habe das BKA „durchaus beachtliche Erfolge" dadurch erzielen können, daß im Vorjahr 234 Täter festgenommen wurden. Die organisierte Kriminalität breite sich aber in Europa gefährlich aus, wie jüngste Zahlen bewiesen, auf die Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann jüngst hingewiesen habe. Zimmermann hatte darauf aufmerksam gemacht, daß in der Bundesrepublik im Laufe eines Jahres zum Beispiel etwa 2000 Lastzüge mit einem Ladungswert von 35 Millionen Mark und 14 000 hochwertige Autos mit einem Schadenswert von rund 400 Millionen Mark entwendet worden wären. Das BKA, so Boge, bemühe sich auf verschiedenen Ebenen, „wirksame Gegenstrategien zu entwickeln".

Nachdem das BKA bereits im Kampf gegen den Rauschgifthandel „Verbindungsbeamte" nach Bangkok, Islamabad und nach Zypern entsandt hat, steht jetzt die Abordnung solcher Abwehrbeamten nach Peru und Kolumbien bevor. Sie sollen in den Haupterzeugungsländern von Kokain im Kontakt mit ihren Kollegen in den dortigen Rauschgift-Dienststellen eine vorverlegte Bekämpfungslinie gegen dieses Übel aufbauen, sagte Boge.

Nachdrücklich setzte sich der Präsident des Bundeskriminalamtes für ein „Europäisches Kriminalpolizeiamt" ein. Ein erster Schritt in diese Richtung könne die Realisierung des bereits 1981 vorgeschlagenen „Europäischen Regionalbüros" sein. Europa stelle für Straftäter, vor allem auch wegen der Grenz-Freizügigkeit, ein „einheitliches Operationsfeld" dar. Das Regionalbüro soll nach den Vorstellungen des Bundeskriminalamtes eine „Unterorganisation von Interpol" sein. Die Aufklärungsquote von 43 Prozent bei 4,3 Millionen entdeckten Straftaten des Jahres 1983 nähere sich in der Bundesrepublik im Jahre 1984 wieder „deutlich der 50-Prozent-Marke". Die schlechte Aufklärungsquote, die nicht auf Kapitalverbrechen zuträfe, werde vor allem durch Diebstahlsdelikte und durch Sachbeschädigungen bewirkt.

Polens Primas besucht Berliner Bischof

DW. Berlin

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Jozef Glemp, wird heute zu einem dreitägigen Besuch in Ost-Berlin eintreffen. Glemp, mit dem erstmals ein polnischer Primas in die „DDR" reist, folgt einer Einladung des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, Kardinal Joachim Meisner, der im vorigen Jahr in Polen war. Über das Besuchsprogramm Glemps wurde von kirchlichen Stellen nichts mitgeteilt. Es wird damit gerechnet, daß er am Abend in der St. Hedwigskathedrale, der Ost-Berliner Bischofskirche, an einem Gottesdienst anläßlich des sechsten Jahrestages der Amtseinführung Papst Johannes Pauls II. teilnimmt. Glemp, der schon wiederholt in der Bundesrepublik war, hatte im August Aufsehen erregt, als er in einer Predigt die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen bezweifelte und die Auffassung der Bundesrepublik in der Frage der deutschen Staatsbürgerschaft kritisierte.

Geschickt umgeht Moskau getroffene Vereinbarungen

C. GRAF BROCKDORF, Brüssel

In den Vereinigten Staaten bahnt sich offenbar ein Umdenken bei der Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen mit der Sowjetunion an. Diesen Eindruck haben Brüsseler NATO-Beobachter nach der Vorlage eines umfangreichen Geheimberichts gewonnen, den ein zwölfköpfiges Komitee unabhängiger amerikanischer Persönlichkeiten Präsident Reagan überreicht hat. Das Komitee hat das Verhalten der Sowjetunion gegenüber internationalen Verträgen auf dem Feld der Rüstungskontrolle und Abrüstung untersucht, wobei es zu dem Schluß kam, daß es in einem Zeitraum von 25 Jahren nur wenige völkerrechtlich verbindliche Verträge gegeben hat, die von der Sowjetunion nicht verletzt oder umgangen worden wären.

Die Schlußfolgerungen des Komitees sind nach Brüsseler Ansicht aufsehenerregend, weil die fundamentale Frage gestellt wird, ob es überhaupt sinnvoll sei, mit dem Mittel geheimer Gespräche in der Ständigen amerikanisch-sowjetischen Konsultativkommission oder auf dem Wege der Geheimdiplomatie den Versuch zu unternehmen, Moskau Vertragsverletzungen nachzuweisen und auf ihre Korrektur zu dringen. Damit ist in Washington zum ersten Mal ein Thema angeschnitten worden, das hinter den verschlossenen Türen des NATO-Hauptquartiers schon lange Experten bewegt. Ausgangspunkt ist die in Brüssel wahrgenommene Diskrepanz zwischen dem sowjetischen Auftreten in der Weltöffentlichkeit und der von Moskau immer wieder apodiktisch verlangten Geheimdiplomatie, wenn es um die Kontrolle getroffener Vereinbarungen gehe. Auf diese Weise entstehe das Bild einer friedliebenden Sowjetunion, deren Verletzung von Rüstungskontrollvereinbarungen nur zum Schweigen verpflichteten Beamten klar würde. Dies gehe so weit, daß in der Öffentlichkeit kaum jemand von der Existenz der geheim tagenden sowjetisch-amerikanischen Ständigen Konsultativkommission wisse.

Der Bericht des amerikanischen Komitees, das den Präsidenten nach dem Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesetz von 1961 beraten muß, gibt zu verstehen, daß die Sowjetunion auf diese Weise eine eigenständige Strategie entwickelt hat, mit der die Weltöffentlichkeit getäuscht werde. Aus dem Inhalt geht hervor, daß sich die Vereinigten Staaten selbst die Hände gebunden haben, als sie darauf eingingen, Verletzungen von Rüstungskontrollvereinbarungen nur in Geheimgesprächen zu behandeln.

Der Komitee-Bericht versucht eine Antwort auf die Frage zu finden, was die Sowjetunion beim Bruch dutzender Verträge auf dem Feld der Rüstungskontrolle neben der Erlangung militärischer Vorteile noch bewegt haben könnnte:

1. Gleichgültigkeit gegenüber amerikanischen Beschwerden über Vertragsverletzungen.

2. Der Versuch, zu erkunden, wie wirksam amerikanische Möglichkeiten sind, die Einhaltung von Verträgen zu kontrollieren.

3. Die Sowjetunion will prüfen, ob die Vereinigten Staaten gewillt sind, eindeutige Schlußfolgerungen aus sowjetischem Verhalten gegenüber Rüstungskontrollvereinbarungen zu ziehen.

4. Die Sowjetunion wünscht vielleicht festzustellen, mit welchem Willen und welchen Reaktionen die Vereinigten Staaten und die internationale Öffentlichkeit sowjetisches Verhalten auf diesem Gebiet begleiten.

5. Sowjetische Vertragsbrüche und andere Tarnmaßnahmen könnten den Sinn haben, das amerikanische Verifikationssystem zu verwirren, um dahinter ernsthaftere Aktivitäten zu verstecken, zum Beispiel die Entwicklung und (verbotene) Aufstellung eines Raketen-Abwehrsystems.

Der Komiteebericht stellt fest, die Vereinigten Staaten hätten nie eine langfristige Strategie besessen, um sich mit sowjetischen Vertragsbrüchen auseinanderzusetzen. Wenn der Rüstungskontrollprozeß nicht weiter unterminiert werden solle, müßten die Vereinigten Staaten Maßnahmen entwickeln, um die Einhaltung völkerrechtlicher Vereinbarungen zu gewährleisten. Die amerikanische Übung, Vertragsverletzungen in der Ständigen Konsultativkommission in geheimer Sitzung mit den Sowjets zu besprechen, habe sich als unwirksam erwiesen. (SAD)

Peking ordnet an: Weniger Staat

● Fortsetzung von Seite 1

tee durch eine vorsichtige und stufenweise Freigabe der Preise entgegenwirken. Eine seit 1978 schneller als erwartet gewachsene Agrarproduktion, hohe Devisenreserven und die Verdreifachung der inländischen Sparguthaben seit 1980 scheinen der chinesischen Führung ausreichend Gewähr zu bieten, das risikoreiche Experiment mit den Preisen zu wagen. Am Wochenende versuchten die Pekinger Zeitungen, die spürbare Beunruhigung der Bevölkerung mit Versicherungen aufzufangen, daß bei Grundnahrungsmitteln die Preise vorerst nicht ansteigen werden.

Zur weiteren Absicherung der umfassenden Reformen wurden ebenfalls Umbesetzungen und die Verjüngung der Führungsspitze angekündigt. Nach Angaben von Parteichef Hu Yaobang sollen im nächsten Jahr mindestens „drei oder vier" ranghohe Funktionäre abgelöst werden. Umbesetzt wurden bereits die Schlüsselministerien für Wirtschaft sowie für Wissenschaft und Technik.

Pfund unter Druck

fu (London) – Oktober 1976: Labour-Premierminister Callaghan macht auf dem Londoner Flughafen vor seinem wartenden Flugzeug kehrt und sagt kurzentschlossen seinen Bittgang zum Internationalen Währungsfonds ab, weil das Pfund Sterling auf Rekordtiefen gefallen ist. Jeder spricht von der Währungskrise, und sie soll in Großbritannien so bald nicht vergessen werden.

In der abgelaufenen Woche hat das Pfund gegenüber einem ausländischen Währungskorb den Indexstand von 74,2 und damit den Tiefenrekord von 1976 eingestellt. Doch diesmal spricht kaum jemand in der Londoner City von Währungskrise. Und natürlich schon gar nicht der für das Pfund an erster Stelle verantwortlich zeichnende Schatzkanzler Lawson.

In einer Rede vor sachkundigen Bankern und Brokern blieb er gelassen: Er denke gar nicht daran, jetzt an der Zinsschraube zu drehen. Recht hat er. Natürlich kann man gegenwärtig von einer Pfundkrise sprechen. Doch im Gegensatz zu 1976 ist es keine, die Panik-Stimmung auslöst.

Das Pfund wird unter Druck bleiben, solange es an der Kohle-Streikfront finster aussieht, solange die Ölpreise trudeln und solange der Dollar zu hoch bewertet wird. Doch es wäre falsch, aus diesem schwachen Pfund ablesen zu wollen, die britische Wirtschaft sei aus dem Ruder gelaufen. Das Gegenteil ist der Fall: Wachstums-Aussichten, Geldmengen-Entwicklung und Inflations-Trend sind durchaus positiv. Pfundkrise? Ja – aber keine Wirtschaftskrise wie 1976.

Zuerwerb

Mk. – Die niedersächsische Arbeitsgemeinschaft „Urlaub und Freizeit auf dem Lande" hat im vergangenen Jahr 420 000 Übernachtungen auf den 350 von ihr betreuten Höfen registriert. Wegen des schlechten Wetters dürften es in diesem Jahr zwar kaum mehr geworden sein. Aber dies ist fast das Dreieinhalbfache dessen, was 1974 gezählt worden war. Der Umsatz kletterte bis 1982 von 1,9 auf 10,5 Millionen Mark. Und dieses nur in Niedersachsen. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Trotzdem: Diese Beispiele sollten noch mehr Schule machen. Wenn es angesichts der hohen Arbeitslosigkeit für Landwirte schwieriger geworden ist, in anderen Bereichen eine Nebenbeschäftigung zu finden, so sollten sie sich stärker auf ihre eigenen Möglichkeiten besinnen. Gefordert ist nicht nur ihre eigene Phantasie, sondern auch die Beratung der Berufsorganisation. Es müssen nicht nur Übernachtungen sein. Golfplätze oder Reiterhöfe bieten Chancen. In vielen Fällen verspricht dies mehr als die weitere Intensivierung der Produktion und die Hoffnung auf höhere Preise.

Offene Märkte?

Von INGE ADHAM

Erst im Juli 1986 läuft das Welttextilabkommen, das den internationalen Außenhandel mit Textilien und vor allem textile Lieferungen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft regelt, aus. Aber unüberhörbar werden derzeit schon im Vorfeld neue Positionen abgesteckt. Allen gemeinsam scheint auf den ersten Blick zu sein, daß man eine Verlängerung des Abkommens für nötig hält. Dies läßt den Schluß zu, daß in Sachen textilem Welthandel die in der Präambel des Vertragswerks festgeschriebenen Forderungen bisher bloße Idee blieben: Daß nämlich Maßnahmen eingeleitet werden sollen, die einer ungestörten und gerechten Entwicklung des Handels dienen und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer beitragen.

In der Tat scheint die handelspolitische Landschaft weltweit von solch hehren Zielen weiter entfernt als je zuvor. Verglichen mit der Situation im Jahr 1981, als das erste Welttextilabkommen zur Verlängerung anstand, die schließlich als mühsamer Kompromiß aus vielen konträren Positionen erreicht wurde, ist die Atmosphäre im Welthandel rauher geworden. Nicht nur in Sachen Textil und Bekleidung. Rundum macht sich eine üble Neigung zum Protektionismus breit – als solchen sehen übrigens auch die Niedrigpreisländer für textile Erzeugnisse die Abschirmungswünsche der EG vor einer billigen Lieferflut an.

Vor diesem Hintergrund sind wohl die bisher bekanntgewordenen Positionen des Gatt zu sehen, jener internationalen Organisation, die von Genf aus ein Auge auf Fairneß im Welthandel hält. Sie vertritt die Überzeugung, daß vertragliche Beschränkungen gleich welcher Art immer neue Einschränkungen im Welthandel nach sich ziehen.

Die im jetzigen Textilabkommen festgelegten Handelsbeschränkungen müßten deshalb aufgehoben werden. Dabei zielen die Gatt-Experten vor allem auf das ausgefeilte System von Kategorien- und Quotenfestsetzung, das den betroffenen „Billig"-Ländern den Marktzugang vor allem in die EG erschwert.

Schützenhilfe erhält das Gatt übrigens aus den Außenhandelsvereinigungen des Einzelhandels, die einen freien Welthandel auf dem Textil- und Bekleidungssektor nicht ungern sähen: Helfen die billigen Importe aus Schwellen- und Entwicklungsländern doch dem Handel, bestimmte Eingangspreislagen, die er aus heimischer europäischer Fertigung nicht mehr beziehen kann, zu halten.

Schrecken freilich lösen die Gatt-Vorstellungen bei der Textil- und Bekleidungsindustrie aus, und zwar nicht nur der deutschen. In einer den zehn Regierungen der EG-Länder zugeleiteten Stellungnahme erinnert die Dachorganisation der europäischen Textilindustrien daran, daß im Textilsektor die Entwicklungs- und Staatshandelsländer inzwischen einen Anteil von 71 Prozent an den Lieferungen in die EG erreicht hätten. In allen anderen Bereichen macht dieser Anteil aber nur ein Viertel aus. Diese unterschiedlichen Verhältnisse werden zum Anlaß genommen, ein Chaos auf dem Welttextilmarkt zu beschwören, das – mit schädlichen Folgen für den gesamten Welthandel – ausbräche, kehrte der internationale Textilhandel zu den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens zurück.

Sicher, die europäischen Textilindustrien haben, allen voran die deutsche, in den letzten Jahrzehnten Federn lassen müssen. Der deutsche Strukturwandel wurde beschleunigt durch den Aufbau von Textilindustrien in Entwicklungs- und Schwellenländern, an dem die Europäer übrigens kräftig mitgewirkt haben. Daß die dort entstandenen Kapazitäten auf die Weltmärkte drängen, liegt auf der Hand. Denn einmal fehlt in den betroffenen Ländern zum Teil die nötige heimatliche Kaufkraft, zum andern müssen gerade die Entwicklungsländer im ureigensten Interesse jede Möglichkeit nutzen, Devisen zu verdienen, um ihre Chancen, mit der problematischen Verschuldungssituation fertigzuwerden, zu verbessern.

Im Vorfeld der Verlängerung des Welttextilabkommens kann es deshalb nicht nur um Abschotten von Märkten gehen. In den Mittelpunkt der Überlegungen muß eine vernünftige Marktöffnung gestellt werden. Die freilich sollte auf Gegenseitigkeit beruhen.

ABSCHREIBUNGSGESELLSCHAFTEN / Bericht der Bundesregierung

Arbeitnehmer der Union fordern eine Begrenzung der Steuervorteile

HEINZ HECK, Bonn

Die vor allem vom Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien geforderte Begrenzung der Steuervorteile aus der Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften stößt nach Meinung der Bundesregierung auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Auch wenn die CDA-Sozialausschüsse sich bisher noch nicht offiziell zu einem Bericht der Bundesregierung geäußert haben, wollen sie sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben.

Die CDA stützt sich mit ihrer Forderung auf das Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl vom 6. März 1983 und die Koalitionsvereinbarung vom April 1983, wo es unter anderem heißt: „Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsformen sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen."

Nach dem von der Arbeitnehmergruppe gelieferten Definitionsvorschlag sollen unter Verlustzuweisungsgesellschaften „sämtliche Organisations- und Beteiligungsformen verstanden (werden), die erkennbar darauf abzielen, dem Steuerpflichtigen durch die Zuweisung von Verlusten die volle oder teilweise Refinanzierung seines Eigenkapitaleinsatzes zu ermöglichen". Die CDA fordert eine sogenannte Mindeststeuerpflicht bei Beteiligung an solchen Gesellschaften in Höhe von 50 Prozent der Steuerschuld, die sich ohne Anrechnung negativer Einkünfte ergäbe. Der Differenzbetrag, also der sich aus der vollen Anrechnung der negativen Einkünfte zusätzlich ergebende Steuervorteil, soll in den fünf folgenden Jahren berücksichtigt werden können (maximal bis zur Hälfte des normalen Steuerbetrages).

Die Bundesregierung sieht diesen Definitionsvorschlag nicht als befriedigend an. Ihre Prüfung habe ergeben, „daß eine auf Verlustzuweisungsgesellschaften, Bauherren-, Erwerber-, Bauträger- und Altbausanierungsmodelle abgrenzbare Maßnahme nicht möglich ist". Vor allem würde „die Einschränkung auch andere, vom Gesetzgeber als förderungswürdig anerkannte Fälle treffen", etwa den sprichwörtlichen Häusle-Bauer (Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz) oder auch Umweltschutzinvestitionen (Paragraph 7 d EStG). Diese sollten auch nach Meinung der Sozialausschüsse nicht betroffen werden.

Anhand von Zahlenbeispielen weist der Bericht nach, daß tendenziell die Mindestbesteuerung Höherverdienende begünstigen würde, „da diesen aufgrund der höheren Steuerschuld ein größeres Verrechnungsvolumen zur Verfügung steht". Auch würde der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit „erheblich" eingeschränkt, da negative Einkünfte nicht in dem Jahr berücksichtigt würden, in dem sie anfallen. Darüber hinaus fürchtet das Finanzministerium erhebliche Verwaltungskomplikationen als Folge der geforderten Regelung, die die Steuerverdrossenheit noch steigern könnten.

Im übrigen wird daran erinnert, „daß die im Zuge der Normalisierung des Wohnungsmarktes zunehmenden Vermietungsschwierigkeiten und veränderten Einschätzungen künftiger Veräußerungsmöglichkeiten bereits jetzt Anleger zu vorsichtigerem Verhalten veranlassen", das Interesse zur Beteiligung an solchen Gesellschaften also zurückgeht – erst recht mit dem Auslaufen der Mehrwertsteueroption im Frühjahr 1985.

Nach Schätzungen von Forschungsinstituten sollen seit Ende der sechziger Jahre etwa 200 000 Wohneinheiten im Rahmen von Bauherren- und Bauträgermodellen errichtet worden sein (offizielle Statistiken liegen nicht vor). Wie es in dem Bericht weiter heißt, soll der größte Teil auf die Jahre ab 1979 entfallen. Die Schätzung für 1983 liegt bei 35 000 Wohneinheiten mit einem Investitionsvolumen von etwa zehn Milliarden Mark und einem eingesetzten Eigenkapital von etwa 1,7 Milliarden. Dieser „überdurchschnittliche Absatzerfolg" 1983 werde jedoch „wesentlich" durch den Vorzieheffekt bestimmt (letzte Chance zur Nutzung der Mehrwertsteueroption).

US-Aktienmärkte

Die Inflationsfurcht wirkt nicht mehr als Barriere

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Aktienmärkte haben eine Woche hinter sich, die auf weitere Kursgewinne hoffen läßt: An der New York Stock Exchange schossen die Umsätze an den fünf Börsentagen von 397 auf 607 Mill. Papiere in die Höhe; der hochkarätige Dow-Jones-Industrie-Index erholte sich um 35,23 auf 1225,93, der breitere Nyse-Index um 2,07 auf 96,86 Punkte. Auf den Zug gesprungen sind diesmal viele instutionelle Anleger; hauptsächlich Gewinnmitnahmen drückten das Freitagsplus auf 0,55 und 0,05 Punkte.

Der Bulle, das Zeichen für die Hausse, riß sich am Donnerstag los, als nach Norwegen und Großbritannien auch Nigeria die Rohölpreise senkte. In der Erwartung, daß die Opec den Preisrutsch, der weniger Inflation und damit niedrigere Zinsen bedeutet, nicht stoppen kann, reagierten die Rentenmärkte sofort mit steigenden Notierungen. Sie zogen die Aktien mit; der „Dow" explodierte um 29,49 Punkte. Unter Abgabedruck gerieten nur die Energiewerte. Das Klima verbesserte sich noch dadurch, daß das US-Handelsministerium für September eine Zunahme der persönlichen Einkommen um kräftige 0,9 und der Verbraucherausgaben um 1,4 Prozent meldete. Das spricht für ein überdurchschnittliches Weihnachtsgeschäft.

Nach Börsenbeginn am Freitag sah es zunächst so aus, als würde sich der Vortagsspurt in aller Breite fortsetzen. Der überraschende Rückgang der US-Geldversorgung um 2,9 Mrd. Dollar in der Woche, die am 8. Oktober endete, ließ den „Dow" um elf Punkte steigen. Zeitweise herrschte regelrechte Panik; der Ticker hinkte viele Minuten hinter den Transaktionen her. Kein Zweifel, diese Achterbahnfahrt spiegelt auch eine fortbestehende Unsicherheit. Aber ebenso wichtig ist, daß in Amerika immer mehr Investoren bei Aktien kurzfristigeren Anlagestrategien folgen.

Obwohl eine sogenannte Wachstumsrezession – die Wirtschaft wächst zwar weiter, aber bei sinkender Beschäftigung – nicht auszuschließen ist, wird der im 3. Quartal 1984 auf real 2,7 Prozent gebremste Anstieg des US-Bruttosozialprodukts die Börsenstimmung zunächst eher günstig beeinflussen. Denn der stark verlangsamte Konjunkturaufschwung, gekoppelt mit dem billigeren Öl und der insgesamt vorsichtigen Geldausweitung, erlaubt der Washingtoner Zentralbank, einen großzügigeren monetären Kurs zu steuern.

An der Wall Street gilt denn auch eine nochmalige Senkung der Prime Rate als ziemlich sicher. Am Markt durchgesetzt haben sich erst 12,5 Prozent. Verschwunden scheint die Inflationsmentalität, die bisher die Zinsen hochhielt. Am Freitag kostete Tagesgeld 9,68 (Vorwoche: 9,92) Prozent; 30jährige Treasury Bonds sackten von 12,12 auf 11,73 Prozent. Auf 106 5/32 gestiegen sind 2014 fällige 12,5-Prozent-Bonds.

AUF EIN WORT



„Der deutsche Maschinenbau – die Patentaktivitäten im internationalen Vergleich zeigen das – ist längst nicht so schlecht, wie dies immer wieder gesagt und geschrieben wird."

Hans Rödiger, geschäftsführender Gesellschafter der H. Wohlenberg KG, Hannover FOTO: DIE WELT

Pkw-Zulassungen kaum verändert

dpa, Flensburg

Im September kamen in der Bundesrepublik 214 000 neue Kraftfahrzeuge auf die Straßen. Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes, Flensburg, waren das 3,5 Prozent weniger Neuzulassungen als im September 1983. Die Summe der bei den Zulassungsstellen erstmals angemeldeten Pkw lag mit 194 000 ähnlich hoch wie im September des Vorjahres (195 700). Bei den Motorrädern gab es hingegen einen Einbruch um ein Drittel auf knapp 7200 Anmeldungen. Von Januar bis September 1984 sind 2,16 Mill. neue Fahrzeuge zugelassen worden. Darunter waren knapp 1,87 Mill. Pkw. Das sind insgesamt 5,1 Prozent und bei den Pkw allein 2,7 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

BUNDESHAUSHALT

Steuereinnahmen blieben hinter dem Soll zurück

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesausgaben sind in den ersten drei Quartalen 1984 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent auf 188,7 Milliarden Mark angestiegen. Für das Jahr 1984 insgesamt wird im Finanzministerium allerdings mit einer mindestens zweiprozentigen Steigerung gerechnet, vor allem deshalb, weil sich der Mittelabfluß in wichtigen Einzeletats (zum Beispiel Verteidigung, Wohnungsbau, Entwicklungshilfe) bis zum Jahresende noch verstärken dürfte.

Allerdings sind auch die Steuereinnahmen des Bundes von Januar bis September nur um 3,4 Prozent auf 140,5 Milliarden Mark gestiegen, während in der Sollrechnung noch mit einer Zunahme von 5,1 Prozent für 1984 gerechnet worden war. Abstriche hieran werden nicht nur durch bestimmte Einzelregelungen (wie erhöhter Vorsteuerabzug für die Landwirtschaft sowie Vorruhestand) verursacht, sondern sind gleichsam die Kehrseite der jüngsten Stabilitätserfolge: Preise und Löhne sind nicht so stark gestiegen, wie noch bei der der Haushaltsaufstellung zugrundegelegten Steuerschätzung.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen wird am 12. und 13. November daraus seine Schlüsse ziehen und mit Sicherheit seine Schätzungen für 1984 und 1985 nach unten revidieren müssen.

Unverändert wird in Bonn damit gerechnet, daß die Nettokreditaufnahme 1984 unter der 30-Milliarden-Grenze bleiben wird. Angesichts der Mehrbelastungen aus Brüssel sowie des schwächeren Anstiegs der Steuereinnahmen wird die Unterschreitung nicht so deutlich ausfallen, wie zeitweilig angenommen.

US-KONJUNKTUR

Wirtschaftswachstum ist auf ein Drittel geschrumpft

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich das Wirtschaftswachstum im 3. Quartal 1984 stärker als erwartet abgeschwächt. Statt um real 3,6, wie im September vom Handelsministerium vorausgesagt, nahm das Bruttosozialprodukt nur um 2,7 Prozent zu. Das ist etwa ein Drittel der Rate, die im Durchschnitt von Januar bis Juni registriert worden ist. Im 1. und 2. Quartal hatte das Plus 10,1 und 7,1, im Gesamtjahr 1983 3,7 Prozent betragen. Im Rezessionsjahr 1982 war Amerikas Wertschöpfung mit 2,1 Prozent ins Minus gerutscht. Stagnierende Verbraucherausgaben und Endverkäufe sowie stark erhöhte Lagerbestände bremsten hauptsächlich das Tempo.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige nannte die Abflachung der Konjunkturkurve einen natürlichen Vorgang nach *fünf ungewöhnlich* kräftigen Wachstumsquartalen. Die amerikanischen Konsumenten hätten im Sommer eine Pause eingelegt, die inzwischen Geschichte sei, wie die Zunahme der Einzelhandelsumsätze im September um 1,6 Prozent zeige. Auch andere Indikatoren deuteten auf ein zwar bescheideneres, dafür aber dauerhaftes Wachstum hin. Für 1985 nannte Baldrige eine Rate von rund vier Prozent. Der Ende 1982 begonnene Aufschwung ist der stärkste und längste seit 1951.

Gemessen am Deflator des Bruttosozialprodukts haben sich die Preise gegenüber dem 2. Quartal von 3,3 auf 3,6 Prozent erhöht. Nach 20,6 und 21,3 Prozent stiegen die Investitionen um acht Prozent. Verlangsamt hat sich auch die Zunahme der Regierungskäufe, während der starke Dollar die Netto-Exporte (Waren und Dienstleistungen) weiter drückte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

OPEC-Vorgespräche heute in Genf

Manama (dpa) – Die Ölminister der OPEC-Mitgliedstaaten Saudi-Arabien, Kuwait, Algerien, Libyen, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und voraussichtlich auch Indonesien treten bereits heute – eine Woche vor der neuen OPEC-Sonderkonferenz in Genf – zu Beratungen der Welt-Ölmarktlage und Maßnahmen gegen die augenblickliche Preisbewegung zusammen. Dies gab die kuwaitische Nachrichtenagentur bekannt. Diese Krisensitzung soll helfen, so heißt es, einen allgemeinen internationalen Ölpreiskrieg zu vermeiden und eine gemeinsame Basis für die anschließende Konferenz aller OPEC-Länder zu finden. Die sieben Länder seien sich einig, daß der derzeitige Richtpreis von 29 US-Dollar je Barrel (159 Liter) gehalten werden soll.

Weg der Kurse

	19.10.	12.10.
Boeing	57,875	54,625
Chrysler	32	30,50
Citicorp	36,50	36,125
Coca-Cola	64,50	61,125
Exxon	41,50	45
Ford Motors	50	46,50
IBM	125	121,875
PanAm	5	4,625
US Steel	23	23,25
Woolworth	37,125	34,875

Widerrufsrecht

Düsseldorf (Py.) – Der Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen rechnet damit, daß bis zum Jahresende alle Mitgliedsunternehmen ihren Versicherungskunden das zehntägige Widerrufsrecht nach Abschluß eines neuen Vertrages einräumen. Bislang haben einige Gesellschaften die Ergänzung der Versicherungsanträge durch die Aufsichtsbehörde genehmigen lassen oder eine Genehmigung beantragt. Das Widerrufsrecht gilt für alle kapitalbildenden Lebensversicherungsverträge, nicht dagegen für reine Risikoversicherungen, Berufsunfähigkeits- und Gruppenversicherungsverträge. Nach wie vor werden die Gesellschaften den ersten Beitrag zu einer Lebensversicherung grundsätzlich nicht einklagen.

Starke Preisunterschiede

Brüssel (AFP) – Die Preise für Videogeräte sind in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft stark unterschiedlich, wird in einer Studie des Europäischen Büros der Union der Verbraucherverbände (BEUC) festgestellt. Videogeräte sind in Irland, Holland, Großbritannien und der Bundesrepublik am billigsten und in Griechenland, Dänemark und Italien am teuersten. Die in Belgien, Frankreich und Luxemburg geforderten Preise liegen in der Mitte. Die Verbraucher können von diesen Preisunterschieden jedoch nicht profitieren, da die verschiedenen Techniken parallele Importe praktisch unmöglich machen.

Auftragseingänge sinken

Wiesbaden (dpa) – Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gehen weiter zurück. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mitteilte, lagen sie im August wertmäßig um 2,7 Prozent unter den Juliwerten und um 5,6 Prozent unter denen vom August 1983. Im Wohnungsbau wurden 24 Prozent weniger Aufträge verbucht, was die Statistiker überwiegend darauf zurückführen, daß vor Jahresfrist Förderungsprogramme und Steuervergünstigungen zu vermehrten Wohnbauaufträgen geführt hatten. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe erhöhte sich von Juli auf August um ein Prozent auf 1,124 Millionen, blieb aber damit um 4,4 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erreichte im Berichtsmonat 125,4 Millionen, 7,1 Prozent weniger als im Vormonat und 8,7 Prozent weniger als im August 1983.

Wochenausweis

	15.10.	7.10.	15.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	67,2	67,0	70,4
Kredite an Banken	84,8	85,6	78,7
Wertpapiere	5,1	5,2	5,3
Bargeldumlauf	105,1	107,1	105,8
Einl. v. Banken	47,2	45,3	47,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	6,5	4,6	4,3

MINERALÖLWIRTSCHAFT

Unverbleites Benzin wird ab November angeboten

HANS BAUMANN, Essen

Das Bundesinnenministerium hat die Mitteilung der Mineralölwirtschaft begrüßt, daß bereits vor Einführung der Katalysatoren für Automobile vom 1. November an bleifreies Benzin (Normal-Benzin) in DIN-gerechter Qualität angeboten werden wird. Von diesem Zeitpunkt an wird an 58 Autobahntankstellen unverbleites Benzin angeboten. Sobald weitere Autobahntankstellen hergerichtet sind, werden auch sie mit bleifreiem Treibstoff beliefert.

Darüber hinaus werden die Raffinerien, die dem Mineralölwirtschaftsverband angeschlossen sind, sofort mit der Ausrüstung ihrer Straßentankstellen beginnen und auch dort noch im November bleifreie Ware anbieten. Bis Ende des Jahres sollen 300 bis 400 Tankstellen bleifreies Benzin führen.

Der Vorsitzende des Vorstandes des Mineralölwirtschaftsverbandes, Klaus Marquardt, weist darauf hin, daß die Vorwürfe, die Mineralölindustrie „mauere" beim bleifreien Benzin, entkräftet seien. Marquardt appelliert an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat, nach dieser Vorleistung der Mineralölwirtschaft zügig die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Versteckt richtet sich dieser Appell auch an die Automobilindustrie, die das mangelnde Angebot an Katalysatoren damit begründete, daß kein bleifreies Benzin am Markt sei. Die Ölindustrie nimmt an, daß etwa 50 bis 60 Prozent der Normalbenzinautos bleifreies Benzin tanken können. Die Automobilindustrie ist jetzt am Zuge aufzulisten, welche zur Zeit betriebenen Typen heute schon bleifrei tanken können.

MESSEWESEN / Die AMK Berlin macht gute Geschäfte auch im Ausland

Nicht nur um den Funkturm aktiv

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auch das gibt es: Die AMK Berlin, die Ausstellungs-Messe-Kongreß-GmbH, die gerade die Tore ihrer Automobilausstellung am Funkturm geschlossen hat, veranstaltet in drei Wochen bereits eine neue Autoschau: diesmal jedoch in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate. „Wir sind dort nicht nur Durchführungsgesellschaft im Auftrag staatlicher oder privater Veranstalter, sondern selbst Mitveranstalter, federführend für die Konzeption und Akquisition", sagt AMK-Geschäftsführer Manfred Busche.

Für ihn ist das, was in der Golfregion geschieht, wo zusammen mit der Gulf Arab Marketing & Exhibition Company (GAME) jährlich drei Fachmessen gemeinsam geplant und veranstaltet werden, noch der „i-Punkt" auf den Auslandsaktivitäten. In diesem Jahr soll noch eine weitere Vereinbarung mit einem ostasiatischen Land folgen. Im Vordergrund steht nach wie vor die Betreuung von deutschen Kunden auf Messen im Ausland; im vergangenen Jahr waren dies 411 Firmen.

Angefangen hatte es bei der AMK 1969 – einige andere Messegesellschaften waren bereits in diesem Bereich aktiv – mit einer Berlin-Ausstellung in den USA. Es folgten offizielle Auftragsprojekte des Wirtschafts- und des Ernährungsministeriums sowie des Berliner Senats. In diesem Jahr stehen 18 Auslandsmessen in 14 Städten auf dem Terminplan, für 1985 sind es bereits zwanzig.

Für Busche steht fest, daß die Entwicklung weitergehen wird. Er nennt zwei Gründe: Zum einen entstehen immer neue Märkte, zum anderen steigt auch die Zahl der Messeplätze. „Langfristig kann die Bundesrepublik ihre Position als eines der führenden Exportländer nur behaupten, wenn sie auch auf den neuen Märkten präsent ist." Für Busche sind Messen ein unverzichtbares Marketing-Instrument. Wenn auch wegen der unterschiedlichen Organisationsstrukturen ein Vergleich schwer ist, so setzen Länder wie Großbritannien, Italien und Österreich erheblich mehr öffentliche Mittel dafür ein.

Für die AMK haben nach einer mehrjährigen Anlaufzeit die Auslandsaktivitäten den Vorteil, den eigenen Apparat besser auszulasten. Von 55 Experten sind immerhin zehn in der Hauptabteilung Auslandsmessen tätig. „Und dort werden schwarze Zahlen geschrieben", sagt Busche.

Grundlage sind die Erfahrungen und Kontakte, die auf den Veranstaltungen am Funkturm gewonnen wurden. So findet in Abu Dhabi im Dezember noch eine Mini-Grüne Woche statt. Und in einem Jahr soll dort unter Schrimherrschaft der EG die „European Export Fair" durchgeführt werden.

ÖSTERREICH

Rapides Wachstum der Staatsausgaben

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Seinen ersten Budget-Entwurf hat nun der neue österreichische Finanzminister Franz Vranitzky vorgelegt. Demnach wird sich im nächsten Jahr bei einer Ausgabensteigerung um sechs Prozent auf 463 Mrd. Schilling das Nettodefizit des Staatshaushaltes bei rund 60 Mrd. Schilling und damit in etwa auf dem Niveau dieses Jahres stabilisieren. Das Wachstum der Ausgaben bleibt mit 6,7 Prozent unter jenem der erwarteten Einnahmen von 7,8 Prozent. Das Nettodefizit sinkt von 4,75 auf rund 4,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Besonders auffallend ist nach wie vor das rapide Wachstum der Ausgaben zur Begleichung der Staatsschuld, die 1985 auf 531 Mrd. Schilling oder 38,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts anwachsen wird. Allein der Zinsaufwand stieg seit 1976 von 7,9 Mrd. Schilling auf 33,5 Mrd. Schilling in diesem Jahr; 1985 sollen es bei einer Steigerung um 17 Prozent sogar 39 Mrd. Schilling sein.

Ein zweiter wichtiger Ausgabenposten, nämlich jener für die Sozialversicherungen, verringert sich dagegen im kommenden Jahr geringfügig, was auf eine Erhöhung der Pensionsbeiträge um einen Prozentpunkt bei gleichzeitig durch eine neue gesetzliche Regelung gebremster Pensionsdynamik zurückzuführen ist.

Auf der Einnahmenseite profitiert der österreichische Staat nächstes Jahr von der Steuerprogression insbesondere bei mittleren Einkommen, was eine Erhöhung der Lohnsteuereinnahmen um mehr als zehn Prozent mit sich bringt. Noch stärker dürften aus Gründen der mit einem erwarteten Bruttoinlandprodukt-Wachstum von drei Prozent nach wie vor guten Konjunkturlage die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer (plus 21 Prozent) steigen. Die wichtige Einnahmenposition der Umsatzsteuer erhöht sich immerhin um acht Prozent auf 127 Mrd. Schilling. Die Vermögenssteuer soll um 16,7 Prozent mehr bringen.

Zum erstenmal budgetwirksam wird 1985 auch die in diesem Jahr eingeführte Steuer auf Zinserträge, die 3,5 Mrd. Schilling zusätzlich bescheren wird. Allerdings hat Finanzminister Vranitzky erst vor wenigen Tagen angekündigt, daß schon im nächsten Jahr diese umstrittene Abgabe wieder von derzeit 7,5 auf fünf Prozent gesenkt wird.

GROSSBRITANNIEN / Fast 60 Prozent Importe in der Automobilindustrie – Ausländer um gutes Image bemüht

Deutsche Unternehmen setzen sich am Markt durch

W. FURLER, Birmingham

Deutsche Autos spielen auf dem britischen Automobilmarkt eine immer stärkere Rolle. Dabei könnten die rein deutschen Automobilhersteller – also ausgenommen Opel und Ford, die ja in Großbritannien durch Schwester-Unternehmen vertreten sind – deutlich mehr Fahrzeuge absetzen, wenn sie nicht auf beschränkte Kontingente aus Deutschland angewiesen wären. Das erklärten anläßlich der Automobilausstellung in Birmingham übereinstimmend die für den Absatz in Großbritannien zuständigen Vertreter von Volkswagen-Audi, BMW, Mercedes-Benz und Porsche gegenüber der WELT.

Alle vier Unternehmen verfolgen eine sehr ähnliche Strategie: vorsichtiger Ausbau der Markt-Stellung, dafür gezielte Image-Politik. Gegenwärtig halten die deutschen Hersteller ohne Opel und Ford einen Anteil am britischen Markt für neue Pkw in Höhe von 8,8 Prozent. Neu zugelassen wurden im vergangenen Jahr in Großbritannien insgesamt 1,8 Mill. Pkw gegenüber 1,5 Mill. im Jahr zuvor. Zwischen Januar und September dieses Jahres wurden 1,44 Mill. Pkw zugelassen. Britische Hersteller halten am heimischen Markt gegenwärtig einen Marktanteil in Höhe von 42,7 Prozent. Vom 57,3prozentigen Importanteil entfallen 36,8 auf Hersteller aus den übrigen EG-Ländern und 10,5 Prozent auf japanische Hersteller.

Nach Angaben des für VW-Audi in Großbritannien zuständigen Leiters für Verkauf und Marketing, Brian Bowler, lag der VAG-Marktanteil im letzten Jahr ganz knapp unter sechs Prozent. Für diese Jahr werden 6,4 Prozent angepeilt. Dabei sind durch den Streik in Deutschland und den Hafenarbeiter-Streik in Großbritannien rund 17 000 Fahrzeuge der Marken Volkswagen und Audi für den britischen Mark verloren gegangen. Wurden im letzten Jahr ingesamt 111 000 Stück verkauft, ist man in diesem Jahr „verzweifelt bemüht", die 100 000-Marke zu überschreiten. Für das kommende Jahr erwartet Bowler einen Anstieg auf 110 000 bis 115 000 VWs und Audis.

BMW, das im letzten Jahr 24 500 Wagen in Großbritannien verkauft hat, liegt gegenwärtig bei 26 000 Verkäufen. Nach Angaben von Pressechef Raymond Playfoot dürfte der Ausfall durch den Metallarbeiterstreik bis Ende des Jahres durch Mehrlieferungen aus den deutschen Werken so gut wie wettgemacht sein.

Seit dem 1. Januar 1980 hat BMW seine eigene Niederlassung in Großbritannien. Seither wurden genau 100 000 BMWs verkauft. BMW-Großbritannien erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz in Höhe von 279 Mill. Pfund. Beschäftigt werden 224 Mitarbeiter. Von den 150 Händlern im Land sind immerhin 143 reine BMW-Händler. Die sich am besten verkaufenden Modelle sind der 316 sowie der 318 i. Immer größere Bedeutung für BMW erhält der britische Firmenwagenmarkt: Rund 90 Prozent der siebener Serie werden so verkauft.

Auch Daimler-Benz in Großbritannien nennt begrenzte Streikauswirkungen. So werden in diesem Jahr anstelle der erwarteten 16 000 Mercedes 1000 weniger verkauft. 1983 lag die Jahresverkaufszahl auf den britischen Inseln noch bei 13 000 Pkw. Der Geschäftsführer von Daimler-Benz UK, Hans Tauscher, betont denn auch, daß der durchschnittliche Jahreszuwachs von 10 Prozent durchaus noch eine Zeitlang weitergehen dürfte.

Ein starkes Nachfragewachstum erwartet Tauscher für die 190er-Klasse, von der in diesem Jahr in Großbritannien rund 3000 Stück und im nächsten Jahr 5500 verkauft werden sollen. Dann wird der 190er rund ein Drittel des gesamten Pkw-Verkaufsvolumens von Daimler-Benz UK ausmachen. Beschäftigt werden in Großbritannien rund 1000 Mitarbeiter, davon 500 in der nagelneuen Zentrale in Milton Keynes. Von den 103 Händlern sind 60 Prozent Exklusiv-Händler.

Für Porsche schließlich ist der britische Markt der drittwichtigste nach den USA und Deutschland. John Aldington, dem leitenden Geschäftsführer von Porsche Cars zufolge, wurden im vergangenen Jahr genau 3333 Porsches in Großbritannien verkauft. Der Umsatz lag bei 50 Mill. Pfund. Der Metallarbeiterstreik hat zum Ausfall von 500 Porsches geführt. Dafür rechnet Aldington für die nächsten Jahre mit einem Anstieg der Porsche-Verkäufe auf 3750–4000 Stück pro Jahr. Auch Porsche hat sich in Großbritannien eine neue Zentrale zugelegt, die Mitte nächsten Jahres fertig sein wird. Beschäftigt werden dann 160 Mitarbeiter. Von 27 Händlern arbeiten 75 Prozent exklusiv.

USA / 797 Geschäftsbanken besonders überwacht

Problemliste wird länger

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Zahl der US-Geschäftsbanken, die auf den Problemlisten der Aufsichtsbehörden in Washington stehen, hat mit 797 eine neue Rekordhöhe erreicht. Sie ist doppelt so hoch wie nach der Rezession 1973/75, als 385 Institute besonders überwacht werden mußten. Als Grund für die dramatische Verschlechterung nannte der Vorsitzende der staatlichen Federal Deposit Insurance Corp., William Isaac, die vielen faulen Kredite, die entweder gar nicht oder verspätet bedient werden. Von den 14 750 in Amerika registrierten Banken stellen damit 5,4 Prozent ein Risiko dar. Die meisten sind jedoch klein und nicht mit der Continental Illinois National Bank zu vergleichen, die im Sommer vor dem Konkurs gerettet wurde.

Die starke Zunahme führt Isaac nicht auf die strengeren Revisionskriterien, sondern auf die Inflationswellen der 70er Jahre, die beiden kurz aufeinandergefolgten Rezessionen und die extremen Zinsausschläge zurück. Nur wenige der betroffenen Banken sind ein Opfer der internationalen Schuldenkrise, vielmehr sind die Probleme eher hausgemacht.

Auch wenn nur einige der wackeligen Institute wirklich pleite gehen, wird sich die Bankenszene in den USA erheblich verändern. Nach einer Studie, die jetzt anläßlich der New Yorker Tagung des amerikanischen Bankenverbandes veröffentlicht wurde, wird es in etwa sieben Jahren nur noch etwa 10 000 Institute geben, und zwar als Folge eines sich beschleunigenden Konzentrationsprozesses. Während Full-Service-Filialen geschlossen werden, entstehen vollautomatisierte Niederlassungen ohne Personal. Durchsetzen wird sich die sogenannte Debit-Karte, mit der Kaufbeträge direkt vom Konto abgebucht werden. Den Großteil des Detailgeschäftes ziehen zehn bis 20 nationale Dienstleistungsunternehmen an sich.

RENTENMARKT / Ausländer kaufen Bundestitel

Marktzinsen im Sturzflug

Die Kapitalmarktzinsen sind in der vorigen Woche im Sturzflug gesunken. Sie sind jetzt um rund einen Prozentpunkt niedriger als zum Jahresbeginn. Der Siebeneinhalbprozenter, der mit der jüngsten Bundesanleihe gerade erst sein Debut gegeben hat, wird wohl bald wieder von der Bildfläche verschwinden. Man spricht bereits von einem Kupon der Bahn über siebeneinviertel Prozent. Weil sich Ausländer nach der angekündigten Aufhebung der Kuponsteuer fast ausschließlich auf Bundestitel stürzen, ist der Renditenachteil dieser Papiere so groß geworden, daß andere Anlegergruppen sie verschmähen. Die Privaten, lange von höheren Zinsen verwöhnt, streiken auf ganzer Front. (cd.)

Emissionen	19.10. 84	12.10 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,88	7,03	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,96	7,07	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,90	7,05	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,31	7,34	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,94	7,03	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,67	6,76	7,84	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,43	7,58	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,93	7,04	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,49	7,56	8,08	8,45	10,32

FRANKREICH / Dalle-Bericht zur Autoindustrie

Massive Hilfe vorgeschlagen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wenn die französische Automobilindustrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen will, muß sie in den nächsten zwei Jahren mindestens 37 Mrd. Franc investieren. Die beiden nationalen Konzerne Renault (staatlich) und Peugeot (privat) können diese Mittel angesichts ihrer enormen Verschuldung aber nicht aus eigener Kraft aufbringen. Deshalb soll ihnen die Regierung zusammen 12 Mrd. Franc an staatlichen Beiteiligungsdarlehen zu Vorzugsbedingungen bereitstellen, heißt es in dem jetzt veröffentlichten „Dalle-Bericht".

Der von Staatspräsident Mitterrand mit der Untersuchung der französischen Automobilkrise beauftragte Präsident des Kosmetikkonzerns L'Oréal, François Dalle, fordert die Verbesserung der Selbstfinanzierung und der Ertragslage außerdem die Aufhebung der behördlichen Preisreglementierung. Diese habe dazu geführt, daß französische Autos in Frankreich ohne Mehrwertsteuer drei Prozent weniger kosten als beispielsweise in der Bundesrepublik. Für Reparaturen wird sogar eine 20prozentige Erhöhung des zur Zeit bei 80 Franc blockierten Stundenpreises vorgeschlagen.

Vor allem aber fordert Dalle die Beseitigung des Personalüberhangs, den er für die französische Automobilproduzenten allein bis Ende 1988 auf 70 000 Personen veranschlagt. Unter Berücksichtigung des bis zum 1. September dieses Jahres durchgeführten bzw. eingeleiteten Belegschaftsabbaus um 16 000 Personen bestünde danach noch ein Bedarf an Freisetzungen für 54 000 Personen. Aber nur etwa 5000 jährlich ließen sich vorzeitig (ab 56 Jahre) pensionieren und die Rückführungsmöglichkeiten für Gastarbeiter seien auf nicht mehr als 2000 im Jahr zu veranschlagen. Danach bliebe bis 1980 für rund 20 000 Personen eine andere Lösung zu finden.

Nachdem in der ursprünglichen Fassung des Dalle-Berichts von reinen Entlassungen die Rede gewesen war, wird jetzt generell die Umschulung unter Fortzahlung von 70 Prozent des Lohns vorgeschlagen. Die Kosten dafür werden für die nächsten zwei Jahre auf 2,5 Mrd. Franc geschätzt. Den weitaus größten Teil davon hätte der Staat zu übernehmen. Zusammen mit der Investitionshilfe käme man danach auf eine Staatshilfe von etwa 14 Mrd. Franc bis Ende 1986.

Nicht berücksichtigt ist dabei die Restrukturierung und Sanierung der Zuliefererunternehmen, die Ende 1983 insgesamt 122 000 Personen beschäftigt hat. Der Dalle-Bericht hält für diesen Sektor einen Belegschaftsabbau von 20 000 Personen bis 1987 für notwendig. Insgesamt müßten danach die französischen Automobilhersteller und -zulieferer etwa ein Viertel ihres Personals freisetzen, wenn es zur Durchführung des dem staatlichen Planungskommissariats zugeleiteten Berichts kommen sollte.

NAMEN

Wilma Savelsberg, Mehrheitsgesellschafter und Geschäftsführerin der Simex-Außenhandelsges. mbH, Jülich, wird heute 60 Jahre.

Heinrich Korrenn, Mitglied der Geschäftsführung der FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, feierte am 18. Oktober den 60. Geburtstag.

Prof. Dr. **Ernst Golling**, Präsident des Europäischen Verbandes nationaler Ingenieursvereinigungen und Direktor der Siemens AG, Berlin/München, wurde am 21. Oktober 65 Jahre alt.

Johannes Vollmar (44), stellvertretender Direktor des Zentralbereichs Kommunikation/Presse der Westdeutschen Landesbank, Düsseldorf, tritt Mitte November als Direktor und Aufsichtsratsmitglied in die PR- und Werbeagentur Charles Barker GmbH, Frankfurt, ein.

Jürgen Fritz, zuletzt für das Deutschland-Geschäft von Memtek-Produkts verantwortlich, übernahm am 1. August die Geschäftsführung der Verbatim GmbH, Eschborn, der deutschen Vertriebsgesellschaft der Verbatim Corporation Sunnyvale, Kalifornien.

Carl A. Siebel (49), seit 1976 für die europäischen Unternehmen der Seaquist-Gruppe der Pittway Corporation verantwortlich, wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Pittway Corporation, Chicago, berufen.

WERBEWIRTSCHAFT / Commerzbank-Studie

Ausgaben steigen weiter

INGE ADHAM, Frankfurt

Es geht weiter aufwärts mit den Werbeausgaben. Zu diesem Ergebnis kommt ein Branchen-Report der Commerzbank AG. Bereits im letzten Jahr sind die Netto-Werbeumsätze in der Bundesrepublik um 6,4 Prozent (und damit deutlich stärker als erwartet) auf 14,3 Mrd. DM gestiegen, der höchste je in der Bundesrepublik erreichte Wert. Für dieses Jahr wird eine weitere Steigerung um 7 Prozent erwartet. Fast alle Branchen der Wirtschaft seien gegenwärtig von einem Werbeaufschwung erfaßt, heißt es in dem Bericht. Im Computerbereich könne sogar von einem Boom gesprochen werden. Die bereits im letzten Quartal 1983 eingesetzte neue Lust zu werben unterstreicht die Beobachtung, daß die werblichen Investitionen von konjunkturellen Einflüssen zunehmend unabhängiger werden.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres legten bei ihren Werbeaufwendungen neben der Datenverarbeitung (plus 136 Prozent) die Anbieter von Oberbekleidung (plus 35 Prozent), die Massenmedien (plus 31 Prozent) und die Bausparkassen (plus 30 Prozent) am stärksten zu, auch Kreditinstitute haben ihre einst vornehme Zurückhaltung in Sachen Werbung längst aufgegeben. Im ersten Halbjahr stiegen ihre Aufwendungen weiter um 16 Prozent.

Wenig geändert hat sich dem Report zufolge bei der Verteilung des Werbekuchens auf die verschiedenen Mediengattungen: Mit einem Anteil von 41 Prozent liegen nach wie vor die Publikumszeitschriften vorn, auf Zeitungen entfallen 29 Prozent, auf das Fernsehen 18 Prozent und auf den Hörfunk 7 Prozent. Ohne Streik wäre diese Entwicklung noch besser ausgefallen, heißt es in dem Report. Freilich sorgte die durch den Streik verschobene Werbung für ein Schrumpfen des üblichen Werbungs-Sommerloches, hinterließ auf der anderen Seite aber auch ein 140 Mill.-DM-Loch bei den Werbeeinnahmen.

Auch die Werbeagenturen profitieren von der Entwicklung, wenn auch die Billings der 50 größten, die im vergangenen Jahr mit einem Plus von 5 Prozent auf 6,3 Mrd. DM stiegen, nicht so stark zulegten wie die Werbeaufwendungen insgesamt (plus 6,8 Prozent auf 9,65 Mrd. DM, ohne Plakate und direct Mailing).

Auch angesichts der Diskussion um die Zukunft der neuen Medien, die der Werbewirtschaft möglicherweise einmal ein breites neues Arbeitsfeld eröffnen, brauchen sich die „klassischen" Printmedien nach Absicht des Branchenreports keine Sorgen zu machen: „Printmedien halten ihre Stellung", heißt es. Im vergangenen Jahr sei der Anteil der bestehenden elektronischen Medien am Werbekuchen sogar leicht gesunken, der Anteil für Printmedien mit dem Schwergewicht bei Publikums- und Tageszeitungen dagegen etwas gestiegen.

Dieser Trend habe auch in diesem Jahr angehalten. Hinter dieser globalen Aussage stecken freilich sehr unterschiedliche Entwicklungen mit Gewinnern und Verlierern: So büßte der „stern" im vergangenen Jahr 668 Anzeigenseiten ein, mehr als die gesamte Gruppe der aktuellen Illustrierten, die 572 Seiten (oder 4 Prozent) ihres Anzeigenvolumens einbüßten.

KATHOLISCHE UNTERNEHMER / Jahrestagung

Ja zum technischen Fortschritt

LEO SCHÜTZE, Bonn

Ein volles Ja zum technischen Fortschritt war das Ergebnis der 35. Jahrestagung des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) in Bonn. In sieben „Godesberger Leitsätzen" formulierte der BKU seine Gewißheit, da eine wohlbedachte und verantwortbare technische Entwicklung auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur menschengerechten Gestaltung vor allem des Wirtschaftslebens leisten kann.

Die Sorgen und Ängste weiter Bevölkerungskreise vor der technischen Entwicklung seien ernst zu nehmen und rational zu bewältigen. Hier sei insbesondere die Wissenschaft und die Politik gefordert. Als katholischer Unternehmerverband gelte es aber vor allem, die sittlichen Maßstäbe und ordnungspolitischen Regeln zu verdeutlichen, damit eine Ausrichtung der technischen Entwicklung auf das Gemeinwohl sichergestellt werde.

Die soziale Marktwirtschaft habe einen noch nie dagewesenen Wohlstand bereitet, nun müsse sie sich angesichts der Herausforderungen des technischen Fortschritts bewähren. Schon immer habe sich der Mensch verschiedener Techniken bedient, um seine Arbeit ergiebiger und sein Leben humaner zu gestalten. Eine generelle Technikfeindlichkeit wäre deshalb ein gefährlicher Unsinn, der das Überleben der Menschheit in Frage stelle.

Die sittliche Verantwortung für die Zukunft von Mensch und Technik werde vor allem durch eine „grüne" Propaganda gefährdet, die eine apokalyptische Weltuntergangsstimmung beschwöre und durch Panikmache eine technikfeindliche Politik herbeiführen wolle. Es käme aber darauf an, die Technik unter den Rahmenbedingungen einer sozialen Marktwirtschaft einzusetzen, die der Würde, d. h. den Rechten und Pflichten der menschlichen Person unter den neuen Herausforderungen gerecht werde.

Die Mitglieder des BKU ließen sich als Christen und als Unternehmer nicht von unbestimmten Ängsten, sondern von der Hoffnung leiten. Diese Hoffnung habe ihre Wurzeln nicht zuletzt in dem Wissen, daß der heutige Entwicklungsstand der Menschheit, im Hinblick z. B. auf die Versorgung mit Nahrung und medizinischen Hilfen, unabdingbar mit der Technik und ihrer Fortentwicklung verbunden seien.

In den Leitsätzen wird auch gefordert, daß die Unternehmer in ihrem Denken sich den künftigen Generationen verpflichtet fühlen. Es gehe heute „nicht nur um kurzfristiges Rentabilitätskalkül", sondern es sei „eine langfristige ökonomische Rationalität zu berücksichtigen".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Mörtl Steinbau GmbH, Thierhaupten; **Baden-Baden:** HIBA Kollektion, Holzmöbel GmbH, Lichtenau 4; **Coburg:** Harald Deuber GmbH, Kronach; **Coesfeld:** B.F.K. Baustoff- und Fliesenhandelskontor GmbH; **Dortmund:** Nachl. d. Horst Ernst Schmidt; **Düsseldorf:** Kolfhaus GmbH, Langenfeld; **Essen:** Norbert Kremer, Gärtner; **Gelsenkirchen:** Rudolf Krenzer; **Hannover:** Nachl. d. Wilhelm Witte; **Kassel:** Hermann May, Stahl- u. Apparate-Bau GmbH, Kaufungen; **Lübeck:** Baucooperation-Baubedarfs-Handelsges. mbH; **Wolfratshausen:** Nachl. d. Hubert Hallmannsecker, Otterfing.

Vergleich beantragt: Coesfeld: Bedachungen Wittenberg GmbH, Rosendahl-Darfeld; **Freiburg:** Heinz Heyer, Neuenburg; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Else Munk, Inh. d. Emil Munk, Bauunternehmung; **Waldshut-Tiengen:** Rudolf King, Kaufmann, Zell.

MOLKEREI DAHLENBURG / Pulverisierte Trockenprodukte stark nachgefragt

Di- Kapazitäten sind voll ausgelastet

DOMINIK SCHMIDT, Dahlenburg

Der Ausbau der Kapazitäten, der bereits in den vergangenen Jahren stark forciert wurde, beherrscht weiterhin die Investitionsplanungen der Molkerei Dahlenburg AG (Molda), Dahlenburg. Geschäftsführer Kurt Kautz weist daraufhin, daß die Kapazitäten trotz der kontinuierlichen Erweiterung und des praktizierten Vier-Schichten-Betriebs voll ausgelastet sind und deshalb weitere Umsatzsprünge kurzfristig nicht möglich werden. Kautz rechnet für 1984 mit einem Umsatz von 95 (1983:93) Mill. DM.

An eine Umänderung des Firmennamens denkt Kautz nicht, obwohl das Unternehmen kaum noch als Molkereibetrieb zu erkennen ist. Die Molda befaßt sich nämlich mit der *Trocknung und Pulverisierung von* Lebensmitteln, die vor allem in Bäkkereien Verwendung finden. Dazu gehören Backmittel und -mischungen, Krem- und Dessertprodukte, Fettpulver und Fertigsauerteig. Das traditionelle Molkerei-Sortiment wurde bereits 1963 aufgegeben. Lediglich die bei der Verarbeitung anfallende Sahne – sie macht rund 13 Prozent des Umsatzes aus und wird an die benachbarte *Uelzena-Milchwerke* in Uelzen geliefert – ist noch ein typisches Molkereiprodukt.

Der Exportanteil liegt bei 15 Prozent. Insgesamt sind bei Molda eine Bandtrockungsanlage, fünf Sprüh- und 16 Gefriertrocknungssysteme in Betrieb. Gefriergetrocknet werden vor allem Früchte, Gewürze, Gemüse und tierische Erzeugnisse. Die breite Produktpalette (Kautz: „Wir haben in Europa nur einen ebenbürtigen Konkurrenten") macht zugleich den Erfolg des Unternehmens aus, der sich in einer „befriedigenden Ertragslage" niederschlägt.

Seit 1981 firmiert Molda als Aktiengesellschaft. Das Grundkapital beträgt 7,5 Mill. DM und von rund 540 Aktionären gehalten. Die bisherige Gewinnverteilungspolitik (40 Prozent für die Ausschüttung, 60 Prozent für Investitionen) soll auch künftig beibehalten werden. Für die Aktionäre bedeutet dies, daß sie wie schon bisher 10 Prozent Dividende erhalten.

Die Investitionen werden im laufenden Jahr 7,5 (3,5) Mill. DM erreichen. Zum Anlagevermögen gehört ein firmeneigenes Kohlekraftwerk, das in den Jahren 1981/82 gebaut wurde und Investitionen von 17,5 Mill. DM erforderte. Wegen des hohen Energieaufwandes des Betriebs dürften sich diese Investitionen bereits 1987 amortisiert haben.

Schwierigkeiten, die erforderlichen Milchmengen von den eigenen Lieferanten zu bekommen, sieht Kautz im Zusammenhang mit der neuen Quotenregelung der EG. Bislang lieferten etwa 400 Landwirte jährlich rund 40 Mill. Kilogramm Milch. Bereits jetzt mache sich die neue Regelung bemerkbar. Für 1985 müsse mit verringerten Anlieferungen in Höhe von knapp zehn Prozent *gerechnet werden. Daraus ergebe* sich für Molda die Notwendigkeit, entweder zusätzliche Lieferverträge abzuschließen oder aber weitere Mengen überregional hinzuzukaufen. Nach den Worten von Kautz liegt der Molda-Auszahlungspreis deutlich über dem Durchschnitt der niedersächsischen Molkerei.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

SEL-Geschäft gefährdet

Stuttgart (dpa) – Der geplante Verkauf elektronischer Fernsprechvermittlungsstellen der Standard Elektronik Lorenz AG (SEL) nach Ungarn im Wert von 30 Mill. DM wird offenbar nicht zustandekommen. In informierten Kreisen hieß es, es gebe „keinen Zweifel mehr", daß das Geschäft vom Koordinierungsausschuß für ost-westliche Handelspolitik (Cocom) in Paris abgelehnt werde. Ein SEL-Sprecher erklärte dazu, das Unternehmen habe keine Kenntnis davon, wann und wie die Cocom-Entscheidung fallen werde.

Hill Samuel aktiv

Frankfurt (cd.) – Die schon seit einigen Jahren nicht mehr in der Bundesrepublik vertretene große Londoner Merchant Bank Hill Samuel & Co Ltd. will ihre Aktivitäten am deutschen Markt verstärken. Zu diesem Zweck ist sie eine Partnerschaft mit der Sozietät Krüger & Uhen, Königstein/Taunus, eingegangen, die auf die finanzstrategische Beratung und aktive Unterstützung ihrer Mandanten aus der Großindustrie bei der Entwicklung und Durchführung von Beteiligungskonzeptionen spezialisiert ist. Hill Samuel gilt als führende Adresse in internationalen Kapitalmarktoperationen und in der Beratung bei „Mergers und Acquisitions". Hier hat die Bank im bisherigen Jahresverlauf weltweit 23 Abschlüsse für 2,9 Mrd. Dollar getätigt.

BNA steigert Gewinn

Düsseldorf (Py.) – Die Banca Nazionale dell'Agricoltura, Rom, weist für 1983 einen Bilanzgewinn von 37,2 (36) Mrd. Lire (rund 64 nach 62 Mill. DM) aus. Das Institut, das seit etwa 25 Jahren in Frankfurt über eine Repräsentanz verfügt, steigerte seine Gesamteinlagen um 2500 Mrd. Lire (4,05 Mrd. DM) auf 19 500 Mrd. Lire (rund 31,2 Mrd. DM). Das Kreditvolumen, hauptsächlich auf mittlere und kleinere Unternehmen ausgerichtet, wuchs um 22,5 Prozent auf 5,800 Mrd. Lire (9,4 Mrd. DM). Die Bilanzsumme beträgt 43 844 Mrd. Lire (69,3 Mrd. DM).

Grundbesitz zufrieden

Frankfurt (adh) – Eine unveränderte Barausschüttung von 3,40 DM je Anteil, die zu Beginn kommenden Jahres gezahlt wird, kündigt die Grundbesitz-Invest (Depotbank: Deutsche Bank) an. Mit einer Wertsteigerung um 7,5 (i. V. 7,25) Prozent je Anteil im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) habe sich der Fonds weiter zufriedenstellend entwickelt. Derzeit befinden sich Projekte von rund 150 Mill. DM in Bau.

Braune Hanne mit besserem Ergebnis

dos, Hannover

Die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG, Hannover, verzeichnet trotz der unbefriedigenden Situation im Wohnungsmarkt eine positive Geschäftsentwicklung. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, erreichten die Darlehenszusagen in den ersten neun Monaten 1984 mit 1,23 (1,24) Mrd. DM das hohe Niveau des Vorjahres. Während bei Hypotheken mit 483 (542) Mill. DM das Abschlußvolumen unter dem der gleichen Vorjahreszeit blieb, ergab sich im Kommunalkreditgeschäft ein Anstieg auf 743 (698) Mill. DM. Bei Auszahlungen von 954 Mill. DM und Tilgungen von 512 Mill. DM erhöhte sich der Bestand an langfristigen Ausleihungen um 440 Mill. DM. Für die Refinanzierung nahm das Institut Mittel in Höhe von 1,93 (2,4) Mrd. DM auf.

Zufrieden äußert sich der Vorstand zur Ertragsentwicklung. Zinsüberschuß und Einmalergebnis verbesserten sich deutlich um 12,7 Prozent. Der Zinsüberschuß wird mit 57,8 (46,1) Mill. DM ausgewiesen. Für das gesamte Jahr 1984 werde mit einem wiederum guten Ergebnis gerechnet. In welcher Form sich die günstigere Ertragsentwicklung auf die Dividendenpolitik auswirkt, läßt der Vorstand offen. Für 1983 hatte die Bank 20 (18) Prozent ausgeschüttet. Inzwischen ist das Grundkapital um 3 Mill. DM auf 30 Mill. DM erhöht worden.

STAHL / „Sanierung auf Niedersachsens Kosten"

Georgsmarienhütte erhalten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Noch bevor Einzelheiten der beabsichtigten Fusion von Krupp und Klöckner bekannt geworden sind, hat sich in Niedersachsen quer durch die Parteien eine Welle des Protestes gegen mögliche nachteilige Folgen für die hiesigen Stahlstandorte erhoben. Im Mittelpunkt steht dabei das Klöckner-Werk Georgsmarienhütte bei Osnabrück mit rund 2400 Beschäftigten, das dem Vernehmen nach im Zuge der Fusion stillgelegt werden soll.

Für die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, so erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Josef Stock, sei diese Absicht nicht hinnehmbar. Stock bezeichnete es als „geradezu absurd, daß eine Branche, die seit Jahren mit öffentlichen Mitteln über Wasser gehalten wird, so tut, als brauche sie regionale Belange nicht zu berücksichtigen". Georgsmarienhütte sei durch den Bund und das Land Niedersachsen mit 73 Mill. DM gefördert worden.

Die Schließungs-Ankündigung, wenn sie sich bewahrheiten sollte, sei auch deshalb grotesk, weil Georgsmarienhütte ein „hochmoderner Stahlstandort" sei. Es könne nicht zugelassen werden, so Stock, daß die Stahlindustrie in den anderen Bundesländern auf Kosten Niedersachsens stabilisiert werden soll.

Ähnlich massiv äußert sich Johann Bruns, Vorsitzender der Niedersachsen-SPD. Die Aufgabe des Standorts Georgsmarienhütte müsse durch die „Androhung der Rückforderung aller bisherigen Subventionszahlungen und die Versagung aller weiteren vorgesehenen Hilfen verhindert werden", fordert Bruns.

Als eine „beschlossene Sache" bezeichnete in Bremen der Vorsitzende des Klöckner-Betriebsrats, Peter Sörgel, die Fusion. An der neuen Stahlgesellschaft *würden Krupp und die bei* Klöckner engagierte australische CRA mit jeweils 35 Prozent und Klöckner mit 30 Prozent beteiligt sein. Sörgel rechnet auch für den Klöckner-Standort Bremen mit negativen Auswirkungen. Vor allem das Kaltwalzwerk (900 Beschäftigte) dürfte davon betroffen sein.

PHB WESERHÜTTE / Immer mehr Auslandsbeine

Schöne Australien-Töchter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erfreuliches berichtet die PHB Weserhütte AG (PWH), Köln, aus den per 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahren 1983/84 von zwei ihrer drei australischen Beteiligungen mit Sitz in Sidney. Die Eglo Engineering (Services) Ltd. schaffte mit rund 1100 Mitarbeitern und 290 (306) Mill. DM den zweithöchsten Umsatz ihrer Geschichte und ihren bisher besten Ertrag: Der Jahresüberschuß erreichte vor Steuern 12,2 (6,7) und nach Steuern 7,5 (3,5) Mill. DM. Die Dividende blieb bei 25 Prozent, das Grundkapital wurde „angesichts des besonders guten Jahresergebnisses" 1:4 aus Rücklagen aufgestockt, die 50 Mill. DM Eigenmittel stellen knapp 60 Prozent der Bilanzsumme.

Auf sogar 70 Prozent Bilanzquote kommt die kleinere Malco Industries Ltd. mit 30 Mill. DM Eigenmitteln. Mit 350 Leuten erreichte sie 55 (59) Mill. DM Umsatz, einen Jahresüberschuß von 2,6 (1,3) vor Steuern und von 1,4 (0,8) *Mill. DM* nach Steuern, worauf die Dividende auf 10 (6) Prozent aufgestockt wurde. Die im Bau von Offshore-Öl/Gasproduktionsanlagen zu Australiens führenden Unternehmen zählende Eglo erwartet für 1984/85 eine „insgesamt positive Entwicklung".

Die Kölner PWH-Mutter zeigt mit solchen Angaben den Erfolg einer konsequent verfolgten internationalen Diversifizierung. Ihr 1983er Weltumsatz von 1,16 Mrd. DM kam zu 81 Prozent aus Auslandsmärkten und zur Hälfte aus Auslandsproduktion. 1984 wurden die „Auslandsbeine" bisher in Frankreich, Holland und Brasilien verstärkt.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Gnade/Kehrmann/Schneider/-Blanke: Betriebsverfassungsgesetz, Bund-Verlag GmbH, Köln 1983, 1021 S., 78 Mark.

Seit Erscheinen der 1. Auflage ist eine Flut arbeitsgerichtlicher Entscheidungen zum Betriebsverfassungsgesetz 1972 ergangen, ganz zu schweigen von der großen Zahl an betriebsverfassungsrechtlichen Meinungsäußerungen in der Fachliteratur. Auch technologische Neuerungen warfen weitere betriebsverfassungsrechtliche Zweifelsfragen auf, denkt man nur an die Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen. All dies führte zu einer völligen Neubearbeitung dieses „Kommentars für die Praxis", der trotz der Fülle des bearbeiteten Materials den Charakter eines Handkommentars nicht verliert. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis führt schnell zu den gesuchten Problemfeldern.

Klaus Kuntz: Schmerzensgeld, Alfred Metzner-Verlag, Frankfurt 1983, Loseblattwerk, 6. Lieferung 1983 (Gesamtwerk 1.–6. Lfg. im Plastikordner, 68 Mark).

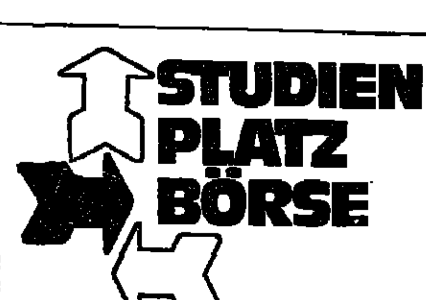
Nicht nur die Frage, unter welchen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen einer Person ein Schmerzensgeld zuerkannt werden muß, sondern insbesondere die Höhe und Bemessungskriterien für diesen Ausgleichsanspruch für erlittene immaterielle Schäden sind heftig umstritten. Diese Sammlung von Entscheidungen will einen möglichst vollständigen Überblick über die unterschiedliche Behandlung auch vergleichbarer Fälle geben, um so die Gleichbehandlung der Betroffenen und eine erste Orientierung zu erleichtern. Die 6. Lieferung bringt neuere Entscheidungen zum Arzthaftungsrecht sowie zum Persönlichkeitsrecht. *Ein neuer Abschnitt mit* Klagemustern und Anträgen zum Bereich Schmerzensgeld ist hinzugekommen.

Schmidt-Futterer/Blank: Wohnraumschutzgesetze, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1984, 1023 S., (Ln.), 128 Mark.

Der bereits in fünfter Auflage vorliegende Kommentar gibt keine Darstellung des gesamten Wohnungsmietrechts. Vielmehr werden alle Vorschriften erläutert, die dem rechtlichen Schutz des Mieters dienen. Ein Schwerpunkt liegt auf den Kündigungsschutzvorschriften des BGB, ein Sachgebiet, das aufgrund verschiedener, nicht aufeinander abgestimmter Reformgesetze unsystematisch und unübersichtlich geworden ist. Hier versteht es der Verfasser die Kündigungstatbestände übergreifend darzustellen. Die neueste Rechtsprechung ist eingearbeitet. Weitere Teilgebiete des Kommentars, wie die Vorschriften zur Mieterhöhung, Mietwucher und Zweckentfremdung von Wohnraum, wurden der geänderten Rechtslage entsprechend dargestellt und erläutert. Trotz der Informationsfülle bleibt der Kommentar übersichtlich.

Jürgen Schulte-Hillen: IuD-Online-Datenbanknutzung in der Bundesrepublik Deutschland, K. G. Saur-Verlag 1984, 146 S., 36 Mark.

Die jetzt der Öffentlichkeit vorgelegte Studie, einst vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Auftrag gegeben, die sich mit den politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen aber auch militärischen Aspekten des grenzüberschreitenden Datenverkehrs auseinandersetzt, überzieht die Informations- und Dokumentationspolitik (IuD) der Bundesregierung mit harscher Kritik. Mit erschreckenden Zahlen wird die zunehmende Abhängigkeit der Bundesrepublik von ausländischen Datenbanken belegt. Der hier aufgewiesene Rückstand im Online-Datenbankbereich, so eine Empfehlung der Studie, kann nur durch eine verstärkte IuD-Politik wettgemacht werden, die die Informationsversorgung der Zukunft durch internationale Kooperation und Schaffung wechselseitiger Abhängigkeiten verbessert und absichert.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Zahnmedizin

Erstsemester

	von	nach
1	Aachen	Düsseldorf
2	Aachen	Erlangen
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Uni München
5	Aachen	Regensburg
6	Aachen	Tübingen
7	Aachen	Würzburg
8	FU Berlin	Erlangen
9	FU Berlin	Frankfurt
10	FU Berlin	Freiburg
11	FU Berlin	Gießen
12	FU Berlin	Heidelberg
13	FU Berlin	Uni München
14	FU Berlin	Mainz
15	FU Berlin	Regensburg
16	FU Berlin	Saarbrücken
17	FU Berlin	Ulm
18	FU Berlin	Würzburg
19	Frankfurt	Düsseldorf
20	Frankfurt	Erlangen
21	Frankfurt	Heidelberg
22	Frankfurt	Uni München
23	Freiburg	Tübingen
24	Gießen	Düsseldorf
25	Gießen	Erlangen
26	Gießen	Mainz
27	Gießen	Regensburg
28	Gießen	Ulm
29	Hannover	Freiburg
30	Hannover	Heidelberg
31	Hannover	Mainz
32	Köln	Düsseldorf
33	Köln	Heidelberg
34	Köln	Münster
35	Köln	Mainz
36	Köln	Saarbrücken
37	Marburg	Gießen
38	Marburg	Hamburg
39	Münster	Hannover
40	Ulm	Würzburg

Rechtswissenschaft

Erstsemester

	von	nach
1	Augsburg	Bonn
2	Augsburg	Bochum
3	Augsburg	Göttingen
4	Augsburg	Hannover
5	Augsburg	Hamburg
6	Augsburg	Köln
7	Augsburg	Uni Kiel
8	Augsburg	Münster
9	FU Berlin	Bochum
10	FU Berlin	Göttingen
11	FU Berlin	Hannover
12	FU Berlin	Hamburg
13	FU Berlin	Köln
14	FU Berlin	Uni Kiel
15	FU Berlin	Münster
16	Bayreuth	Bonn
17	Bayreuth	Bochum
18	Bayreuth	Frankfurt
19	Bayreuth	Hannover
20	Bayreuth	Bremen
21	Bayreuth	Hamburg
22	Bayreuth	Köln
23	Bayreuth	Uni Kiel
24	Bayreuth	Münster
25	Bayreuth	Uni München
26	Bayreuth	Mainz
27	Bayreuth	Trier
28	Bayreuth	Tübingen
29	Bayreuth	Würzburg
30	Erlangen	Bonn
31	Erlangen	Bochum
32	Erlangen	FU Berlin
33	Erlangen	Göttingen
34	Erlangen	Hannover
35	Erlangen	Bremen
36	Erlangen	Hamburg
37	Erlangen	Köln
38	Erlangen	Uni Kiel
39	Erlangen	Münster
40	Erlangen	Uni München
41	Erlangen	Trier
42	Freiburg	Bonn
43	Freiburg	Hamburg
44	Freiburg	Köln
45	Freiburg	Uni München
46	Freiburg	Tübingen
47	Gießen	Bonn
48	Gießen	Frankfurt
49	Gießen	Göttingen
50	Gießen	Hannover
51	Gießen	Hamburg
52	Gießen	Köln
53	Gießen	Uni Kiel
54	Gießen	Münster
55	Gießen	Osnabrück
56	Uni Kiel	Hamburg
57	Konstanz	Bonn
58	Konstanz	Bochum
59	Konstanz	Göttingen
60	Konstanz	Köln
61	Konstanz	Münster
62	Konstanz	Osnabrück
63	Mannheim	Bonn
64	Mannheim	Bochum
65	Mannheim	Frankfurt
66	Mannheim	Göttingen
67	Mannheim	Hannover
68	Mannheim	Bremen
69	Mannheim	Hamburg
70	Mannheim	Köln
71	Mannheim	Uni Kiel
72	Mannheim	Münster
73	Marburg	Göttingen
74	Marburg	Hannover
75	Münster	Köln
76	Osnabrück	Bremen
77	Passau	Bremen
78	Regensburg	Bonn
79	Regensburg	Bochum
80	Regensburg	Göttingen
81	Regensburg	Hannover
82	Regensburg	Hamburg
83	Regensburg	Köln
84	Regensburg	Mannheim
85	Regensburg	Münster
86	Regensb.	Uni München
87	Regensburg	Osnabrück
88	Saarbrücken	Bonn
89	Saarbrücken	Bochum
90	Saarbrücken	FU Berlin
91	Saarbrücken	Köln
92	Saarbrücken	Mannheim
93	Saarbrücken	Mainz
94	Saarbrücken	Trier
95	Trier	Bonn
96	Trier	Frankfurt
97	Trier	Köln
98	Trier	Münster
99	Trier	Mainz
100	Tübingen	Bonn
101	Tübingen	Bochum
102	Tübingen	Hannover
103	Tübingen	Bremen
104	Tübingen	Hamburg
105	Tübingen	Uni Kiel
106	Tübingen	Münster
107	Würzburg	Frankfurt
108	Würzburg	Hamburg
109	Würzburg	Mainz

Pharmazie

Erstsemester

	von	nach
1	FU Berlin	Bonn
2	FU Berlin	Düsseldorf
3	FU Berlin	Frankfurt
4	FU Berlin	Freiburg
5	FU Berlin	Heidelberg
6	FU Berlin	Hamburg
7	FU Berlin	Uni Kiel
8	FU Berlin	Marburg
9	FU Berlin	Münster
10	FU Berlin	Saarbrücken
11	Frankfurt	Heidelberg
12	Frankfurt	Tübingen
13	Regensburg	Erlangen
14	Regensburg	Münster
15	Regensb.	Uni München
16	Regensburg	Tübingen
17	Würzburg	Uni München
18	Würzburg	Regensburg

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

RALLYE

Erfolg von Röhrl trotz Reifenpanne

dpa/sid, Landshut

Tausende von Zuschauern sahen bei der Drei-Städte-Rallye durch Niederbayern und die Oberpfalz einen großartigen Walter Röhrl. Mit Ausnahme einer Prüfung dominierte der zweimalige Weltmeister mit seinem Beifahrer Christian Geistdörfer auf Audi Quattro Sport in allen Wertungsprüfungen. Walter Röhrl, der am Freitag eine Reifenpanne erlitten hatte und kurzzeitig die Führung an Harald Demuth auf Audi Quattro abgeben mußte, driftete wie auf Schienen über die Schotterpisten im Bayerischen Wald.

Für den Regensburger Röhrl war es der einzige offizielle DM-Start in diesem Jahr. Bei der Hunsrück-Rallye im September war er als nicht gewerteter sogenannter Vorwagen gestartet, um den neuen 500 PS starken Audi Quattro Sport unter Wettbewerbsbedingungen zu testen.

Am Start zur zweiten Schleife in Richtung Regensburg waren noch 103 Teams. Nur 31 hatten den ersten Tag nicht überstanden. Prominenteste Ausfälle waren Freddy Kottulinsky (Schweden), Jouko Saarinen (Finnland), Erik Johannson (Schweden) und Reinhard Schülein (Fürth). Während die Quattro-Konkurrenten Röhrl und Demuth überlegen führten, gab es auf den Positionen drei bis zehn heftige Kämpfe. Bei der Wertungsprüfung im Kalkwerk Büchel (Regensburg) erwischte es auf Schotter den bis dahin Drittplazierten Manfred Hero (Schmelz) mit seinem Porsche, der Probleme mit dem Motor bekam und erst nach halbstündiger Reparatur die Fahrt wieder aufnehmen konnte. In einer beachtlichen Verfolgungsjagd arbeitete sich der deutsche Rallye-Vizemeister wieder auf den siebten Platz vor.

Eine erfreuliche Leistung bot der Opel-Nachwuchsfahrer Karl-Friedrich Beck (Albstadt), der Vierter wurde und im Endklassement der Deutschen Meisterschaft Rang fünf belegte. Beck gilt in Fachkreisen als Entdeckung der Saison.

Kuriosum am Rande: Die Drei-Städte-Rallye erlebte zwischen den Wertungsprüfungen 15 und 16 eine Hochzeit. Das Rallye-Feld mußte sich geschlossen hinter einen Bauernhochzeitszug einreihen, was 30 Minuten Verzögerung zur Folge hatte.

FORMEL 1 / Porsche und die Weltmeisterschaft

Warum sich der Araber Mansour Oijeh über die Deutschen ärgert

DW. Estoril

Am 2. Juli 1961 siegte der Amerikaner Dan Guerney beim Großen Preis von Frankreich auf einem Porsche-Formel-Rennwagen mit Porsche-Motor. Das war, für 22 Jahre, der letzte Auftritt des Hauses Porsche im Grand-Prix-Sport. Gestern gewann das englische McLaren-Team mit Hilfe eines Porsche-Turbomotors die Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 (das Ergebnis der Fahrer-Weltmeisterschaft lag noch nicht vor).

Von August 1981 bis zum Oktober 1984 dauerte es, bis der Turbomotor aus Weissach zum Weltmeister-Aggregat wurde. Es waren die McLaren-Direktoren Ron Dennis und John Barnard, die am 26. August 1981 im Porsche-Versuchszentrum Weissach vorstellig wurden und um die Entwicklung eines Turbo-Motors für ihren Rennwagen baten. Der Zigarettenhersteller Marlboro, Hauptgeldgeber des McLaren-Teams, stellte damals 900 000 Mark zur Verfügung. Am 12. November 1981 wurde der Vorvertrag zwischen McLaren und Porsche abgeschlossen. Inhalt: Es sollte ein Sechs-Zylinder-Motor konstruiert werden. Wegen der thermischen Belastung wurde die V-Form gewählt, weil sich die Hitze im Gegensatz zum Reihenmotor auf zwei Motorseiten verteilen läßt.

Im Mai 1982 stand das Konzept. Doch McLaren hatte kein Geld mehr. Ron Dennis sah sich nach einem neuen Geldgeber um und fand ihn in der arabischen Firma TAG (Techniques d'Avant-Garde). TAG ist ein Mischkonzern, der Erdölvorkommen erschließt, mit Elektronik, Waffen, Werkzeugmaschinen und Flugzeugen handelt, der Hotels und landwirtschaftliche Betriebe besitzt und technische Entwicklungsarbeiten in arabischen Ländern vermittelt. Die Araber sollen rund 24 Millionen Mark in das Porsche-Projekt gesteckt haben. So wurde denn aus dem eigentlichen Porsche-Motor ein TAG-Turbo. Mansour Oijeh, der 33jährige Direktor von TAG, ärgert sich, daß in Deutschland diese Bezeichnung in der Presse hartnäckig verschwiegen wird. Oijeh: „Alle halten sich an die Bezeichnung TAG, nur die Deutschen nicht."

Zurück zur Entwicklung des Triebwerkes: Acht Konstrukteure, drei Versuchsingenieure und acht Mechaniker unter der Aufsicht von Projektleiter Hans Mezger (54) begannen in Weissach 1982 mit der Konstruktion. Am 18. Dezember 1982 wurde der erste vollständige Turbo-Motor auf dem Prüfstand gezündet. Porsche schweigt über die tatsächliche Motorleistung. Es wird geschätzt, daß dieses Triebwerk kurzzeitig bis zu 800 PS entwickeln kann.

Anfang Mai 1983 wurde der Motor in einen Rennsportwagen, einen Porsche 956, versuchsweise installiert. Am 29. Juni 1982 testete der damalige McLaren-Pilot John Watson das Triebwerk zum erstenmal in einem Formel-1-Rennwagen von McLaren. Watson war begeistert, denn noch nie habe er zuvor in einem Auto soviel Kraft verspürt. Dann kam im August 1983 der erste Renneinsatz beim Großen Preis von Holland. Der Österreicher Niki Lauda, der die Entwicklung des Motors maßgeblich mit vorangetrieben hat, tastete sich mühselig von Rennen zu Rennen voran. Er sagte damals: „Es ist eine schwere Arbeit, bei der ich meinen ganzen Humor brauche."

Inzwischen ist der Porsche-Motor zum erfolgreichsten Formel-1-Triebwerk geworden, bereits in seiner ersten vollständigen Saison lief es problemlos, und die Konkurrenz fand, der McLaren-Porsche sei geradezu das Auto einer anderen Ära. Die TAG-Direktoren hatten ursprünglich daran gedacht, den von Porsche entwickelten Motor künftig auch anderen Teams in der Formel-1 zum Stückpreis von rund 160 000 Mark anzubieten. Doch nun will man das nicht mehr. Wenn das Triebwerk wirklich einmal zum freien Verkauf anstehen sollte, dann nicht für den Rennbetrieb, sondern eventuell für Hubschrauber oder landwirtschaftliche Fahrzeuge.

Porsche-Sprecher Manfred Jantke zur WELT: „Es ist ganz klar, daß man ein so hervorragendes und erfolgreiches Projekt nicht der Konkurrenz anbietet. Aber das konnte man von Anfang an ja nicht wissen."

Freilich: Nur geringfügige Änderungen an diesem Motor könnten aus dem TAG-Aggregat wieder einen Porsche-Turbo machen. Der wäre dann zum Verkauf frei.

TENNIS / Catarina Lindqvist gewann Turnier von Filderstadt. WELT-Interview mit Claudia Kohde



Der stolze Vater und seine glückliche Tochter: Peter Graf nimmt Steffi nach ihrem Sieg im Halbfinale in die Arme. Die 15 Jahre alte Steffi Graf dürfte in der Weltrangliste einen großen Sprung nach vorne machen, obwohl sie das Finale verlor. FOTO: JOHANNES KÖSEGI

Wunderkind Steffi im Finale nervös und müde

dap/sid, Filderstadt

Steffi Graf hat es (noch) nicht geschafft. Die erst 15 Jahre alte Heidelbergerin unterlag im Finale des Tennis Grand Prix-Turniers der Damen in Filderstadt der Schwedin Catarina Lindqvist mit 1:6, 4:6. Gegen die sechs Jahre ältere aus einem Vorort von Malmö stammende Schwedin hatte sie keine Chance. In nur 49 Minuten war das Match vor ausverkauftem Haus zu Ende. Catarina Lindqvist tritt damit die Nachfolge von Tracy Austin und Martina Navratilova an. Die beiden Amerikanerinnen hatten die bisherigen Veranstaltungen vier- bzw. zweimal gewonnen.

„Noch vor einer Woche hätte ich von so etwas nicht zu träumen gewagt", sagte die Blondine, die zuvor durch Erfolge bei wesentlich schwächer besetzten Veranstaltungen auf sich aufmerksam gemacht hatte. Allerdings hat sie durch ihre Beständigkeit einen Sprung um 90 Plätze auf Rang 24 in der Weltrangliste gemacht.

Auf dem Weg in das Endspiel hatte Steffi Graf unter anderen Andrea Temesvari (Ungarn), Claudia Kohde (Saarbrücken) und im Halbfinale Andrea Leand (USA) ausgeschaltet. Catarina Lindqvist, die genau wie ihre Gegnerin noch nie im Endspiel eines Grand Prix-Turniers stand, hatte mit Petra Keppeler aus Augsburg und Bettina Bunge (Cuxhaven) zwei weitere deutsche Spielerinnen aus dem Turnier geworfen und sich im Halbfinale gegen die 17jährige Amerikanerin Terry Phelps durchgesetzt. Die 24. der Weltrangliste, die in diesem Jahr um 99 Plätze nach oben kletterte, kassierte für ihren Sieg 28 000 Dollar. Für Steffi Graf bleibt immerhin die Hälfte, das höchste Preisgeld ihrer Karriere.

Nachdem Steffi Graf im ersten Satz gegen die fast fehlerlos spielende Schwedin sehr nervös, zeitweise deprimiert, ja sogar hilflos wirkte, kam sie im zweiten Durchgang nach einem 1:4-Rückstand doch noch besser ins Spiel. Sie kämpfte sich bis auf 4:4 heran, gab dann aber das entscheidende Spiel zum 4:5 bei eigenem Aufschlag ab. Den ersten Matchball konnte sie zwar noch abwehren, dann aber stand der Sieg der Schwedin fest. Steffi Graf war nach den schweren Spielen dieser Woche offensichtlich zu müde, um ernsthaften Widerstand zu leisten.

Ihr Vater, der sie auch trainiert, hatte bereits am Abend vorher prophezeit: „Die Steffi ist kaputt, ich glaube kaum, daß sie es schafft."

„Ich wünsche mir eine umfassende Betreuung"

H. J. POHMANN, Filderstadt

Das Turnier von Filderstadt hat einmal mehr bewiesen, daß die deutschen Damen – im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen – im internationalen Tennis-Geschäft eine feste Größe sind. Steffi Graf, die das Finale erreicht hatte, gesellt sich wohl bald zu Claudia Kohde, Sylvia Hanika, Bettina Bunge und Eva Pfaff, die in der Weltrangliste noch vor ihr liegen.

Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) könnte nach den USA wohl die stärkste Nationalmannschaft stellen. Doch immer dann, wenn es um den Einsatz beim Federations-Cup, der Mannschafts-Weltmeisterschaft, geht, gibt es Ärger zwischen den Damen und dem Verband.

Ein Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen zwischen Claudia Kohde und dem DTB in diesem Jahr. Die WELT sprach mit der Spielerin, die einen Platz unter den besten Zehn der Welt erreicht hat, nach ihrem Ausscheiden gegen Steffi Graf im Viertelfinale.

Das Interview mit der noch immer stärksten deutschen Spielerin (trotz ihrer Niederlage gegen Steffi Graf) zeigt auf, daß es zwischen dem Verband und den Aktiven allzuoft Mißverständnisse gibt, die dazu führen, daß sich abwechselnd beide Seiten ungerecht und schlecht behandelt fühlen.

WELT: Filderstadt war das erste Turnier für Sie seit den Offenen Meisterschaften der USA, Ende August in Flushing Meadow. Ist die sechswöchige Pause nicht zu lange gewesen?

Kohde: Einmal im Jahr muß eine lange Pause sein. Das Hauptgewicht in der Saison liegt auf den drei Grand-Slam-Turnieren Wimbledon, Paris und den US-Open. Schon alleine deswegen ist eine Erholungsphase notwendig, besonders nach den knüppelharten Zementböden, auf denen in den USA gespielt wird.

WELT: Wie haben Sie die Pause genutzt?

Kohde: Zum Abschalten vom Tennis habe ich drei Wochen keinen Schläger in die Hand genommen. In dieser Zeit war ich in meiner Wohnung in Monte Carlo und habe die Annehmlichkeiten der Côte d'Azur genossen. Einmal jedoch hat mich Michael Schanze zu einem Jux-Einzel überredet. Auch so etwas gehört zur Erholung.

WELT: Hat er Sie auch ins Casino gezogen?

Kohde: Ich liebe das Risiko und besuche deshalb von Zeit zu Zeit die Spieltische recht gerne. Mein Einsatz beläuft sich jedoch immer nur auf höchstens 100 Mark. Denn letztendlich verdiene ich mein Geld zu hart, um es leichtfertig beim Spielen wieder auszugeben.

WELT: Wie haben Sie sich auf die jetzt beginnende europäische Turnier-Serie vorbereitet?

Kohde: Ich habe in den letzten Wochen mit dem Verbandstrainer des Saarländischen Tennis-Bundes, Eduard Samuel, hart gearbeitet. Die letzten fünf Tage trainierte auch Bettina Bunge mit, die überraschend aus Los Angeles nach Saarbrücken kam.

WELT: Wie sieht denn ein Trainingstag bei Ihnen aus?

Kohde: Ich arbeite morgens zwei Stunden an meiner Technik und nachmittags spiele ich ein Match gegen verschiedene Regional-Spieler. Fast täglich kommt dann noch mindestens eine Stunde Konditionstraining mit Schwerpunkt auf Beweglichkeit und Schnelligkeit hinzu.

WELT: Wer betreut Sie denn bei den Turnieren?

Kohde: Im persönlichen Bereich bin ich zufrieden, wenn jemand aus der Familie dabei ist. Das ist besonders wichtig bei Niederlagen, wenn man jemanden hat, der zu mir hält und mich wieder aufrichtet. Mein Vater und meine Mutter wechseln sich dabei regelmäßig ab. Im Tennis-Bereich bin ich sehr froh, wenn ein guter Trainer, sprich Fachmann, dabei ist. In Filderstadt hatte ich das Glück, daß Eduard Samuel vom Verband eine Woche freigestellt worden ist und mich betreuen konnte.

WELT: Vermissen Sie nicht einen Coach, der ständig mit Ihnen herumreist, so wie es bei zahlreichen Spielerinnen der Weltklasse ist?

Kohde: Das wäre für mich nicht gut. Ich kann nicht das ganze Jahr mit einem Trainer arbeiten, dazu bin ich zu sehr Individualist. Ideal wäre es, wenn ein Trainer die Hälfte der Turniere dabei wäre, und ich auf den verbleibenden Veranstaltungen alleine auf mich angewiesen bin. Bei den Grand-Slam-Turnieren allerdings wünsche ich mir sehnlichst eine optimale Betreuung durch einen guten Trainer.

WELT: Wie sah denn zum Beispiel Ihre Betreuung bei den US-Open aus?

Kohde: In New York war ich mit meinem Vater, aber ohne Trainer. Das gab mir Anlaß, die Französinnen, Engländerinnen, Schwedinnen und zahlreiche andere zu beneiden, die jeweils von gesamten Trainerteams betreut und eingestellt worden sind. Es macht mich nachdenklich, daß ausgerechnet der größte Tennis-Verband der Welt bei dem größten Turnier der Welt durch keinen Trainer vertreten wurde.

WELT: Wie ist eigentlich heute Ihr Verhältnis zum Deutschen Tennis-Bund, nachdem es ja im Sommer einige Unstimmigkeiten mit dem Verband gab?

Kohde: Ich habe sozusagen überhaupt kein Verhältnis zum Verband, weil ich scheinbar Luft für ihn bin. Dabei bin ich eine leidenschaftliche Mannschaftsspielerin und habe immer sehr gerne in allen Auswahlmannschaften des DTB gespielt, von der Bambino-Mannschaft bis hin zum Federation-Cup. Was die Unstimmigkeiten anbelangt, so bin ich sehr enttäuscht, daß der DTB die Gründe, warum ich keinen Federation-Cup spielte, falsch dargestellt hat. Ganz kurz, der Sportdirektor Günter Sanders hat mir und meinem Vater unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ich mit dem von mir benutzten Schläger (Wilson, die Firma gehört nicht dem DTB-Pool an; die Redaktion) nicht für den DTB starten kann. Und zweitens, seit 1980 wurde das von den Sponsoren ausgeschriebene Preisgeld für den Federation-Cup unter den Spielerinnen aufgeteilt. Dazu zahlte der DTB-Pool jeweils ein Startgeld und Siegesprämie. In diesem Jahr sollte das Preisgeld des Sponsors nicht an die Spielerinnen, sondern an den DTB zur Abdeckung finanzieller Lücken im Sportbereich des Verbandes gehen. Das war für mich nicht annehmbar. Ich nehme es daher der Sportführung des DTB übel, daß man in der Öffentlichkeit mein Nichtantreten entgegen der Wahrheit mit überhöhten finanziellen Forderungen begründet hat. Ich auf jedenfall hatte dem DTB mitgeteilt, daß ich zu den finanziellen Bedingungen spielen würde, die mir der Verband bereits im Vorjahr angeboten hat.

WELT: Bedeutet dies, daß Claudia Kohde auch in Zukunft nicht mehr für den DTB startet?

Kohde: Nein. Ich spiele viel zu gerne für Deutschland. Ich warte jedoch auf ein Angebot, dies soll nicht finanzieller Art sein. Der DTB muß jedoch das Schlägerproblem lösen, und darüber hinaus wünsche ich mir eine umfassende Betreuung bei den Grand-Slam-Turnieren. Denn letztendlich wird das Image des deutschen Tennis-Sports durch Erfolge deutscher Spieler auf diesen Turnieren am stärksten geprägt.

HOCKEY / Gute Leistungen zum 60. Geburtstag des Weltverbandes

Michael Peters letzter großer Sieg

sid/dpa, Brüssel

In seinem letzten Länderspiel feierte Hockey-Nationalspieler Michael Peter einen letzten großen Sieg. Mit 4:2 bezwang die deutsche Mannschaft Olympiasieger Pakistan und revanchierte sich damit für die 1:2-Niederlage im olympischen Endspiel.

Carsten Fischer (16. Minute), Volker Fried (27.) sowie der erst in der 50. Minute eingewechselte Kölner Joachim Hürter (61. und 68.) erzielten die Tore. Das Spiel litt stark unter den äußeren Bedingungen: Dauerregen machte den Kunstrasen fast unbespielbar, viele Aktionen wurden ausschließlich vom Zufall bestimmt. Vor diesem Hintergrund wollte Bundestrainer Klaus Kleiter das Ergebnis nicht überbewerten: „Der Erfolg freut mich zwar, aber abgerechnet wurde schon in Los Angeles und dort haben wir nun mal verloren."

Ähnlich äußerte sich auch Uschi Keimer, die Betreuerin der deutschen Frauen-Mannschaft, die unmittelbar zuvor ein 1:1-Unentschieden gegen Olympiasieger Holland erreicht hatte: „Unser Ehrgeiz, gut auszusehen, war sicherlich größer als der bei den Holländerinnen, die ja nun schon alles gewonnen haben."

Die Möglichkeit für diese sogenannte Olympia-Revanche bot sich den deutschen Mannschaften aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen des Welthockey-Verbandes (FIH) in Brüssel.

Nach einer langen Saison verabschiedeten sich in den letzten Länderspielen des Jahres gleich acht Nationalspieler. Als einziger Mann beendet der 38jährige Heidelberger Michael Peter seine internationale Laufbahn. In 16 Jahren bestritt er 261 Länderspiele und erlebte seinen sportlichen Höhepunkt 1972 mit dem Gewinn der olympischen Goldmedaille.

Vor einem Neuaufbau steht die Frauen-Nationalmannschaft, aus der sich jetzt sieben Spielerinnen zurückziehen. Die Berliner Spielmacherin Christina Moser wird ihre Entscheidung erst in einigen Tagen fällen. Folgende Spielerinnen jedoch bestritten in Brüssel ihr letztes Länderspiel: Elke Drüll (Neuss), Birgit Hahn (München), Andrea Lietz-Weiermann, Corinna Lingnau (beide Leverkusen), Martina Koch, Siegried Landgraf (beide Hanau) und die Kölner Rekord-Nationalspielerin Birgit Hagen, die in ihrem 145. Länderspiel das Tor für die deutsche Mannschaft erzielte.

Während des FIH-Kongresses in Brüssel wurde der Präsident des Deutschen Hockey-Bundes Jürg Schaefer (Frankfurt) zu einem der zehn Vizepräsidenten des Weltverbandes gewählt.

FUSSBALL / Die Krisenstimmung beim Hamburger SV wächst. In Dortmund droht Timo Konietzka und Tippenhauer die Entlassung

Die Statistik des neunten Spieltages

ERGEBNISSE

München – Frankfurt	4:2	(3:0)
Dortmund – Karlsruhe	0:2	(0:0)
Köln – Düsseldorf	4:2	(1:1)
Bremen – Hamburg	5:2	(1:1)
Bielefeld – M'gladbach	3:3	(1:1)
Stuttgart – Mannheim	3:0	(1:0)
Braunschweig – Bochum	1:3	(1:1)
K'lautern – Leverkusen	3:3	(1:2)
Uerdingen – Schalke	1:1	(1:0)

DIE SPIELE

München – Frankfurt 4:2 (3:0)

München: Aumann – Augenthaler – Dürnberger, Eder – Dremmler, Matthäus, Lerby (82. Martin), Nachtweih, Willmer – Rummenigge (74. Hoeneß), Wohlfarth. – **Frankfurt:** Pahl – Kroth – Sievers (60. Tobollik), Körbel – Trieb, Kraaz, Berthold, Mohr, Falkenmayer – Müller, Svensson. – **Tore:** 1:0 Wohlfarth (9.), 2:0 Rummenigge (38.), 3:0 Wohlfarth (42.), 3:1 Berthold (48.), 4:1 Matthäus (82.), 4:2 Kroth (86.).

Bielefeld – M'gladbach 3:3 (1:1)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe, Büscher – Pohl, Foda, Borchers, Rautiainen (51. Pater) – Reich, Westerwinter (77. Butz). – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Frontzeck, Borowka, Herbst (74. Hannes) – Krauss, Drehsen, Rahn, Lienen – Mill (67. Herlovsen), Criens. – **Tore:** 1:0 Borchers (30.), 1:1 Bruns (32.), 1:2 Krauss (47.), 2:2 Reich (54.), 2:3 Lienen (70.), 3:3 Reich (85.).

Braunschweig – Bochum 1:3 (1:1)

Braunschweig: Josef – Pahl (57. Brügmann) – Geiger, Bruns, Scheike – Tripbacher, Gorski, Hintermaier (87. Berg), Lux – Plagge, Worm. – **Bochum:** Zumdick – Tenhagen – Bönighausen, Knüwe, Lameck – Kühn (54. Pickenäkker, 67. Kree), Wölk, Oswald, Schulz – Kuntz, Fischer. – **Tore:** 1:0 Geiger (28.), 1:1 Fischer (35.), 1:2 Kuntz (48.), 1:3 Tenhagen (81.).

Bremen – Hamburg 5:2 (1:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Okudera, Kutzop, Otten – Sidka, Möhlmann, Meier – Reinders (46. Hermann), Neubarth, Völler. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Kaltz, Hofmeister, Wehmeyer – Soler, Schuhmann, Magath, Rolff – von Heesen, McGhee. – **Tore:** 0:1 von Heesen (43.), 1:1 Reinders (43.), 2:1 Völler (54.), 3:1 Neubarth (65.), 4:1 Meier (66.), 5:1 Völler (83.), 5:2 Kaltz (88.).

Dortmund – Karlsruhe 0:2 (0:0)

Dortmund: Immel – Rüßmann – Egli, Storck – Zorc, Anderbrügge, Pagelsdorf (65. Wegmann), Schüler, Bittcher (46. Simmes) – Dreßel, Klotz. – **Karlsruhe:** Fuhr – Theiss – Roth, Boysen – Löw, Keim, Dittus, Becker, Nadu – Günther, Künast. – **Tore:** 0:1 Günther (47.), 0:2 Löw (68.).

K'lautern – Leverkusen 3:3 (1:2)

K'lautern: Ehrmann – Bold – Moser, Dusek – Melzer, Geye, Brehme – Trunk, Hübner, Allofs (72. Mohr), Kitzmann (84. Eilenfeldt). – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Geschlecht, Bast, Reinhardt, Gelsdorf – Röber, Winklhofer – Schreier (84. Wojtowicz), Waas, Cha. – **Tore:** 1:0 Bold (3.), 1:1 Röber (18.), 1:2 Waas (33.), 1:3 Röber (62.), 2:3 Geye (63.), 3:3 Dusek (74.).

Köln – Düsseldorf 4:2 (1:1)

Köln: Schumacher – Strack – Hünerbach, Steiner – Geils, Lehnhoff (65. Hartmann), Hartwig, Bein, Engels – Littbarski, Allofs. – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bunte (54. Kuczinski), Löhr – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend (46. Thiele), Weikl – Edvaldsson, Holmquist. – **Tore:** 0:1 Holmquist (28.), 1:1 Allofs (38.), 2:1 Bein (51.), 3:1 Littbarski (56.), 4:1 Allofs (71.), 4:2 Hartwig (80., Eigentor).

Stuttgart – Mannheim 3:0 (1:0)

Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, K.-H. Förster – B. Förster, Niedermayer, Kempe, Allgöwer, Müller – Claesen (78. Reichert), Klinsmann. – **Mannheim:** Pradt – Sebert – Tsionanis, Schlindwein – Dickgießer, Scholz, Hein, Schön, Heck (58. Rombach) – Bührer, Remark (58. Walter). – **Tore:** 1:0 Klinsmann (24.), 2:0 Klinsmann (57.), 3:0 Reichert (88.).

Uerdingen – Schalke 1:1 (1:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, Brinkmann (67. Thomas), van de Loo – Klinger, W. Funkel, F. Funkel, Raschid – Schäfer, Gudmundsson (71. Feilzer). – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper, Jakobs, Dierßen, Opitz (85. Kruse), Memering (68. Berge), Thon – Schatzschneider, Täuber. – **Tore:** 1:0 Gudmundsson (30.), 1:1 Dierßen (75.).

VORSCHAU

Freitag, 26. Oktober, 20 Uhr:

Karlsruhe – K'lautern	(–:–)
Bochum – Bielefeld	(2:3)

Samstag, 27. Oktober, 15.30 Uhr:

Hamburg – Uerdingen	(2:2)
Düsseldorf – Stuttgart	(3:0)
Leverkusen – Braunschweig	(3:0)
M'gladbach – Bremen	(3:1)
Schalke – München	(–:–)
Frankfurt – Köln	(0:2)
Mannheim – Dortmund	(4:1)

Ernst Happel verzichtete sogar aufs Kartenspiel

WOLFGANG HERBST, Hamburg

17 Stunden nach der 2:5-Katastrophe des Hamburger SV gegen den SV Werder Bremen vor 35 100 Zuschauern: Die Spieler aus Hamburg gehen ihrer Trainingsarbeit nach als sei nichts geschehen. Auffallend nur, daß sich Trainer Ernst Happel um die jüngeren Spieler Hofmeister, Steffen und Schuhmacher kümmert. Denn er braucht sie am Mittwoch im UEFA-Cup-Hinspiel gegen ZSKA Sofia. Wehmeyer ist nach zwei gelben Karten gesperrt, der Einsatz der verletzten Schröder und Milewski ist nach wie vor fraglich.

Wenn überhaupt bei Ernst Happel ein Zustand der Erregung nach der schlimmsten HSV-Niederlage der letzten Jahre – am 28. März 1981 gab es in Dortmund gleich ein 2:6 – nach dem Spiel in Bremen zu registrieren war, dann unmittelbar nach der Abfahrt des Mannschaftsbusses vom Weser-Stadion. Der Hamburger Trainer wirkte aufgebracht und verzichtete erst einmal auf die schon traditionelle Karten-Partie mit Zeugwart Emil Thomescheit. Was schon etwas heißen will.

Den Grund für Happels große Verärgerung hatte die Mannschaft geliefert. Was den Wiener besonders getroffen hat, war die Tatsache, daß das 2:5 von Bremen kein einmaliger Ausrutscher gewesen war. Schon in Braunschweig vor zwei Wochen hatte die HSV-Elf nach einem 1:2-Rückstand so undiszipliniert gespielt, daß es statt der 1:3-Niederlage auch ein 1:6 beim Tabellenletzten hätte geben können.

Braunschweigs Kapitän Ronnie Worm hatte sich damals gewundert: „Die Hamburger haben sich ja gar nicht mehr richtig gewehrt." Und HSV-Torhüter Uli Stein, der morgen 30 wird: „Es ist schlimm, hinter einer solchen Abwehr zu stehen." In Bremen aber sagte Stein nichts mehr. Vermutlich deshalb, weil er bei zwei Treffern Werders nicht gerade unschuldig war. „Heute hält er ja wenigstens seine große Klappe", bemerkte dazu ein Mitspieler.

Da hat Spielmacher Felix Magath schon ganz andere Sorgen. Mit der Leistung ist es im Augenblick nicht zum Besten bestellt, und eine Kolumne vom Vereinskollegen Willi Schulz wird seine empfindsame Seele getroffen haben. „Magath ist als Regisseur nervlich zu labil und zu wenig Egoist."

Unabhängig davon macht die gesamte HSV-Mannschaft den Eindruck, als habe sie abgewirtschaftet, als sei sie überaltert und als habe sie die Regenerierungsphase verpaßt. Tatsache ist, trotz aller großen Erfolge mit drei Meisterschaften und drei zweiten Bundesligaplätzen in den letzten sechs Jahren, daß in der Happel-Ära keine erheblichen Verstärkungen gefunden worden sind. War der Fehleinkauf des Jugoslawen Borisa Djordjevic, vom damaligen Assistenten Ristic empfohlen, schon ein großes Ärgernis, so wurde der Fortgang von Horst Hrubesch nach Lüttich weder von Dieter Schatzschneider noch von Wolfram Wuttke aufgefangen. Schatzschneider ist inzwischen in Schalke, Wuttke ist immer noch kein Stammspieler. Er wird morgen an einer Knochenabsplitterung im Zeh operiert.

Fast drei Millionen Mark hat dieses Trio gekostet. Zu wenig für einen Maradona sicherlich. Aber genug für eine Sturmspitze, damit der Schotte Mark McGhee endgültig unterstützt wird. So sind fünf Tore von von Heesen bisher die einzige positive Bilanz im Angriff.

Und wer den HSV-Nachwuchs, nicht unter 20 versteht sich, betrachtet, muß sich fragen: „Wer hat die Jungen eigentlich getestet?" Von Bundesligatauglichkeit kaum eine Spur. Und weil in der Nachwuchsförderung jahrelang viel zu wenig getan wurde, hat der HSV inzwischen mehr als einen kritischen Punkt erreicht. Weil Versäumtes nicht mehr kaschiert werden kann. Es ist wirklich kein Kunststück mehr, die einst so dominierende Bundesliga-Spitzenmannschaft zu zerlegen. Siehe Bremen.

Die Frage nach der Verpflichtung neuer Spieler, beantwortete Manager Günter Netzer gestern in einem Interview mit dem „Sport-Informations-Dienst" (sid) so: „Das ist kein Thema. Neue Spieler werden erst unter Vertrag genommen, wenn ich selbst auflaufen muß. Durch die Veletzungsserie müssen wir durch. Finanziell können wir uns Neuverpflichtungen überhaupt nicht erlauben. Außerdem müssen die jungen Spieler ihre Chance zur Bewährung bekommen."

Immel denkt an einen neuen Klub: „Ich halte Augen und Ohren offen"

Von ULRICH DOST

Mein Gott", sagte Dortmunds Torwart **Eike Immel** (23) gestern morgen am Telefon, „ich rede schon in der Vergangenheitsform, als sei unser Trainer schon entlassen oder beurlaubt." Es war schon verständlich, daß Immel das Kapitel **Timo Konietzka** (46) nach dem blamablen 0:2 gegen Aufsteiger Karlsruhe schon so gut wie abgeschlossen hatte. Den ganzen Tag über debattierte das Dortmunder Präsidium gestern mit Präsident **Frank Roring** (48), Vize-Präsident **Friedhelm Cramer** (53) und Schatzmeister **Hans Glahn** (47) sowie mit Trainer Konietzka und Manager **Hans-Dieter Tippenhauer** (40), um einen Ausweg aus der Misere zu finden (Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe war noch keine Entscheidung gefallen).

„Wer im Stadion war und sah, was sich dort abspielte", meinte Eike Immel, „der kann nicht glauben, daß es noch die Basis für eine erfolgversprechende Zusammenarbeit gibt." Die Dortmunder Fans haben einen Veitstanz aufgeführt, wie ihn der Klub in seiner 75 Jahre alten Geschichte noch nie erlebt hat. „Vorstand, Trainer, Tippenhauer raus", riefen die Fans, als die Niederlage feststand. Dann wurden sie zynisch und sangen abwechselnd: „So ein Tag, so wunderschön wie heute", oder „Timo, du darfst nicht gehen", und „Timo, wir danken dir." Dann wurden sie hämisch, pfiffen bei jeder Ballberührung eines Dortmunder Spielers und feuerten lauthals die Karlsruher Mannschaft an. Nach dem Spiel traten sie auf dem Weg zum Presseraum in einen Sitzstreik. Konietzka und Tippenhauer erreichten nur unter Mühen und Umwegen sowie den Schutz der Polizei die Pressekonferenz.

*

Von sich aus werde er nicht zurücktreten, hat Konietzka gesagt, aber er weiß, wie es um ihn steht. Zum ersten Mal kam ihm vor zwei Wochen der Gedanke, doch freiwillig den Platz frei zu machen. Konietzka war verärgert und enttäuscht. Das saß besonders tief, weil ihm die Enttäuschung von seinem Freund Tippenhauer zugefügt wurde. Zu einem Zeitpunkt nämlich, als der Klub schon in die Krise schlidderte, hatte Tippenhauer nichts besseres zu tun, als eine Woche Urlaub im Schwarzwald zu machen. Seitdem ist das Verhältnis der beiden merklich abgekühlt. Als „unschlagbare Zwillinge" waren sie aus der Provinz von Bayer 05 Uerdingen in die Großstadt Dortmund gekommen, für Tippenhauer soll sogar eine Ablösesumme von 100 000 Mark gezahlt worden sein.

Schon am Samstag abend hörte sich das, was Konietzka sagte, sehr nach Abschied an: „Das geht unter die Haut. Was ich jetzt erlebe, ist die größte Enttäuschung und die größte Lehre meiner Laufbahn. Nach dem schwachen Saisonstart haben wir uns nicht gefangen und sind verunsichert. Ich selbst kann mir nur vorwerfen, daß wir nicht genug gepunktet haben. Wenn die Fans bei vier Punkten aus neun Spielen verbittert sind, verstehe ich das. Und daß man in solchen Fällen auf den Trainer losgeht, ist normal."

Konkrete Fehler sind dem Trainer,



der in der letzten Saison mit Uerdingen in der Bundesliga für Aufsehen gesorgt hatte, tatsächlich nicht nachzuweisen. Nur viele kleine Mosaiksteinchen zusammengesetzt, ergeben eben auch ein ganzes Bild. Konietzka trainierte zum Beispiel schon morgens um neun Uhr, damit die Spieler nicht zu lange in den Betten lagen. Nur, er hatte nicht berücksichtigt, daß sich die meisten nach dem Training wieder hinlegten. Er hat die Spieler **Lothar Huber** (32), **Ulrich Bittcher** (27) oder **Werner Dreßel** (26) vergrault und sie dann doch (bis auf Huber) wiedergeholt. Vorgehalten wird ihm, er sei auf der Bank zu ruhig, er müßte mehr Einfluß nehmen, die Spieler während des Spiels auch einmal anbrüllen. Alles was bei Uerdingen wegen des Erfolges richtig war, ist in Dortmund plötzlich falsch, weil die Siege ausbleiben.

*

Hätten alle Dortmunder Spieler die Form des Torwarts Eike Immel, dann müßte der Klub eigentlich ganz weit oben stehen. Sofern dies überhaupt geht: Immel hat in dieser Saison ein noch größeres Debakel verhindert. Die WELT sprach mit dem viermaligen Nationalspieler über die Situation in Dortmund.

WELT: Vor der Saison waren die Ziele in Dortmund hoch angesetzt. Vom UEFA-Pokal war die Rede, nun geht es aber darum, den Abstieg zu vermeiden.

Immel: Für mich kann ich heute schon sagen: Diese Saison ist wieder verkorkst. Da brauchen wir nicht drumherum zu reden. Nach oben kommen wir nicht mehr. Jetzt heißt es nur noch, nicht abzusteigen.

WELT: Ein neuer Trainer, ein neuer Manager und die drei neuen Spieler **Andre Egli** (26), **Frank Pagelsdorf** (26) und **Wolfgang Schüler** (26) – hat sich der Verein und die Mannschaft blenden lassen?

Immel: Ganz offensichtlich. Ich selbst habe auch gedacht, diesmal müßten wir oben mitspielen. Doch heute kann ich nur sagen: Die Qualität der Mannschaft wurde einfach überschätzt. Mit dem Spielermaterial ist nicht mehr möglich, trotz der Neuerwerbungen sind wir nicht besser als im letzten Jahr. Wir denken immer nur, wir seien besser, als wir spielen.

WELT: Dafür ist doch aber der Trainer verantwortlich. Hat er Fehler gemacht?

Immel: Das will ich nicht einmal sagen. Er kennt doch das Geschäft. Unser Trainer tut mir sogar leid. Unsere spielerischen Möglichkeiten sind eben nicht allzu groß.

WELT: Sie sind seit Wochen in Form. Diese Ergebnisse aber müssen für Sie doch furchtbar frustierend sein.

Immel: Kurioserweise bin ich in dieser schwachen Mannschaft derzeit tatsächlich in toller Form. Doch wie lange noch? Das hält niemand lange durch. Irgendwann mache ich einen Fehler und dann fange ich auch an zu grübeln wie die anderen, denen das Erfolgserlebnis und daher auch das Selbstvertrauen fehlt.

WELT: Haben Sie schon einmal daran gedacht, den Klub zu verlassen.

Immel: In der letzten Zeit habe ich sogar häufiger mit diesem Gedanken gespielt. Ich halte jedenfalls Augen und Ohren offen. Zum Saisonende läuft mein Vertrag ohnehin aus. Ich will schon zu einem Spitzenklub. In Dortmund passiert mir zu wenig. Ich will nicht 15 Jahre in der Bundesliga spielen, ohne einen Titel gewonnen zu haben. Und außerdem: Stünde ich in München oder Stuttgart im Tor, dann wäre ich längst schon wieder im Kader der Nationalmannschaft. Außerdem rechne ich damit, daß der Klub wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage zwei, drei Spieler verkaufen muß. Da wäre ich bestimmt dabei.



Ein Bild des Jammers und der Verzweiflung auf der Trainerbank: Konietzko, Tippenhauer, Assistent Saftig (von links). FOTO: GEBEL

Klaus Allofs baut seinen Vorsprung weiter aus

							Heim		Auswärts	
1. München	9	8	0	1	23:9	16:2	12:6	8:2	11:3	8:0
2. M'gladbach	9	4	3	2	29:18	11:7	20:7	7:1	9:11	4:6
3. Bremen	9	4	3	2	25:18	11:7	16:8	8:2	9:10	3:5
4. K'lautern	8	3	4	1	16:12	10:6	12:7	8:2	4:5	2:4
5. Leverkusen	9	3	4	2	18:16	10:8	13:8	7:1	5:8	3:7
6. Hamburg	9	3	4	2	15:14	10:8	9:4	6:2	6:10	4:6
7. Frankfurt	9	3	4	2	19:20	10:8	9:3	7:1	10:17	3:7
8. Mannheim	8	3	3	2	9:10	9:7	3:2	4:2	6:8	5:5
9. Stuttgart	9	4	1	4	24:15	9:9	13:7	6:4	11:8	3:5
10. Uerdingen	9	4	1	4	20:16	9:9	12:9	7:3	8:7	2:6
11. Karlsruhe	9	2	5	2	16:18	9:9	7:6	5:3	9:12	4:6
12. Köln	8	3	2	3	18:19	8:8	13:10	6:4	5:9	2:4
13. Bochum	8	2	4	2	13:14	8:8	3:3	3:3	10:11	5:5
14. Schalke	9	2	4	3	17:18	8:10	10:8	5:3	7:10	3:7
15. Düsseldorf	9	2	2	5	18:24	6:12	9:7	5:3	9:17	1:9
16. Bielefeld	9	1	4	4	10:23	6:12	9:15	4:6	1:8	2:6
17. Dortmund	9	2	0	7	10:19	4:14	8:8	4:6	2:11	0:8
18. Braunschweig	9	2	0	7	14:31	4:14	10:8	4:6	4:23	0:8

● Klaus Allofs hat seine Position als erfolgreichster Torschütze ausgebaut. Nach seinen beiden Toren beim 4:2 der Kölner über Düsseldorf führt er in der Torschützenliste mit drei Treffern Vorsprung vor Fischer, seinem Bruder Thomas, Röber, Täuber und Allgöwer, die alle sieben Treffer auf dem Konto haben. – Die 42 Tore des neunten Spieltages bedeuten Saisonrekord. Die Gesamtzahl von 314 Toren liegt deutlich über der des Vorjahres zum gleichen Zeitpunkt (296), obwohl immer noch zwei Spiele nachgeholt werden müssen. Der Kölner Uwe Bein erzielte den 300. Treffer der Saison.

● Eintracht Braunschweig erlitt beim 1:3 gegen den VfL Bochum die 250. Niederlage in der Bundesliga. Borussia Dortmund kassierte schon die dritte Heimniederlage dieser Saison. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres lag Eintracht Frankfurt auf dem letzten Tabellenplatz, hatte aber bereits einen Punkt mehr auf dem Konto als die beiden Kellerkinder Braunschweig und Dortmund. – Den besten Besuch am neunten Spieltag hatte Bayern München (36 000). Mit 201 000 verkauften Karten für fünf Heimspiele führen die Münchner auch souverän in der Zuschauer-Tabelle (vor dem VfB Stuttgart).

VfB STUTTGART / Jürgen Klinsmann, Nico Claesen und Peter Reichert

Der gescheite Trainer Benthaus und das Problem mit seinen Torjägern

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Die Sieger kamen leise. Kein Triumphzug. „Was soll ich erzählen", fragte Jürgen Klinsmann die Reporter, die ihn in die Mitte geschlossen hatten, „was soll ich sagen, ich bin halt zufrieden, daß ich das Tor wieder getroffen habe."

Die Problematik eines jungen Mannes, der den VfB Stuttgart viel Geld gekostet hat, und von dem die Zuschauer viel erwarten. „Wenn ich ein Tor schieße, bin ich zufrieden, wenn nicht, bist du down", sagt er und zuckt mit den Schultern.

Nach dem letzten Spiel, da war Klinsmann down. Gegen Borussia Dortmund hatte er die besten aller Chancen verstolpert. Das Publikum hatte den Bundesliga-Neuling gnadenlos ausgepfiffen. Diesmal, nach seinen beiden Toren gegen Waldhof Mannheim, lief er eine Ehrenrunde, genoß knieend die Ovationen der Fans. Vergessen war das Versagen von gestern.

„Wenn ich auf die öffentliche Meinung gehört hätte, dann hätte ich den Jürgen Klinsmann gar nicht bringen dürfen", erklärte Trainer Benthaus. Der neue Stürmer vom Lokalrivalen aus der zweiten Liga gilt als Liebling des Trainers. Und auch Nico Claesen, vor der Saison für 1,1 Millionen Mark als belgischer Torschützenkönig nach Stuttgart geholt, hat bei Benthaus offensichtlich einen ganz großen Stein im Brett.

Claesen hatte am Samstag einen ganz schwarzen Tag erwischt, vergab glasklare Möglichkeiten. Trotzdem dauerte es bis zur 78. Minute, ehe Benthaus den belgischen Mittelstürmer durch Peter Reichert ersetzte.

Reichert wurde vom Publikum mit großem Beifall begrüßt und nach seinem Treffer zum 3:0 stürmisch gefeiert. Der Torschützenkönig des Meisterjahres besitzt beim Volk nach wie vor riesigen Kredit, auch wenn ihn Benthaus überhaupt nicht mag. In Leserbriefen in der Lokalpresse hatten sich Anhänger für ihn stark gemacht, und Reichert hatte bis zum Samstag morgen gehofft, endlich wieder einmal von Anfang an dabei zu sein. Vor allem, nachdem sein Konkurrent auf dem Rasen, Jürgen Klinsmann, in einer Krise zu stecken schien.

Reicherts Tor war wie Salbe auf eine brennende Wunde. Doch den Triumph über den Trainer, der ihn nicht mag, konnte er sich auch nicht sofort von der Seele reden. Immerhin hatte ihm ein Interview in den „Stuttgarter Nachrichten" („Der Trainer redet überhaupt nicht mit mir") vor ein paar Wochen schon eine Abmahnung durch den Verein eingebracht.

„Ich kann nicht verstehen, daß ich nicht nominiert werde", sagt er, „und die Rolle des Jokers ist die allerschlimmste, die es gibt." Und obwohl er nun wirklich bewiesen hat, daß er zu mehr taugt als nur zum Ersatzmann, verdrängt er vorerst noch die Hoffnung auf bessere Zeiten. Nein, er glaube nicht, daß er nächste Woche schon mit dem Anpfiff seine Chance bekomme.

Ob er's nicht doch einmal mit einem Gespräch beim Trainer versuchen wolle, rieten ihm ein paar Reporter. „Der redet dich doch unter den Tisch", schlug Reichert den Rat gleich aus. Aber sie haben doch Abitur? „Das reicht nicht", kontert Reichert, „der Trainer hat studiert, ist uns allen verbal überlegen."

Der gescheite Benthaus und sein Problem mit den Torjägern. Er besitzt drei, aber zwei haben in seinem System nur Platz. Einer wird sich also immer ungerecht behandelt fühlen. Und deshalb wird es in Stuttgart noch öfters Zank geben.

Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder verglich seinen Klub mit einem „Gärtnermeister", der die „Waldhof-Buben" mit einer großen scharfen Schere zurechtgestutzt habe. Der Präsident spottete: „Schlappis überschießenden Triebe wurden zurückgeschnitten."

Trotz solcher botanischen Fähigkeiten wachsen eben auch in Stuttgart die Bäume noch nicht in den Himmel. Mit 5:1 Punkten aus den letzten fünf Spielen ist zwar ein Aufwärtstrend sichtbar, doch die Verteidigung des Titels ist noch immer kein Thema, in der Vorrunde zumindest auf keinen Fall.

2. Liga

DW. Bonn

Einen Rückschlag erlitt die Mannschaft von Union Solingen beim 1:3 im Heimspiel gegen Homburg. Die Solinger verpaßten es, die Spitze zu übernehmen.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Wattenscheid – Kassel	3:2	(1:1)
Aachen – Hertha BSC	3:0	(1:0)
Offenbach – Freiburg	2:1	(0:0)
Ulm – Darmstadt	1:1	(1:0)
Bürstadt – Stuttgart	2:0	(1:0)
St. Pauli – Nürnberg	2:0	(0:0)
Oberhausen – Hannover	1:1	(1:0)
Saarbrücken – Köln	6:1	(2:0)
BW Berlin – Duisburg	3:0	(1:0)
Solingen – Homburg	1:3	(0:1)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Hannover	11	7	2	2	23:16	16:6
2.Wattenscheid	11	7	2	2	19:14	16:6
3.Saarbrücken	11	6	3	2	26:13	15:7
4.Aachen	11	6	3	2	23:13	15:7
5.Solingen	11	7	1	3	22:17	15:7
6.Hertha BSC	11	6	2	3	20:17	14:8
7.Bürstadt	12	6	1	5	22:16	13:11
8.Nürnberg	12	6	1	5	21:18	13:11
9.Offenbach	12	5	3	4	18:16	13:11
10.Kassel	11	4	4	3	21:20	12:10
11.Ulm	12	5	2	5	22:21	12:12
12.Homburg	11	5	1	5	20:19	11:11
13.Köln	11	3	3	5	18:23	9:13
14.Freiburg	11	3	2	6	12:16	8:14
15.Oberhausen	11	3	2	6	17:23	8:14
16.Darmstadt	11	2	4	5	14:21	8:14
17.Stuttgart	11	3	1	7	13:20	7:15
18.St. Pauli	11	3	1	7	15:23	7:15
19.BW Berlin	11	3	1	7	15:27	7:15
20.Duisburg	11	1	3	6	14:27	5:17

DIE VORSCHAU

Freitag, 26. Oktober, 20 Uhr: Duisburg – St. Pauli. – **Samstag, 27. Oktober, 15 Uhr:** Stuttgart – Saarbrücken, Freiburg – BW Berlin, Homburg – Bürstadt. – **15.30 Uhr:** Hertha BSC – Wattenscheid, Nürnberg – Oberhausen, Hannover – Aachen. – **Sonntag, 28. Oktober, 15 Uhr:** Köln – Offenbach, Darmstadt – Solingen, Kassel – Ulm.

SCHACH / WM

Remis nach 93 Zügen

LUDEK PACHMAN, Bonn

In der bisher längsten Partie der Schach-Weltmeisterschaft rettete Herausforderer Garri Kasparow ein Remis gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow. Erst nach 93 Zügen willigte der Weltmeister, der seinen Gegner offenbar etwas verärgern wollte, in das Unentschieden ein, das schon lange zuvor festgestanden hatte. Kasparow wählte in dieser 15. Partie eine recht ungewöhnliche Taktik: Er verteidigte sich mit derselben Variante, mit der bisher der Weltmeister selbst erfolgreich war. Falls Kasparow die Methoden seines Gegners studieren wollte, hätte er vielleicht konsequent bleiben und nicht im 12. Zug abweichen sollen.

Die Notation (Weiß Karpow, Damenindisch): 1.Sf3 Sf6, 2.c4 b6, 3.d4 e6, 4.g3 La6, 5.b3 Lb4+, 6.Ld2 Le7, 7.Lg2 0-0, 8.0-0 d5, 9.cxd5 Sxd5, 10.Sc3 Sd7, 11.Sxd5 exd5, 12.Tc1 Te8,

In der 14. Partie verteidigte sich Karpow mit dem sofortigen Vorstoß c5. Kasparows Zug ist mit der starken Drohung La3 verbunden.

13.Te2! c5, 14.Te1 Lb7, 15.Le3 a5, 16.Dc1 a4, 17.Td1 . . .

Karpows Aufstellung verdient große Beachtung: Alle seine Figuren üben Druck gegen das schwarze Zentrum aus.

17. . . . axb3, 18.axb3 Lf6!,

Kasparow verteidigt sich aktiv. Falls nun 19.dxc5 bxc5, 20.Lxc5, so folgt Sxc5, 21.Txc5 Txe2 mit der starken Drohung Ta1.

19.Se1 h6, 20.Lf3 . . .

Immer noch wäre 20.dxc5 bxc5, 21.Lxc5 kein Bauerngewinn. Aber nach der Deckung von e2 muß Schwarz jetzt den Punkt c5 schon verteidigen.

20. . . . De7, 21.Dd2 Ta3, 22.Tb1 . . .

Karpow hat in seinem besten Stil mit scheinbar harmlosen Zügen ein Maximum erreicht. Es droht 23.dxc5 nebst Lxd5, und die sich nach 22. . . . cxd5, 23. Lxd4 Lxd4, 24.Dxd4 De5, 25. Sf3! Dxd4, 26.Sxd4 ergebende Stellung wäre für Schwarz unangenehm. Es drohte 27.Tc7. Kasparow findet die beste Möglichkeit, er gibt einen Bauern ab und vereinfacht die Position.

22. . . . Td8!, 23.dxc5 Sxe5, 24.Db4 d4!,

Ein ausgezeichneter Zug! 25.Dxa3 dxe3 wäre zufriedenstellend für Schwarz. Es droht 25. . . . exf2+, und falls 26.Kxe2, gewinnt Se4+ die Dame. Gleichzeitig droht natürlich Le4.

25.Lxd4 Txb3, 26.Txb3 Txd4!, 27.Dxb6 Sxb3, 28.Tc7 Td7, 29.Txb7 Txb7, 30.Dxb7 Sd4, 31.Kf1 Dxb7, 32.Lxb7 . . .

Nun entsteht ein Endspiel, das unausweichlich Remis enden kann. Falls sich die Bauern an nur einem Flügel befinden, sind die Gewinnchancen immer sehr gering.

32. . . . Sf5, 33.Sd3 Lc3, 34.e3 g5, 35.g4 Sd6, 36.Lf3 Kg7, 37.Ke2 Kf6, 38.h3 Ke7, 39.Ld5 Kf6, 40.Sc5 Ke7, 41.Sa4 La5, 42.Sc5 Lb6, 43.Sa6 La5, 44.Sb8 Lc3, 45.Sc6+ Kd7, 46.Kd3 Le1, 47.Se5+ Ke7, 48.Ke2 Lc3, 49.Sf3 La5, 50.Lb3 Lb6, 51.Se5 Lc5, 52.Kd3 Lb6, 53.Ld5 Lc5, 54.Kc3 Ke8, 55.Kb3 Ke7, 56.Ka4 Lb6, 57.Kb4 Ke8, 58.Sc6 Kd7, 59.Kc3 Ke8, 60.Kd3 . . .

Es gibt nur eine logische Erklärung dafür, warum der Weltmeister die Partie noch so lange fortsetzt: Er will offenbar seinen jungen Gegner verärgern und ihn zu unüberlegten aggressiven Zügen in den nächsten Partien verführen.

60. . . . Lc5, 61.Ke2 Kf8, 62.Kf3 La3, 63.Lb3 Lc5, 64.Se5 Ke7, 65.Sd3 Lb6, 66.Sb4 Lc5, 67.Sd5+ Kf8, 68.Lc2 La7, 69.h4 Kg7, 70.h5 Lc5, 71.Ke2 Sc4, 72.Lf5 Sb6, 73.Sc3 Lb4, 74.Sb5 Kf6, 75.Lc2 Sc4, 76.Sd4 Lc5, 77.Sf5 Sd6, 78.Sg3 Ke5, 79.Sf1 Lb4, 80.Sh2 Kf6, 81.Lb3 Lc5, 82.Sf3 Lb6, 83.Kd3 Lc5, 84.Lc2 Ke6, 85.Sg1 Ke5, 86.Se2 Lb6, 87.Lb3 Lc5, 88.Sc3 Kf6, 89.Sd5+ Ke6, 90.f4 gxf4, 91.g5 fxe3, 92.gxh6 e2, 93.Sf4+ Ke7 – Remis.

SEOUL 1988

Neue Gerüchte über Boykott

sid, Wien

Sportfunktionäre aus den osteuropäischen Ländern trafen sich am Samstag in Prag, um das Internationale Olympische Komitee (IOC) aufzufordern, bei den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul für Bedingungen zu sorgen, „die allen Ländern die Teilnahme an den Spielen in der Hauptstadt von Süd-Korea ermöglichen". Das IOC wird darüber hinaus aufgefordert, den Kampf der olympischen Bewegung gegen die Professionalisierung und Kommerzialisierung des Sports zu intensivieren. Dies teilte die offizielle tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka mit.

Westliche Diplomaten werteten in Wien die Erklärung der osteuropäischen Funktionäre als mögliches Zeichen für die Suche nach Gründen, die Spiele in Seoul zu boykottieren.

In Seoul brachte indes der südkoreanische Sportminister Lee Young-Ho die Hoffnung zum Ausdruck, die Spiele würden einen Gewinn von 100 Millionen Dollar erbringen.

ROLLKUNSTLAUF

Titel für Bruppacher

dpa, Tokio

Claudia Bruppacher (Stuttgart) rettete am Schlußtag der 29. Rollkunstlauf-Weltmeisterschaften in der japanischen Hauptstadt Tokio wieder einmal den Ruf des deutschen Rollsports. Die dreifache Europameisterin verteidigte nicht nur ihren Weltmeistertitel in der Kombination, den sie im vorigen Jahr in Fort Worth in den USA gewonnen hatte, erfolgreich, sondern entthronte auch die deutsche Titelverteidigerin Petra Schneider (Heilbronn) in der Pflicht. Die Heilbronnerin, 1973 Weltmeisterin in der Pflicht und Vize-Weltmeisterin in der Kombination, mußte diesmal der überragenden 20jährigen Studentin Claudia Bruppacher den Vortritt lassen, die sich nach ihren großartigen Leistungen auch in Tokio als Ausnahmeläuferin bestätigte.

Im Rolltanzen glänzten die Kieler Europameister Andrea Steudte und Martin Haß mit einem hervorragenden zweiten Platz hinter den Amerikanern Angela Famiana/David Golub.

SPORT-NACHRICHTEN

Hagler bleibt Weltmeister

New York (sid) – Zum zehnten Mal hintereinander verteidigte der Amerikaner Marvin Hagler (30) seinen Titel als Box-Weltmeister im Mittelgewicht (WBA-Version). In New York besiegte er den syrischen Herausforderer Mustafa Hamsho (31) durch technischen K.o. in der dritten Runde.

Vertrag für Thurau

Berlin (dpa) – Der 29jährige Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau fährt 1985 für den italienischen Rennstall „Carrera Inoxpran". Thurau will sowohl den Giro d'Italia als auch die Tour de France bestreiten. Verträge mit italienischen Rennställen haben auch Rolf Gölz (Berlin) und Gregor Braun (Neustadt) bekommen.

Grüning gewann Marathon

Essen (dpa) – Den 22. Essener Stadtmarathon „Rund um den Baldeneysee" gewann der Neusser Martin Grüning in 2:18,22 Stunden vor den Holländern Kim Beynierse (2:19,42) und Gerard Smit (2:20,35). Bei den Frauen siegte Christel Österling (Dortmund) in 2:44,14 Stunden.

30 Millionen Gewinn

Sarajevo (sid) – Die Olympischen Winterspiele in Sarajevo waren billiger als erwartet: Mit rund 360 Millionen Mark Gesamtkosten blieb die Veranstaltung um rund 100 Millionen Mark unter dem Voranschlag. Es wurde ein Gewinn von 30 Millionen Mark verzeichnet, der für Sportanlagenbau und Jugendförderung verwandt werden soll.

Polen und China

Rotterdam (sid) – Die Mannschaften aus Polen (Herren) und China (Damen) gewannen die Endspiele bei den Internationalen Tischtennis-Meisterschaften von Holland. Die Polen, die im Halbfinale Weltmeister China überraschend mit 3:0 geschlagen hatten, siegten mit 3:2 gegen Ungarn. Die Chinesinnen schlugen die UdSSR 3:0.

Orden für Dassler

Herzogenaurach (dpa) – Mit dem Olympischen Orden, der höchsten Auszeichnung des Internationalen Olympischen Komitees, wurde Horst Dassler (48) ausgezeichnet. IOC-Präsident Samaranch begründete die ungewöhnliche Ehrung eines Industriellen mit der „flexiblen Vorgehensweise" des Sportartikelherstellers, der „in starkem Maße zur Förderung des Sports, speziell in den Entwicklungsländern", beigetragen habe.

Steinherr gegen Sole

München (sid) – Georg Steinherr (31), der Profi-Box-Europameister im Halbmittelgewicht, soll seinen Titel am 29. Dezember in Stuttgart verteidigen. Als Herausforderer wurde der 23jährige ungeschlagene spanische Meister Emilio Sole benannt.

Keine Bestechungs-Beweise

Rom (sid) – Der Bestechungs-Vorwurf gegen Fußball-Weltmeister Italien kann nicht länger aufrechterhalten werden. Eine Untersuchung durch den Welt-Fußball-Verband (FIFA) erbrachte keine Beweise für die Behauptung zweier italienischer Journalisten, wonach Italien in der Qualifikation das erforderliche Unentschieden gegen Kamerun durch die Zahlung von 100 000 Dollar erkauft haben sollte.

Duisburg im Halbfinale

Duisburg (dpa) – Der ASC Duisburg hat das Halbfinale des Europapokals der Pokalsieger im Wasserball erreicht. Nach Siegen über Barcelona (9:8) und Innsbruck (10:3) konnten sich die Duisburger eine 8:9-Niederlage gegen Budapest leisten.

„DDR"-FUSSBALL / Öffentlichkeit fordert Erfolg, aber wieder ein Fehlschlag gegen Jugoslawien

Trainer Stange: „Kein Grund, Steine zu werfen"

DIETER DOSE, Leipzig

„Es gibt keinen Grund, Steine auf meine Mannschaft zu werfen." Bernd Stange (36), seit Juli Trainer der Fußball-Auswahl der „DDR", ahnt, daß auf ihn und die Spieler öffentliche Schelte zukommt. Denn das erste Spiel der „DDR"-Mannschaft in der WM-Qualifikation für 1986 endete mit einer 2:3-Heimniederlage gegen Jugoslawien in Leipzig.

Das ist angesichts der Konstellation in der Qualifikationsgruppe bitter. Denn in dieser Gruppe sollte Europameister Frankreich die Nummer eins werden, die „DDR" und Jugoslawien um den zweiten WM-Platz in Mexiko streiten.

Die „DDR"-Fußballspieler stehen also unter Erfolgszwang. Noch nie waren sie bei einer Europameisterschafts-Endrunde dabei, sechsmal sind sie in der WM-Qualifikation auf der Strecke geblieben. Nur einmal schafften sie die Teilnahme: 1974, als die WM in der Bundesrepublik stattfand und der „DDR" mit dem 1:0-Sieg über den späteren Weltmeister ihr größter Erfolg gelang. Sofern man freilich olympische Fußball-Medaillen nicht mitzählt . . .

Die Medien in der „DDR", die seit etwa zwei Jahren mit Billigung der Sportführung das Fußball-Geschehen mit für „DDR"-Verhältnisse außergewöhnlich scharfer Kritik begleiten, haben im Hinblick auf Mexiko deutliche Forderungen gestellt. In einem Kommentar des Fernseh-Starreporters Heinz-Florian Oertel liest sich das so: „Wir müssen die Durst- und Klagestrecke der Fast-Dauerabstinenz von Welt- und Europameisterschaften beenden. Ganz konkret: Ein WM-Platz von Mexiko 1986 muß uns gehören."

Bei solchen Erwartungen wirkte die Niederlage am Samstag in Leipzig wie eine kalte Dusche. Zumal die Auswahl zuletzt achtbare Ergebnisse verbuchen konnte: 1:1 in Mexiko, knappe Niederlage gegen England (0:1), Siege über Griechenland, Rumänien und Algerien. Auch die Erfolge im Europa-Cup, Meister Dynamo Ost-Berlin schaltete den FC Aberdeen aus, weckten Hoffnungen.

Im Februar 1983 waren im „DDR"-Fußballverband personelle Umstellungen vorgenommen worden. Unter dem Stichwort „Neue Beschlüsse" wurde die gesamte Verbandsspitze ausgewechselt und Trainer aus ihrem Amt verabschiedet. Allerdings mahnte damals schon das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland": „Von heute auf morgen werden unsere Fußballer international nicht nur Erfolge erspielen." Es zeigt sich nun, daß die in vielen Sportarten führende „DDR" eine seit Jahrzehnten bestehende Fußball-Misere nicht durch Auswechselung von Personen und durch Reformen im Spielbetrieb im Handstreich beseitigen kann.

In Bernd Stange, der im Vorgriff auf kalkulierte Erfolge kürzlich mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet wurde, werden freilich einige Erwartungen gesetzt. Originalton Heinz-Florian Oertel: „Stange leidet nicht an der von seinen Amtsvorgängern ausgeprägten Defensiv-Neurose." Denn von der Europameisterschaft in Frankreich kam der „DDR"-Trainer mit der Erkenntnis zurück: „Die Fußball-Geschichte der nächsten Jahre wird von den Vorwärts-Strategen geschrieben werden."

Mit dieser Einstellung schickte er seine Mannschaft ins Spiel gegen die Jugoslawen. Die waren im Vergleich zu ihrem enttäuschenden Abschneiden bei der EM und der kürzlichen 1:6-Schlappe gegen Schottland nicht wiederzuerkennen. Als sie merkten, daß die von Stange eingeführte kombinierte Mann-Raum-Deckung selbst den Erfahrenen im „DDR"-Team Probleme bereitete, spielten sie ihre Trümpfe aus: Beweglichkeit, Zweikampfstärke und die weitaus bessere Technik.

„In der Technik sind uns, und das nicht erst seit heute, einige Grenzen gesetzt", hatte Bernd Stange schon vor dem Spiel gesagt. Als sich der Trainer der Presse stellte, hagelte es kritische Fragen. Denn der Magdeburger Achim Streich mußte bis zur 68. Minute warten, ehe sein 102. Länderspiel begann. Aber nicht der versagende Dresdner Minge mußte ihm Platz machen, sondern der Ost-Berliner Rainer Ernst, der kurz zuvor mit einem akrobatisch anmutenden Fallrückzieher die 2:1-Führung der Jugoslawen ausgeglichen hatte. Es war wohl die Strafe dafür, daß der derzeit beste „DDR"-Stürmer, den Stange für die Auswahl zum Mittelfeldspieler umfunktionierte, die Deckungsaufgaben allzu leger ausführte.

Die großen Lücken in der „DDR"-Abwehr schafften den Jugoslawen schließlich freie Bahn zum Siegestor durch Sestic, dem überragenden Spieler im 100 000 Zuschauer fassenden, aber nur mit 63 000 besuchten Leipziger Zentralstadion.

Die drei nächsten Spiele (Frankreich, Luxemburg, Bulgarien) muß die „DDR" nun auswärts bestreiten. Sicher wohl mit anderer taktischer Einstellung als in Leipzig. Für den von Stange programmierten „neuen Weg" kommt die WM-Qualifikation möglicherweise noch zu früh.

Zu den besten in Stanges Mannschaft gehörte der erst sein zweites Auswahlspiel bestreitende Stürmer Michael Glowatzky aus Karl-Marx-Stadt. Zwar schon 24 Jahre alt, war er bis vor kurzem nur Kennern des „DDR"-Fußballs ein Begriff. Glowatzky war bis zum 18. Lebensjahr Sprinter und Weitspringer. Bei einem Spiel in einer Betriebsmannschaft wurde er entdeckt. In Leipzig schoß er das Führungstor.

HANDBALL / Silbermedaille bestätigt

Simon Schobels harte Kritik an Uli Roth

sid/dpa, Most

Neun Wochen nach dem Gewinn der olympischen Silbermedaille bestätigte die deutsche Handball-Nationalmannschaft ihre Rückkehr zur internationalen Spitze. Ohne die vier Stammspieler Wunderlich, Paul, Wöller und Schwenker zog sie sich beim Vier-Länder-Turnier in Most (CSSR) achtbar aus der Affäre. Die Leistungen waren zwar nicht überragend, zeugten jedoch von einer gefestigten Basis, auf deren Grundlage für die Weltmeisterschaft 1986 in der Schweiz aufgebaut werden kann.

Bundestrainer Simon Schobel sah in den drei Spielen gegen Dänemark, die CSSR und Jugoslawien die Bestätigung seiner Arbeit. Getreu seinem Wahlspruch „Jugend schützt vor Können nicht", vertraute Schobel den Nachwuchsspielern Schwalb, Happe, Rauin, Fraatz, Neitzel sowie den Gebrüdern Roth. Außerdem nominierte er kurzfristig noch am Tage der Abfahrt den erst 18jährigen Frank Löhr.

Frank Löhr ist ein Spieler ganz nach Schobels Vorstellung: 1,94 m groß, 90 Kilogramm schwer, wurfstark und mit viel Spielverständnis. 16 Jugend-Länderspiele und drei Berufungen in die Juniorenauswahl stehen im sportlichen Lebenslauf des Abiturienten. „Frank hat das Zeug dazu, er kann es schaffen", sagt der Bundestrainer und meint damit die Position des Mittelspielers, des Regisseurs. Diese Position bereitet dem Bundestrainer die größte Sorge.

Ob Frank Löhr aber in den 16 Monaten bis zum Beginn der Weltmeisterschaft den hohen Anforderungen gerecht werden kann, ist fraglich. Derzeit spielt der 18jährige beim zweitklassigen VfL Günzburg und wird auch in der Junioren-Nationalmannschaft noch gebraucht.

Absolute Disziplin im Hinblick auf die WM-Vorbereitung verlangt Schobel schon jetzt von seinen Spielern. Bis zum Jahresende wird er den Kader auf 18 Spieler reduzieren und das komplette Vorbereitungsprogramm mit Länderspielen und Lehrgängen aufstellen. „Dann haben sich die Spieler nach den Maßnahmen zu richten", forderte der Bundestrainer.

Mit harter Kritik untermauerte Schobel sein Leistungsprinzip: „Alter Lorbeer zählt nicht mehr. Wenn die Leistung nicht stimmt, muß er auf die Bank", kommentierte der Bundestrainer seine Maßnahme gegenüber Arnulf Meffle. Der Rechtsaußen, der im Spiel gegen Dänemark viele Chancen vergeben hatte, saß beim 19:19 gegen die CSSR auf der Bank. Ein Platz, den der Bundestrainer auch Kreisläufer Uli Roth und Linksaußen Jochen Fraatz in Aussicht stellte: „Uli Roth hat gezielte Trainer-Anweisungen nicht befolgt. Wenn er das nicht begreift, spielt er nur noch um die deutsche Meisterschaft, wenn er sich daran hält, um die Weltmeisterschaft." Und weiter: „Jochen Fraatz ist urlaubsreif."

In der Tat wirkt der sonst torgefährliche 20jährige Essener überspielt. Seine mangelnde Torausbeute verdeutlichte die Schwäche der gesamten Mannschaft: „Wir fallen wieder in alte Fehler zurück. Die Schußauswertung ist nicht optimal", stellte Schobel fest.

Insgesamt liest sich seine Bilanz trotz der Mängel aber recht positiv, zumal die vier Positionen Torwart, Linksaußen, halblinker und halbrechter Rückraum gut besetzt sind. „In der Mannschaft steckt noch so viel, daß ich für die Zukunft optimistisch bin", erklärte Schobel und weiß sich damit in einer weit besseren Position als Kollege Ekke Hoffmann, der Handball-Bundestrainer der Frauen.

„Wir sind noch nie so schlecht vorbereitet in ein Turnier gegangen", sagte Hoffmann schon vor dem Vier-Länder-Turnier in Dänemark. Im Vorbereitungslehrgang mußte er auf die Stammspielerinnen Dagmar Stelberg, Roswitha Mroczynski und Elke Blunauer verzichten, Spielmacherin Maike Becker ist immer noch verletzt, und Corinna Kunze hat keine Spielpraxis, weil sie wegen ihres Vereinswechsels noch gesperrt ist.

Umso mehr überraschte der hohe 23:14-Auftaktsieg über Dänemark. Im nächsten Spiel gab es aber eine 16:17-Niederlage gegen die CSSR. Eine Besserung der unbefriedigenden Situation im deutschen Frauen-Handball ist nicht in Sicht, und auch die Gegner werden rar: Das für Dezember geplante Turnier um das Oldenburger Wunderhorn mußte abgesetzt werden, weil der Deutsche Handball-Bund keine Länderspielgegner finden konnte.

GALOPP / Wieder ein großer Sieg für Champion-Trainer Heinz Jentzsch

Hengst Lirung Winterfavorit

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Wie schon fast üblich, lief der 23malige Galopper-Championtrainer Heinz Jentzsch (64) gestern vor einem großen Rennen mit sauertöpfischer Mine über die Rennbahn. Sein Hengst Lirung ging als eindeutiger Favorit an den Start zum Preis des Winterfavoriten, und Jentzsch fand vor dem Rennen allerlei Gründe, die einen Sieg des mächtigen Hengstes verhindern könnten. In erster Linie fielen ihm die Bodenverhältnisse ein, die für Lirung nun absolut unpassend seien.

Lirung gewann die 1600-m-Prüfung in beeindruckendem Stil mit großem Vorsprung, sein Erfolg stand in keiner Phase des Rennens in Zweifel. Mit mächtigen Galoppsprüngen setzte sich der galoppierende Kraftprotz schon früh an die Spitze, fünf Längen trennten ihn im Ziel vom Zweitplazierten Dollar Star. Ob Lirungs Stehvermögen auch für die 2400-m-Derbydistanz ausreicht, muß allerdings erst die Zukunft zeigen. Er ist ein Halbbruder von Lagunas, der als Winterfavorit 1983 in diesem Jahr das Derby gewann, später aber enttäuschte. Lirung entstammt der Zucht des Gestüts Fährhof, dessen Besitzer Walther Jacobs (76) aus Bremen sich derzeit in den USA aufhält. Für den Sieg kassierte er 40 000 Mark aus der Gesamtdotierung von 70 000 Mark. Jockey Georg Bocskai: „Lirung ist gegenüber den ersten Starts schon reifer geworden. Wenn er über weitere Distanzen kommt, schlägt er alles." Hinter Dollar Star belegten Balmoral und Sonnenkranich die weiteren Plätze.

Toto: Sieg 20, Pl. 14, 22, 16, ZW: 180, DW 672.

Das sind die Sieger der 34 Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie in Deutschland:

Orofino (Alafi) beim GP von Gelsenkirchen (III) am 15.4. in Gelsenkirchen. – **Nandino** (Kujath) beim GP von Düsseldorf (II) am 28.4. in Düsseldorf. – **Der Wind** (Gilson) beim Steigenberger-Pokal (III) am 6.5. in Frankfurt. – **Abary** (Bocskai) beim Gerling-Preis (III) am 6.5. in Köln, **Slenderella** (Tylicki) beim Schwarzgold-Rennen (III) am 13.5. in Düsseldorf. – **Soto-Grande** (Remmert) beim Henckel-Rennen (II) am 20.5. in Gelsenkirchen. – **Apollonios** (Tylicki) beim Hertie-Preis (II) am 20.5. in München-Riem. – **Sharp End** (Bocskai) bei der Badener Meile (III) am 23.5. in Iffezheim. – **Abary** (Bocskai) beim GP der Badischen Wirtschaft (II) am 27.5. in Iffezheim. – **Las Vegas** (Gilson) und **Slenderella** (Bocskai) im toten Rennen beim Preis der Diana (II) am 3.6. in Mülheim/Ruhr. – **Daun** (Gilson) im Union-Rennen (II) am 10.6. in Köln. – **Gilmore** (Remmert) beim GP von Dortmund (III) am 17.6. in Dortmund. – **Der Wind** (Gilson) beim Bayeff-Rennen (III) am 17.6. in Bremen. – **Red Rudy** (Bocskai) beim Ostermann-Pokal (III) am 21.6. in Gelsenkirchen. – **Ordos** (Alafi) beim Hansa-Preis (II) am 30.6. in Hamburg. – **Lagunas** (Bocskai) beim Deutschen Derby (I) am 1.7. in Hamburg. – **Hot Touch** (Cauthen) beim Hessen-Pokal (III) am 15.7. in Frankfurt. – **Las Vegas** (Alafi) beim Goebels-Rennen (III) am 15.7. in Krefeld. – **Abary** (Bocskai) beim GP von Berlin (I) am 22.7. in Düsseldorf. – **Daun** (Gilson) beim Bayer. Zuchtrennen (III) am 29.7. in München. – **La Colorada** (Klein) beim Herbst-Stutenpreis (III) am 5.8. in Neuss. – **Las Vegas** (Gilson) beim Aral-Pokal (I) am 12.8. in Gelsenkirchen. – **Hoyer** (Murray) beim Oettingen-Rennen (III) am 26.8. in Iffezheim. – **Romana** (Mäder) beim Fürstenberg-Rennen (III) am 26.8. in Iffezheim. – **Tombos** (Bocskai) beim Spreti-Rennen (III) am 28.8. in Iffezheim. – **Celestial Dancer** (Hide) bei Goldene Peitsche am 29.8. in Iffezheim. – **Sulaafah** (Murray) beim Zukunfts-Rennen (II) am 31.8. in Iffezheim. – **Strawberry Road** (Thomson) beim GP v. Baden (I) am 2.9. in Iffezheim. – **Las Vegas** (Alafi) beim Deutschen Stutenpreis (III) am 16.9. in Hannover. – **Solarstern** (Mäder) beim Elite-Preis (III) am 22.9. in Köln. – **Gold and Ivory** (Cauthen) beim Preis von Europa (I) am 23.9. in Köln. – **Las Vegas** (Alafi) beim St. Leger (II) am 30.9. in Dortmund. – **Mantelano** (Alafi) beim Preis des Landes NRW (III) am 7.10. in Düsseldorf. – **Lirung** (Bocskai) beim Preis des Winterfavoriten (III) am 20.10 in Köln.

Die seltene Eintracht der Turnbrüder

dpa, Frankfurt

In selten erlebter Eintracht haben die Turnbrüder bei ihrer Bundesfachausschußsitzung in Frankfurt die Weichen für die Zukunft gestellt. „Es wird sich vieles ändern, aber nicht von heute auf morgen", kündigte Klaus Zschunke (Gummersbach) an, der mit 14:0 Stimmen einstimmig zum neuen Kunstturnwart und damit zum Nachfolger von Herwig Matthes gewählt worden war. Welche Pläne der 50jährige Mathematik-Professor der Fachhochschule Köln hegt, will er erst in drei Wochen bei den Meisterschaften im saarländischen Bous bekanntgeben.

„Ich hoffe, daß sich der neue Ausschuß verbandspolitisch eine Eigenständigkeit verschafft, so, wie es Spitzensportverbänden zusteht", hofft Matthes für seine Nachfolger.

Im Bundesfachausschuß gab es gleich eine Reihe neuer Gesichter: Walter Freivogel (Pforzheim) löste nach zwölfjähriger Amtszeit Ralf Timmer als Kampfrichterwart ab, Karl-Ludwig Weller (Wetzlar) wurde Sprecher der Landesfachwarte, und Jürgen Uhr (Siegen) ist für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Weiter dabei sind Kurt Knirsch (Kirchentellinsfurt) und Hans-Jürgen Herrmann (Koblenz). Auch der Name Eberhard Gienger fiel: „Als neuen Mann im Technischen Komitee des Internationalen Turnerbundes möchten wir ihn eines Tages auch in unseren Ausschuß integrieren", sagte Zschunke.

Der 1960 aus der „DDR" geflüchtete Zschunke wurde 1969 Kunstturnwart im Rheinischen Turnerbund, war von 1972 bis 1976 Vertreter der Landesfachwarte im Bundeskunstturnausschuß. Seit 1980 ist der ehemalige „DDR"-Meister (Bodenturnen) in diesem Gremium für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und als Redakteur für das Fachblatt „Gerätturnen aktuell". Das Zitat „Hier tagte ein Fach- und kein Krachausschuß" deutete an, daß im Gegensatz zu der turbulenten Sitzung der Turnschwestern vor drei Wochen zielstrebig und ohne Schulterklopfen gearbeitet wurde. Das neue Förderungsprogramm für die unter 14jährigen sieht nicht mehr nur die einfache Pflicht, sondern zur Pflicht auch noch Konditionsübungen und das kontinuierliche Abfragen von Übungselementen vor. Zschunke: „Wir müssen etwas tun, damit wir eines Tages international wieder mitmischen können."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Sunderland 3:2, Aston – Norwich 2:2, Ipswich – Bromwich 2:0, Liverpool – Everton 0:1, Luton – Watford 3:2, Manchester United – Tottenham 1:0, Newcastle – Nottingham 1:1, Queens Park – Coventry 2:1, Sheffield – Leicester 5:0, Southampton – Chelsea 1:0, Stoke – West Ham 2:4. – Tabellenspitze: 1. Arsenal 25 Punkte, 2. Sheffield 21, 3. Manchester United, Everton je 20. **Junioren-EM** (U 21), Gruppe 4: „DDR" – Jugoslawien 1:1. – **WM-Qualifikation**, Gruppe 4: „DDR" – Jugoslawien 2:3 (1:1). – **Amateur-Länderpokal**, 2. Spieltag, Gruppe 1: Südwest – Hamburg 1:2, Bremen – Württemberg 3:1, Gruppe 2: Baden – Hessen 3:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Düsseldorf – Leverkusen 67:76, Heidelberg – Osnabrück 81:74, Köln – Bamberg 91:64, Gießen – Charlottenburg 65:78, Göttingen – Hagen 73:71. – **Damen**, 6. Spieltag: Köln – Düsseldorf 64:87, München – Osterfeld 104:88, Frankfurt – Porz/Hennef 77:75, Marburg – Leverkusen 50:53.

EISHOCKEY

Bundesliga, 7. Spieltag: Köln – Düsseldorf 3:4, Landshut – Mannheim 7:1, Iserlohn – Rosenheim 4:4, Rießersee – Essen-West 9:3, Schwenningen – Kaufbeuren 4:11.

HANDBALL

Vierländer-Turnier der Herren in Most/CSSR: Jugoslawien – CSSR 26:20, Deutschland – Dänemark 22:21, Deutschland – CSSR 19:19, Jugoslawien – Dänemark 22:20. – **Frauen** in Dänemark: CSSR – Jugoslawien 22:23, Dänemark – Deutschland 14:23, Deutschland – CSSR 16:17, Dänemark – Jugoslawien 19:22. – **Junioren:** Deutschland – Dänemark 19:19, Island – CSSR 13:17. – **Bundesliga**, Nachholspiel vom 3. Spieltag: Hüttenberg – Weiche-Handewitt 26:24. – **Europapokal der Pokalsieger**, Damen, Qualifikations-Rückspiel: Sindelfingen – Van der Voort/Quinus 17:14.

HOCKEY

FIH-Jubiläumsturnier der Damen in Brüssel: Holland – Deutschland 1:1. – **Herren:** Pakistan – Deutschland 4:2. – **Aufstiegsspiele** Bundesliga, Damen, 2. Spieltag, Gruppe Nord: Club an der Alster – Mülheim 2:1. – Gruppe Süd: Frankfurt – Heidelberg 1:0, Zehlendorf – Bad Kreuznach 0:0. – **Herren**, Gruppe Nord: Großflottbek – Krefeld 2:1, BW Köln – Braunschweig 2:1. – Gruppe Süd: Ulm – Bad Dürkheim 2:3, Zehlendorf – Hanau 0:2.

RINGEN

Bundesliga, 8. Wettkampftag, Gruppe West: Schifferstadt – Köllerbach 22:14,5, Aschaffenburg – Bonn-Duisdorf 29:7,5, Schwalbach-Schwarzenholz – Aldenhoven 12:25,5, Witten – Goldbach 18,5:14,5. – Gruppe Süd: Urloffen – Aalen 11,5:26,5, Bad Reichenhall – Freiburg-Haslach 17:18, Wiesental – Reilingen 20:17, Freiburg-St. Georgen – Triberg 33:6.

ROLLHOCKEY

Bundesliga, 21. Spieltag: Darmstadt – Remscheid 6:3, Hüls – Mönchengladbach 4:6, Recklinghausen – Dortmund 5:4, Düsseldorf – Walsum 4:15, Cronenberg – Weil 30:0, Ober-Ramstadt – Herten 6:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Paderborn – Leverkusen 3:1, Passau – Berlin 0:3. – **Damen**, 3. Spieltag: Feuerbach – Münster 1:3, Rüsselsheim – Augsburg 0:3, Langenhorn – Lohhof 0:3, Vilsbiburg – Oythe 3:2.

WASSERBALL

Europapokal der Pokalsieger in Duisburg: ASC Duisburg – Innsbruck 10:3, Budapest – Barcelona 14:7.

TENNIS

Turnier der Damen in Filderstadt, Viertelfinale: Lindqvist (Schweden) – Bunge (Deutschland) 6:3, 6:2. – Doppel: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Horvath/Ruzici (USA/Rumänien) 6:4, 3:6, 6:2. – **Cologne-Cup** in Köln, Einzel, Halbfinale: Mecir (CSSR) – Wilkinson (USA) 6:4, 7:6. – Doppel, Halbfinale: Fibak/Mayer (Polen/USA) – Hjertquist/Simonsson (Schweden) 6:1, 6:2, Gunnarsson/Nystroem (Schweden) – Schapers/van Rensburg (Holland/Südafrika) 6:4, 6:2.

MOTOR

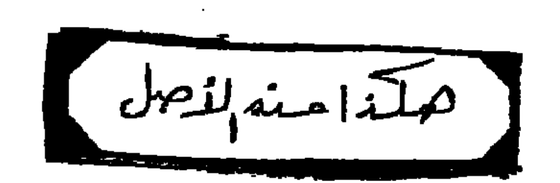
Drei-Städte-Rallye in Landshut, Zwischenstand nach 20 Wertungsprüfungen: 1. Röhrl/Geistdörfer (Regensburg/München) Audi Quattro Sport, 2. Demuth/Lux (München/Belgien) Audi Quattro, 3. Petersen/Bockelmann (Oberrönfeld/Hamburg) Opel Manta 400 B, 4. Kissel/Cantenati (Haßloch/Zweibrücken) VW Golf GTI, 5. Beck/Ufer (Albstadt) Opel Kadett, 6. Werner/Feltz (Kemnath/Marburg) Ford Escort, 7. Hero/Müller (Schmelz/Honzerath) Porsche Turbo.

ROLLKUNSTLAUF

29. Weltmeisterschaften in Tokio, Kombination Damen: 1. Bruppacher 591,4 Punkte, 2. Schneider (beide Deutschland) 569,8, 3. del Vinaccio (Italien) 560,4, 4. Bergin (USA) 555,9, 5. Manthorpe (England) 508,9, 6. Prosser (Kanada) 493,4. – **Pflicht Damen:** 1. Bruppacher 137,6, 2. Schneider 135,1, 3. Erdman (USA) 134,7, 4. Bergin 130,4, 5. Belardinelli (Italien) 130,4, 6. Larson (USA) 126,5. – **Kombination Herren:** 1. Biserni 597,2, 2. Tolomini (beide Italien) 550,0, 3. Brabant (Kanada) 531,5, 4. Scherhag (Deutschland) 527,4, 5. Nodre (England) 521,7, 6. Reeves (Australien) 492,6. – **Rolltanz:** 1. Famiana/Golub (USA) 410,1, 2. Steudle/Hass (Deutschland) 395,3, 3. Banks/Meyers 395,15, 4. Parks/Galambos (alle USA) 394,3, 5. Rinaldi/Stanzani (Italien) 381,8. – **Paarlauf:** 1. Jeru/Arishita 325,4, 2. Young/Benson 322,2, 3. Hayduk/Pollard (alle USA) 313,5, 4. Muenzing/Seger (Deutschland) 303,9, 5. Narin/Brenna 302,0, 6. Mizzadri/Trevisani (alle Italien) 301,0.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 9, 16, 38, 44, 49, Zusatzzahl: 22. – **Spiel 77:** 5 8 0 5 3 2 9. – **Toto, Elferwette:** 1, 0, 1, 1, 1, 2, 1, 0, 1, 1, 0. – **Glücksspirale:** Endziffern: 5, 00, 203, 6910, 41849, 932978. – Los-Nummern: 8330622, 0696853, 9858373. – Prämienziehung: 187212, 245607, 697040. (Ohne Gewähr).



Pankraz, der Ethologe und der Friedenskampf

Vergangenes Wochenende hat man wieder einmal viel vom Frieden gehört, von Friedenskämpfern, Friedensmärschen, Friedensketten, Friedensblockaden. Das Thema langweilt doch sehr, gibt kaum etwas her für interessante, einigermaßen subtile Diskussion. Immer wieder ist die Rede vom „Rüstungswahnsinn". Irgendwelche *machtbesessenen Idioten*, so erfahren wir, verpulvern unser Geld für den Bau von Raketen und Marschflugkörpern, die Masse schaut stumpfsinnig zu, und nur eine kleine Schar vor allem jugendlicher Friedenskämpfer hat alles durchschaut und „wehrt sich". Eine solche Perspektive ist nicht geeignet, nachdenkliche Leute in Gang zu bringen. Sie wirkt kindlich, pro domo formuliert, ist eine Beleidigung für jedes systematische Forschen in Politologie und Anthropologie.

Vielleicht sollte man doch die Ethologen, die Verhaltensforscher, an die Rüstungsproblematik heranlassen; sie beanspruchen ja ohnehin – siehe das neue Buch von Irenäus Eibl-Eibesfeld –, die Leitwissenschaft unserer Tage zu liefern und in ihrem Methodenkasten für alles eine Antwort zu haben. Bis heute hat es die „Friedensforschung" verstanden, die Ethologen draußen vor der Tür zu halten. Sie seien unzuständig, verlautbarte man, denn ihre aus dem Tierreich abgeleiteten Verhaltensregeln träfen auf die Friedensfrage nicht zu. Im Tierreich gäbe es keine innerartlichen Kämpfe, die tödlich endeten; genau um solche Kämpfe und ihre Verhinderung aber gehe es der Friedensforschung.

Nun weiß man inzwischen längst, daß es bei den Tieren durchaus innerartliche Kämpfe auf Leben und Tod gibt. Sie werden nur oft gebremst durch das gegenläufige Prinzip der Arterhaltung, d. h. überall dort, wo der Kampf in Artvernichtung auszuarten droht, wird er aus der unmittelbar blutigen in eine gewissermaßen symbolische Sphäre gehoben, *auf* der schon das Vorzeigen und spielerische Erproben der Waffen Sieger und Besiegte produziert.

Wohlgemerkt, der symbolische Kampf ist nicht weniger total als der wirkliche. Der Unterlegene rettet zwar das nackte Leben, doch er wird versklavt oder an den Rand gedrängt, er wird von der Paarung ausgeschlossen, bekommt nur noch das zu fressen, was der Sieger gnädig übrigzulassen geruht, steht ständig unter Streß und sinkt früher ins Grab. Deshalb bereiten sich alle Kämpfer auf den symbolischen Kampf beinahe noch sorgfältiger vor als auf den wirklichen. Sie entwickeln (die Geweihe der Hirsche!) phantastisches Angriffs- und Verteidigungsgerät, dessen Anschaffung außerordentlich kostspielig ist, nämlich den Hauptteil der Energie in Anspruch nimmt, die der Kämpfer produziert.

Betrachtet man die Rüstungsgeschichte seit 1945, so sieht man schnell, daß sich der Mensch genau im Sinne der von den Ethologen entdeckten Regeln verhält. Nachdem mit der Atombombe eine Waffe entwickelt worden war, die den Bestand der Art zu gefährden drohte, wurde die globale Auseinandersetzung weitgehend auf symbolisches Niveau angehoben. Planspiele, Szenarios und Strategeme nahmen den Platz der wirklichen Kampfhandlungen ein. Wenn die eine Seite merkte, daß sie rüstungstechnisch ins Hintertreffen geraten war und eine wirkliche kriegerische Handlung wahrscheinlich bitter würde bezahlen müssen, drehte sie an der „Rüstungsspirale" und stellte den Gleichstand damit wieder her. Die Szenarios sind also ernst gemeint und beanspruchen, wie bei den Hirschen, einen beachtlichen Teil des jeweiligen Energiebudgets.

Von „Wahnsinn" kann hier nur sprechen, wer von der Natur keine Ahnung hat. Das Heraufschrauben von Rüstungsspiralen in symbolischer Absicht führt im Tierreich sehr selten in Sackgassen, meistens funktioniert es als erstrangiger Faktor der innerartlichen Evolution. Außerdem verringert Aufrüstung die sogenannte Fliehdistanz, sie wirkt wie ein Zaun aus Maschendraht, durch den hindurch sich die Kämpfer auch friedlich beschnüffeln und kennenlernen können. Würde der Zaun (totale Abrüstung) mit einem Mal vollständig niedergelegt, so wäre häufig nicht nur die Fliehdistanz, sondern auch die Aggressionsdistanz urplötzlich unterschritten, die Kämpfer kämen sich in die Ecke getrieben vor und würden mit dem Mut der Verzweiflung aufeinander losstürzen.

Aggression ist schließlich auch das Schlüsselwort für die ethologische Deutung der Friedensbewegung selbst; schon das paramilitärische Vokabular, mit dem man *dort das Wort Frieden in der* Regel verbindet (Kampf, Blockade, Marsch, Kette, Manöver, Stafette), weist ja in Richtung Aggression. Indem die Friedenskämpfer gezielte Regelverletzungen begehen, reagieren sie ihre (jugendlichen oder pseudointellektuellen) Aggressionspotentiale ab. Ihr Verhalten gleicht etwa der Balgerei zwischen Löwenbabies oder Fuchswelpen, *wo ja auch dauernd spielerisch* Regeln verletzt werden und sogar die aufsichtsführende Mutter gelegentlich einen täppischen Biß oder Prankenschlag abbekommt. Räumte sie das Feld und käme ein erwachsenes, artfremdes Individuum hinzu, ein Wolf z. B. in die Fuchskinderstube – er würde mit den Welpen kurzen Prozeß machen.

Pankraz gehört nicht zu denen, die die Einsichten der Verhaltensforscher unbesehen aus der Tier- in die Menschenwelt übertragen. Aber er findet es anstößig, von Friedenskämpfern immer wieder zu hören, sie allein handelten in Übereinstimmung mit der Natur und der Schöpfung, während sie doch nur wie Welpen handeln, die die ihnen mitgegebene Natur erst erlernen müssen. Mit ihren infantilen Klischees können sie nicht einmal einen erwachsenen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, geschweige denn einen Krieg verhindern. Dazu gehören ernstere, eben symbolische Kämpfe, deren Gesetze man nicht beim friedensbewegten Kette- und Stafettebilden mitbekommt.

Pankraz

„Jedes Gedicht hat sein Datum und Losungswort" – Das internationale Celan-Symposium in Seattle

Seine Väter waren Rilke und Jean Paul

Vor der mittlerweile fast japanisch-postmodernen Skyline von Seattle, der aufstrebenden Metropole an der amerikanischen Pazifikküste, versammelte sich in der Universität des Staates Washington ein Forum international renommierter Forscher, um ein für diese Weltgegend noch ungewohntes Thema zu diskutieren: den Dichter Paul Celan und sein in deutscher Sprache geschriebenes lyrisches Werk. Wenn die Organisatorin und Leiterin des Symposiums, Amy D. Colin, in ihrer Eröffnungsansprache versicherte, es sollten „nur einige" Dimensionen der Celanschen Dichtung erörtert werden, so blieb dies eher ein angelsächsisches Understatement. 30 Vorträge und Diskussionsrunden waren in drei Tagen zu bewältigen.



„Ich komme mit sieben Blättern vom Siebenstamm": Der Dichter Paul Celan FOTO: ULLSTEIN

Nach „literarischen Traditionen im Werk Celans" fahndeten Bernhard Böschenstein (Genf) und James K. Lyon (San Diego). So belegt die Jean-Paul-Ausgabe in der Bibliothek des Dichters mit über 500 Anstreichungen von Einzelwörtern und Kapiteln Celans ästhetische Beziehung zu diesem Dichter. Daß Jean Pauls Œuvre auch eine Quelle der „Meridian"-Rede war, überraschte allerdings. Lyon verfolgte das Thema im Hinblick auf Rilke, dem besonders Celans Frühwerk tief verpflichtet war, während der Band „Niemandsrose" bereits als Gegenwort zu lesen ist, das Rilkes Rosenmetapher ad absurdum führt.

In der Sektion „Psychoanalyse und Poesie" untersuchte Renate Böschenstein-Schäfer (Genf) das Verhältnis von Traum und Sprache in der Dichtung Celans. Zu unterscheiden sei zwischen Trauminhalt und Traumstruktur, beides finde Eingang in die sprachlichen Mittel. Der Übergang vom Inhalt in die Struktur sei für Celans Schreiben zentral. Eine bislang unveröffentlichte Notiz diente Frau Böschenstein dafür als Beleg: „Im Chiasmus ist das Kreuz näher als im Thema ‚Kreuz'."

Den „philosophischen Implikationen im Werk Celans" nachgehend, gelangte Jean Bollack (Lille) von behutsam-hermeneutischem Ansatz aus zu einer grundsätzlichen Bestimmung des Verhältnisses von Text und Interpretation. Nachdrücklich wandte er sich gegen jedes „Verbildlichen" und ließ in seinen Analysen das Gedicht aus seiner eigenen Struktur heraus deutlich werden. Dagegen ging Beda Allemann (Bonn) von der Kontextabhängigkeit jeden Sprechens aus und hob die Sperrigkeit des *Celanschen Gedichts* gegenüber der Alltagssprache hervor.

Das Gedicht dürfe nicht als starres, semiotisches System betrachtet werden, sondern müsse als „Prozeß" bewertet werden, meinte Allemann. Die anschließende Debatte zwischen Bollack, Allemann und Jacques Derrida (Paris) geriet zu einem ersten Höhepunkt des Colloquiums. Der Auffassung Derridas, der Raum, in dem Heidegger und Celan sich begegnet wären, sei nicht die Philosophie, widersprachen die beiden anderen Referenten.

Auf den Boden der Praxis der Philologie kehrte Allemann mit seinem Referat zur entstehenden historisch-kritischen Ausgabe zurück. Einzelne Gedicht-Fassungen seien dynamisch als Textzustände und nicht als Durchgangsstadien zu einem angesteuerten Ziel-Text zu begreifen. Die Entfaltung eines Textes in Paradoxien und sprachlichen Rückkoppelungen demonstrierte er an der bisher unbekannten Erstfassung des Eröffnungsgedichts von „Atemwende": „Du darfst mich mit Schnee bewirten: Ich komme mit sieben Blättern vom Sieben-Stamm."

Bernd Witte (Aachen) erläuterte am Beispiel der „Niemandsrose" zyklische Kompositionsprinzipien; fragwürdig seine These, Celans Frühwerk hülle das Schreckliche in die Aura des Schönen. Den Versuch, Celans Nachwirkungen bis in die Gegenwartslyrik aufzuspüren, unternahm Richard Exner (Santa Barbara). Dabei konstatierte er, vielleicht zu Recht, daß Celan im literarhistorisch gewohnten Sinne keine Nachfolger habe, und zwar verständlicherweise, denn diese müßten „enden wie er". In „*Zeitgehöft*", Celans *letztem* Band, sei an mehreren Stellen schon ein „Schreibtod" zu registrieren.

Höhepunkt des Symposiums waren die Ausführungen von Jacques Derrida. Sei Thema: Das Gedicht und sein Datum. Wie die Religion mit dem Datum beginne (z. B. im Ritual der Beschneidung), so sei auch das dem Gedicht eingeschriebene Datum ein „unwiederholbares". Das Gedicht verdanke sich seinem Datum, es spreche unüberhörbar von ihm. „Schreiben wir uns nicht alle von solchen Daten her, und welchen Daten schreiben wir uns zu?" konnte Derrida mit Celan fragen. An dem Gedicht „In eins" zeigte er die Vielstelligkeit des Datums. Das Schibboleth, das Losungswort, werde nicht nur semantisch, im Inneren des Gedichts, gesprochen, sondern das ganze Gedicht sei ein solches Schibboleth. Jede poetische Schrift ist Datierung, und immer muß es um das erinnerte Datum gehen, um die Forderung an den Schöpfer des Golem: „Diesem beschneide das Wort."

Die Intensität des Derridaschen Beitrags wurde auch in einigen Vortragsreihen erreicht, die in einem anderen Zusammenhang mit Celan standen: „Theorien der modernen Lyrik" und „Celan im Kontext jüdischer *Philosophie, Mysik* und der *Holo*caust-Literatur". Die Abschlußveranstaltung war dann eine Podiumsdiskussion, die acht Celan-Übersetzer zusammenführte (unter ihnen Michael Hamburger und Giuseppe Bevilacqua). Es ging um Erfahrungen mit praktischen Problemen, wie die Übertragung fremdsprachiger Zitate oder des Vokabulars der Mystik in den Gedichten.

Erwähnenswert auch noch eine Ausstellung mit Radierungen von Celans Witwe Gisèle Celan-Lestrange auf dem Gelände der Universität. Ihren Bildern hatte Paul Celan deutsche und französische Titel gegeben, die z. T. seinen Gedichten entstammen. So fragt man sich, ob hier die Bilder die Metaphern erläutern oder umgekehrt die Metaphern die Bilder.

HANS-MICHAEL SPEIER

Erde und Feuer – Traditionelle japanische Keramik der Gegenwart im Düsseldorfer Hetjens-Museum

Unberechenbar sind die Launen der Flammen

„Erde und Feuer" heißt eine Ausstellung „traditioneller japanischer Keramik der Gegenwart" im Düsseldorfer Hetjens-Museum. „Erde", das ist der Ton in Töpfers Hand, der, in ausgeklügelten Mischungen zusammengesetzt, das wichtigste keramische Element darstellt; und „Feuer" hat hier noch seine ursprüngliche Bedeutung, als Holzfeuer zum Beispiel, und will nicht als technisch erzeugte Hitze im Gas- oder Elektro-Ofen verstanden werden. Denn die in Düsseldorf versammelten neunzehn japanischen Keramiker knüpfen in Form und Technik bewußt an alte Überlieferungen des Mittelalters und der im 16. Jahrhundert aufgekommenen Teekeramik an, und setzen auf ihre Weise – die alles andere als imitativ oder traditionalistisch ist – die Bestrebungen der japanischen Volkskunst-(mingei-)Bewegung fort, die in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts ihren Anfang genommen hatte, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg voll *zum Zuge kam*.

So neu freilich ist diese traditionsgebundene Haltung keineswegs; neu ist nur die bewußte Rückbesinnung und Berufung auf die Tradition. Das heute dafür gebräuchliche Wort „Dento" ist eine Neuschöpfung als Übersetzung für den europäischen Begriff „Tradition" und kaum hundert Jahre alt. Tradition war in Japan eine Tugend ohne Namen; man lebte, dachte, äußerte sich künstlerisch im Sinne der Überlieferung, ohne sich dessen bewußt zu sein. Wenn man Japan-Kennern glauben darf, teilt sich diese Tatsache nirgends deutlicher mit als in der Keramik, die als ein Bestandteil dieser Grundhaltung gilt, worin Meditation, Naturphilosophie, Religion keine geringe Rolle spielen.

Die Ausstellung macht das deutlich, wenn auch für westliche Denkungsart nicht ohne weiteres verständlich. Die hier vertretenen, in Japan hochangesehenen Künstler – drei von ihnen führen den höchsten Ehrentitel „Lebender Staatsschatz" – schaffen aus *dieser Grundhaltung*; daß sie es mehr oder weniger bewußt tun, ändert nichts an der Selbstverständlichkeit ihres Tuns. Es macht sie auch nicht zu Nachahmern, sondern reizt sie und macht sie fähig, Neues mit Altem zu verbinden, Neues am Alten zu erproben. „Tradition wird gepflegt und entwickelt", sagt der greise Kato Tokuro, der seine Arbeiten mit Picasso und Miro austauschte, „wenn ihr in jeder Generation Widerstand entgegengesetzt wird".

Es geht also nicht – die Formenvielfalt der Ausstellung zeigt es – um die Übernahme traditioneller Formen, sondern um die Maßstäbe, die sie setzen, und um die Konstante des Umgangs mit Erde und Feuer. So sagt die einzige Keramikerin, die in Düsseldorf ausstellt, Tsuji Kyo: „Ein gutes Stück von heute, das atmet, kann mit einem über zweihundert Jahre alten Stück aus der Edo-Zeit sprechen. Ich kann eine Arbeit nur akzeptieren, wenn sie neben den alten Stücken bestehen kann." Um solchem Anspruch nachzukommen, erforschen sie die alten Formen und Techniken. Sie verschmähen industrielle Werkstoffe, stellen, wo sie auf Glasuren nicht überhaupt verzichten, diese selber her aus Aschen, Steinen und Hölzern, sie kneten den Ton mit den Füßen, graben alte Öfen aus oder bauen historische Ofentypen nach und brennen ihre Vasen, Schalen und Flaschen im Holzfeuer. Damit liefern sie ihre Arbeit immer wieder der Unwägbarkeit des Brennprozesses, den unberechenbaren Launen der Flammen aus.

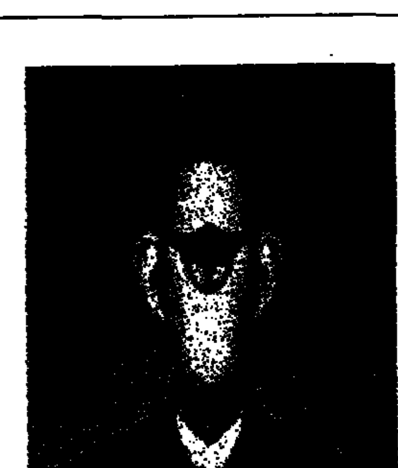
Die Kraft des Feuers, sagt Kato Tokuro, sei „die Hexe, die man nicht erwischt". Doch „wenn man sich die Keramiker der Welt anschaut, dann ist die Besonderheit der japanischen Keramiker die Sensibilität, mit der sie mit dem Feuer umgehen", ergänzt sein Sohn Kato Shigetaka. Und diese Kunst, die höchste Anspannung, höchstes Risiko und feinsten Instinkt erfordert, setzt diese Japaner instand, „nach den alten Methoden moderne, frische Formen zu schaffen" (Tsuji Kyo). *(Bis 4. Nov.; Katalog 27 Mark.)*

EO PLUNIEN

Darmstadt: R. Cieslewicz

Wenn Schuhe durch Paläste schweben

Nichts ist einfach. Den Augen werden ständig Fallen gestellt. Man kann sich dessen, was man sieht, nie sicher sein. Roman Cieslewicz benutzt den ganzen Schatz der klassischen Malerei wie das reiche Repertoire gegenwärtigen Photographierens für seine Collagen, um sie in überraschenden Kombinationen zu neuen Bildern zu vereinen. Das führt mit rund zweihundert Beispielen die Ausstellung „Roman Cieslewicz – Photomontagen, Plakate, Graphik" in der Darmstädter Kunsthalle vor.



Gegen die optische Umweltverschmutzung: Plakat von Roman Cieslewicz FOTO: KATALOG

Cieslewicz gehört neben Jan Lenica zu den bekanntesten polnischen Plakatkünstlern. Und wie Lenica lebt er seit 1963 vorwiegend in Paris. Aber anders als sein Kollege hat er nicht eine typische Handschrift entwickelt, an der man seine Arbeiten auf Anhieb erkennen kann. Cieslewicz ist in seinen Mitteln vielseitiger. Bereits seine frühen Plakate erwecken, auch wenn er sie gezeichnet hat, den Eindruck einer Collage. Denn bereits damals liebte er das graphische Zitat, die Beschwörung der vielen Bilder, die wir im Kopf tragen, *ohne noch zu wissen*, woher wir sie kennen.

In späteren Jahren hat er das für Plakate und Werbung, aber auch in freien Arbeiten weiter kultiviert. Der scheinbar naheliegende Vergleich mit John Heartfield erweist sich bei genauem Hinsehen jedoch als falsch. Heartfield hatte Agitation im Sinn. Kunst war dabei allenfalls Mittel zum Zweck. Bei Cieslewicz ist das anders. Er will den Betrachter nicht überrumpeln, er will ihn gewinnen. Seine Plakate haben zwar auch die Wirkung eines Blickfangs, doch sind sie auch eine Versuchung, ihre Andeutungen und Anspielungen zu entschlüsseln.

„Koexistenz" sind bei Cieslewicz zwei nach vorn gebeugte Gestalten, die jedoch kopflos Hals an Hals verwachsen sind. Und für die Photozeitschrift „Zoom" und gegen die „optische Umweltverschmutzung" schickt er schmalköpfige Männer ins Feld, deren Gesicht nur in der Mitte ein bebrilltes Auge trägt. Wenn er für Schuhe wirbt, dann läßt er sie durch Renaissance-Architekturen schweben oder unter dem Umhang des Dürerschen Apostels Johannes vorlugen. So hat selbst, wer sich nicht durch dieses kunsthistorische Puzzle herausgefordert fühlt, ein Vergnügen an der witzig-intelligenten Art, aus vorgegebenen Versatzstücken neue Bilder zu schaffen. (Bis 11. Nov.; Katalog 40 Mark.)

PETER DITTMAR

Auf der Suche nach der Weisheit der Kinder – Doris Lessing wird heute 65

Auszug aus der viertorigen Stadt

Als vor gut 20 Jahren ihr Roman „Das goldene Notizbuch" erschien, feierten die Feministinnen Doris Lessing als ihre große Streiterin. Und als in England vor bald 25 Jahren der letzte Band ihres großen Romanzyklus „Die Kinder der Gewalt" erschien, da hielten manche Kritiker sie für einen weiblichen George Orwell.

Doch nichts haßt Doris Lessing, die heute vor 65 Jahren in Persien geboren wurde, mehr, als in eine bestimmte Schublade gesteckt zu werden. „Ich bin keine Frau für jede Gelegenheit", sagt sie. „Ich schreibe, weil ich schreiben muß, über Dinge, die mich bewegen, die vielleicht die Welt interessieren, vor allem aber mich selbst berühren."

Schriftsteller seien vor allem Egozentriker, meint sie, seien Wesen, die in immer anderen Worten und äußeren Gestalten Themen variierten, die aus ihrem eigenen Kosmos stammten, Teil ihrer eigenen Seele seien. Und schreiben sei ein Akt der Befreiung, der Läuterung und der Selbstreinigung. Und auch der Selbstfindung. „Voller Erstaunen entdecke ich, daß mir beim Schreiben wie auf einer Reise immer neue Ziele vor Augen kommen, mich immer neue Dinge zu interessieren beginnen. Ich reise von Buch zu Buch, verlasse dabei bekannte Territorien und breche immer wieder zu neuen Ufern auf. In der Rückschau interessieren mich viele meiner alten Zielhäfen gar nicht mehr."

Am Anfang ihrer schriftstellerischen Karriere stand in den frühen fünfziger Jahren ein Buch mit dem Titel „Afrikanische Tragödie". Damals schrieb sie sich die Eindrücke ihrer Jugend und der ersten Erwachsenenjahre in Südafrika und Rhodesien vom Gewissen, wie sie es nennt. Es folgten Bände mit Erzählungen, dann erschien der erste Band ihrer stark autobiographisch gefärbten Pentalogie „Die Kinder der Gewalt".

Die Heldin dieses Zyklus, Martha Quest, das ist in groben Zügen Doris Lessing selbst. Die Abenteuer der Protagonistin auf ihren politischen und emotionalen Irrwegen, auf ihrer Odyssee von Südafrika nach London sind Doris Lessings eigene Erfahrungen, sind Kapitel ihres eigenen Lebens.

Es folgten Romane wie „Die Memoiren einer Überlebenden", eine Apokalypse über den drohenden Untergang der Zivilisation, ein Thema, das sie schon in „Die viertorige Stadt" aufgegriffen hatte. Es folgten Bücher über Katzen, die die Lieblingstiere der Autorin sind und von denen immer mindestens drei in ihrem *Haus* in *Hampstead Heath* bei London wohnen.

Kürzlich begann sie sich mit prenatalen Erlebnissen zu befassen, mit Traumdeutungen und all den Problemen, die „sich der Ratio entziehen und dennoch realistisch sind". Aus diesen Wurzeln stammen ihre Science-fiction-Romane, die zugleich den Versuch bedeuten, die Menschheitsgeschichte neu zu interpretieren und in einen halb religiösen, halb mystisch-okkulten Rahmen zu stellen.

Wer noch immer glaubt, daß Doris Lessing eine verkappte Feministin sei, der sollte ihr jüngstes Buch lesen, das sie unter einem Pseudonym veröffentlichte. „Das Tagebuch der Jane Somers" ist eine bittere Abrechnung mit der Intoleranz der Frauenbewegung, die die Kluft zwischen den Geschlechtern noch weiter aufgerissen habe. „Unsere einzige Hoffnung zum Überleben besteht darin, daß wir endlich lernen, uns als Menschen zu tolerieren, als Männer und Frauen", sagt Doris Lessing, deren größter Wunsch es ist, für den Rest ihres Lebens wieder die Weisheit von Kindern zu erlangen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



Sie möchte kein weiblicher Orwell sein: Doris Lessing FOTO: PETER PEITSCH

JOURNAL

Van-Dyck-Gemälde in Londons Porträtgalerie

SAD, London

Eine der größten Kunst-„Occasionen" erhielt einen Ehrenplatz in der Nationalen Porträtgalerie in London: ein fast zwei Meter großes Van-Dyck-Gemälde, welches das Museum für 7469,28 Mark ersteigert hat. Das vermutlich aus dem Jahre 1638 stammende Werk ist mindestens eine Million Mark wert. Das lebensgroße und guterhaltene Porträt zeigt den späteren Stuart-König Charles II. als achtjährigen Träger des Hosenbandordens. Bei der Versteigerung im Auktionshaus Christie's im Dezember stand es lediglich als „Van-Dyck-Kopie" im Katalog und war nicht einmal illustriert. Malcolm Rogers, der stellvertretende Museums-Kustos, entdeckte in einer Ecke eine Inschrift: „*Ich erkannte es sofort als echt.*" Inzwischen ist die Authentizität auch aus der Literatur nachgewiesen.

Dom von Florenz wird eingezäunt

dpa, **Florenz**

Das Gelände um den Dom von Florenz wird vollständig eingezäunt, *um die Durchfahrt und das* Parken von Autos unmöglich zu machen. Die notwendigen Maßnahmen sollen in den nächsten Wochen beginnen. Auch das durch Bauarbeiten beschädigte Pflaster um den Dom herum muß erneuert werden. In der Vergangenheit war häufig kritisiert worden, daß die – nur während der Hochsaison verbotene – Durchfahrt zwischen dem Dom und der Taufkapelle das Bauwerk aus dem 15. Jahrhundert beschädigen könne.

Messe zeitgenössischer Kunst in Paris

dpa, **Paris**

Die elfte Internationale Messe zeitgenössischer Kunst (FIAC) ist im Pariser Grand Palais eröffnet worden. 150 Galerien aus Frankreich und dem Ausland, darunter erstmals aus Australien und Korea, zeigen bis zum 28. Oktober auf 15 000 Quadratmetern rund 2000 Werke von 750 Künstlern. Auffallend ist die Zunahme der „Ein-Mann-Shows". Die FIAC hat Paris in den letzten Jahren als internationalen Umschlagplatz der Kunst wieder aufgewertet. Italienische und deutsche Avantgarde steht mit im Vordergrund der jetzigen Präsentation.

Kranke politische Häftlinge der UdSSR

DW. Bonn

Nach dem Tode dreier prominenter politischer Häftlinge in der UdSSR (Nikitin, Tichij, V. Martschenko) hat die Menschenrechtsorganisation „*Gesellschaft Kontinent*" jetzt erfahren, daß die im Juli verhaftete Wissenschaftlerin und Bürgerrechtlerin Lina Tumanowa an Krebs erkrankt ist, der bereits im ganzen Körper Metastasen gebildet hat. Dessenungeachtet soll ihr der Prozeß gemacht werden. Der im Gefängnis Tschistopol inhaftierte Psychiater Anatolij Korjagin ist nach einem vier Monate langen Hungerstreik *nicht mehr* in der Lage, normal zu essen. Sein Gesundheitszustand soll alarmierend sein. Krebsverdacht besteht im Falle des Dichters und Bürgerrechtlers Viktor Nekipelow, der in den Permer Ural-Lagern eine zwölfjährige Freiheitsstrafe verbüßt. Nekipelow leidet an einer sich vergrößernden Geschwulst am Hals, deren Ursache und Charakter von den Gefängnisärzten nicht bestimmt werden kann.

Münzfund aus dem 17. Jahrhundert

dpa, **Gevelsberg**

Aus dem Jahr 1629 stammt die älteste Münze eines Schatzfundes, der vor einigen Wochen in Gevelsberg gehoben wurde. Die Silbermünzen wurden unter dem Lehmboden eines 400 Jahre alten Hauses gefunden. Sie waren vermutich vor plündernden Soldaten während des 30jährigen Krieges dort versteckt worden. Als Herkunftsländer bestimmten die Münzforscher die heutigen Benelux-Länder, Sachsen, Braunschweig und Tirol.

Antikes Wiener Grabmal im Blickpunkt

dpa, **Wien**

Das Heroon (Heldengrabmal) von Gölbaschi, seit 102 Jahren im Depot des Wiener Kunsthistorischen Museums, wird für eine Woche ins Scheinwerferlicht gestellt. Vom 22. bis zum 28. Oktober gibt es täglich ein Programm mit Führungen und Vorträgen zu diesem reichverzierten Grabbezirk aus dem antiken Lykien. Das Heroon, ein umfriedeter Grabbezirk von 22 mal 26 Meter, war das Grabmal eines lykischen Fürsten und seiner Familie. Die Außenwand der Südseite und alle Innenmauern trugen einen Schmuck von Reliefffliesen, die insgesamt 211 Meter lang waren. Bis auf 32 Meter sind sie alle erhalten.

Der entscheidende Tip kam aus der Familie

Aus Hamburg entflohener Doppelmörder in Datteln gefaßt

HORST DALCHOW, Hamburg

Die Flucht des Doppelmörders Paul Termann aus der Hamburger Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel endete in der Nacht zum Sonntag mit seiner Festnahme in Datteln. Termann war unbewaffnet und leistete keinen Widerstand. Der 46jährige Ausbrecher war im Dezember 1982 in einem aufsehenerregenden Verfahren von einem Schwurgericht in Bremen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Termann hatte im Dezember '81 auf der Yacht „Appolonia" den 36jährigen Eigner Herbert Klein und dessen 25jährige Freundin Gabriele Humpert auf hoher See erschossen. Mit dem dritten Schuß verletzte er den 26jährigen Studenten Michael Wunsch lebensgefährlich. Der Verbrecher wollte das Schiff in seine Gewalt bringen, um mit seiner 36jährigen Freundin Doris Permin in der Karibik „ein neues Leben zu beginnen". Die Begleiterin erhielt wegen Beihilfe drei Jahre Haft.

In der Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel war der ehemalige Lokomotivführer aus Wedel bei Hamburg bis zu seiner Flucht am Freitagabend nicht aufgefallen. Nach Darstellung der Polizei hatten Termann und ein Komplize gegen 19.30 Uhr die Gitterstäbe vor dem Fenster eines Elektroraums durchsägt und sich mit Hilfe einer selbstgefertigten Strickleiter in die Tiefe gehangelt. Terman entkam. Sein 63jähriger Komplize wurde noch im Gefängnishof dingfest gemacht. In der Nacht zum Sonntag alarmierte ein Onkel des Ausbrechers die Polizei in Bochum, wo der Flüchtling vor der Wohnungstür randaliert hatte, als ihm der Eintritt verweigert wurde. Der Mörder konnte zwar noch einmal flüchten, wurde aber bald von einem Taxifahrer erkannt und kurz darauf festgenommen. Dabei will Termann einen Herzinfarkt erlitten haben.

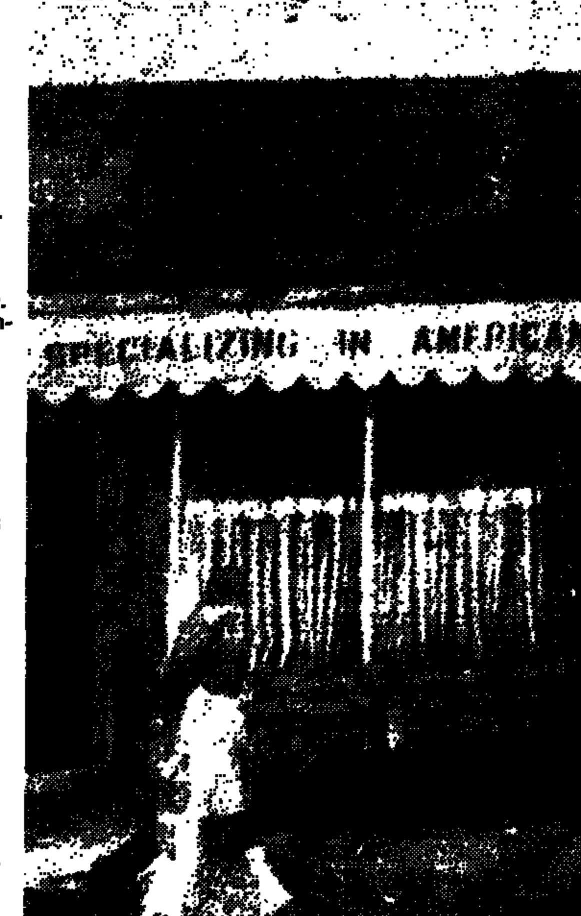
1500 Mark und eine Fahrkarte der Bundesbahn für die Strecke Hannover–Hamm hatte er bei sich. Offenbar verfügte der Ausbrecher außerhalb der Anstalt über keinerlei Hilfe.

Sein Ausbruch hat in Hamburg erhebliches Aufsehen erregt, zumal erst vor wenigen Wochen der ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilte Mörder Werner-Alexander Fischer entkommen war. Auch er wurde inzwischen (die WELT berichtete) in Athen wieder eingefangen. Der dritte spektakuläre Fall von Gefangenenflucht innerhalb kurzer Zeit hält die Polizei immer noch in Atem: Der als äußerst gefährlich geltende 42jährige Mörder Jürgen-Siegfried Kempski ist noch auf freiem Fuß. Er wurde am 11. September mit Waffengewalt befreit, als er von zwei Justizbeamten zu einer ärztlichen Untersuchung gebracht werden sollte. Für die Befreiung hatte der wegen schwerer räuberischer Erpressung zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Rolf Cornol (29) einen Hafturlaub genutzt. Am selben Tag geriet die Anstalt Fuhlsbüttel noch auf andere Weise in Verruf. Ein Richter erließ Haftbefehl gegen einen 45jährigen Justizbeamten, der dort seit 1974 als Aufseher tätig war. Er und mehrere Kollegen standen unter dem Verdacht des Rauschgifthandels in der Strafanstalt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen wurde der offenbar umfangreiche Handel von dem Strafgefangenen Fischer kontrolliert.

Die letzten Sekunden eines Sturzes

Ahnungslos geht ein Paar in Denver im US-Bundesstaat Colorado spazieren. Die Frau sieht den Mann an, spricht mit ihm; dieser blickt nach vorne. Gesammelt oder mit den Gedanken weit weg? Niemand weiß das. Die beiden Menschen wirken jedoch wie eine Einheit. Sekunden später ist das Chaos wie aus heiterem Himmel da, über die beiden hereingebrochen. Im buchstäblichen Sinn des Wortes. Von oben, aus dem dritten Stockwerk eines Hotels, fällt die lebensmüde 36jährige Loretta Savage. Keiner kennt ihre Motive. Zwischen den drei Menschen bestand bislang keine Verbindung. In wenigen Augenblicken bilden sie jedoch eine Leidensgemeinschaft, wenn die fallende Frau die Passanten mit der Präzision eines Schicksalschlages trifft. Die Unausweichlichkeit ist schon auf dem oberen Foto zu erkennen. Der Mann und die Frau kommen unverletzt mit einem Schock davon. Loretta Savage liegt mit schweren Brüchen und inneren Verletzungen auf der Intensivstation des Denver Krankenhauses.

FOTOS: AP





„Rotkäppchen"-Prozeß: Freispruch für den Wolf

DW. Venedig

Ein „Gericht" in Venedig hat mit der Legende des „bösen Wolfs" im Märchen von Rotkäppchen gebrochen. Acht Schöffen sprachen den „Angeklagten" am Samstag frei. Namhafte Juristen der Lagunenstadt hatten den „Prozeß" mit echten Staatsanwälten, Richtern und Verteidigern organisiert. Die „Anklage" hatte eine lebenslange Freiheitsstrafe für den Wolf wegen Freiheitsberaubung, Vergewaltigung und Mordes beantragt.

Nach eintägiger Prozeßdauer kamen die Richter aber zu einer anderen Auffassung: Das Märchen sei eine literarische Übertragung von sexuellen Initiationsriten, wobei der Wolf die Rolle eines Mannes übernommen habe, die als sozial angemessene Handlung strafrechtlich nicht relevant sei.

Prozeßstoff waren die Fassungen des Rotkäppchenmärchens der Gebrüder Grimm. Rotkäppchen, dessen Alter auf 14 bis 15 Jahre geschätzt wurde, provoziere ein sexuelles Abenteuer, während der Wolf als Symbol des Bösen dies ausnutze.

Die Thesen der Verteidigung setzten sich aber schließlich durch: Der Wolf sei ein verkleideter Stellvertreter der frühen Nomaden, die erst später von dem Bauernstand dämonisiert worden seien.

Die Angst in der Dunkelheit des Waldes, die Folter, der „Tod" und die Wiederauferstehung Rotkäppchens, das im Märchen mit der Großmutter vom Wolf gefressen und vom Jäger aus dem Bauch des Tiers wieder befreit wird, sei als Initiationsritus zu verstehen. Am Ende erscheint sogar Rotkäppchen in einem ungünstigen Licht: Das Mädchen habe – von Sexualängsten geplagt – selbst die Geschichte erfunden.

Italiens Privat-TV darf schon wieder ausstrahlen

Regierung Craxi unterläuft die Anordnungen der Justiz

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Das italienische Privatfernsehen ist seit dem Wochenende im ganzen Land unbehelligt wieder auf dem Bildschirm. Mit einem Gesetzesdekret hat die Regierung Craxi die Anordnung dreier Amtsrichter unterlaufen, mit der Anfang voriger Woche die drei größten Privatsender am Ausstrahlen ihrer Programme in den Regionen Latium, Piemont und Abruzzen gehindert worden waren. Das Dekret legalisiert den Status quo ante, indem es den Sendeketten das Recht einräumt, ihre auf Video-Kassetten registrierten Programme über örtliche Zweigsender gleichzeitig im ganzen Land zu verbreiten. Es hat eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr.

Innerhalb dieses Zeitraumes muß das Parlament das vom Verfassungsgerichtshof schon 1976 angemahnte Fernsehgesetz verabschieden. Für dieses Gesetz hatten die Verfassungsrichter zwei Grundsätze aufgezeigt: 1. Privatunternehmer haben das verfassungsmäßige Recht, „im lokalen Bereich" Rundfunk- und Fernsehsender zu betreiben. 2. Das Monopol für landesweite Rundfunk- und Fernsehsendungen bleibt bei der staatlichen Gesellschaft RAI-TV.

Der Gesetzgeber muß jetzt den Begriff „im lokalen Bereich" definieren und eine Antwort auf die Frage geben, ob mit der landesweit gleichzeitigen Ausstrahlung eines Video-Kassetten-Programmes durch die örtlichen Gliedsender einer privaten Senderkette das RAI-Monopol verletzt wird oder nicht. Dieser Methode bedienen sich die drei von den Amtsrichtern Roms, Turins und Pescaras blockierten Sendenetze „Canale 5", „Italia 1" und „Retequattro", die sich alle in der Hand des Fernsehunternehmers Silvio Berlusconi befinden.

Das jetzt erlassene Gesetzesdekret ist sofort in Kraft getreten, bedarf jedoch der Ratifizierung durch beide Parlamentshäuser innerhalb von 60 Tagen. Wird diese Ratifizierung verweigert, muß es als von Anfang an ungültig kassiert werden. Bisher haben sich nur die Kommunisten gegen eine Ratifizierung ausgesprochen. Sie bezeichneten das Dekret als „verfassungswidrig" und als einen „unerhörten Handstreich".

Der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi vertrat demgegenüber in der Ministerratssitzung, von der am Samstag das Gesetzesdekret verabschiedet wurde, die Ansicht, daß dem Vorgehen der drei Amtsrichter gegen die privaten Sendenetze die rechtliche Grundlage gefehlt habe. Da es noch kein Gesetz über die Begrenzung und über die Modalitäten des Privatfernsehens gebe, könne kein Bürger auf diesem Gebiet wegen einer angeblichen Gesetzesverletzung belangt werden.

Der Minsterpräsident wies außerdem darauf hin, daß durch die richterliche Aktion der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Staatsbürger verletzt worden sei. Sie habe bewirkt, daß die Bürger einer Region das private Fernsehen weiterhin empfangen konnten, die Bürger einer anderen Region aber nicht mehr. Schließlich verwies der Regierungschef auch noch auf den wirtschaftlichen Schaden, der durch die Außerbetriebsetzung der Umsetzer und der Video-Kassetten-Studios der drei Sendenetze entstanden sei.

LEUTE HEUTE

Verschluckt

Ein Schluck Wasser ist dem spanischen Sänger **Julio Iglesias** am Samstag abend offenbar in den „falschen Hals" geraten. Er mußte sein Konzert in der ausverkauften Jahrhunderthalle in Frankfurt-Höchst abbrechen. Nach dem Schluck und vergeblichem Räuspern bat der Barde um eine Pause. Als Iglesias nicht wieder auftauchte, gab es Buh-Rufe. Schließlich entschuldigte sich Iglesias höchstpersönlich beim Publik. Das Publikum soll den vollen Eintrittspreis zurückerhalten.

Fleißig

Die Queen ist mit Abstand der fleißigste „Akkordarbeiter" der ganzen königlichen Familie. Das beweist eine Bilanz im Londoner Sonntagsblatt „Sunday People". Danach hat **Königin Elizabeth** in den fünf Jahren von Anfang 1979 bis Ende 1983 bei 1977 Anlässen Hände geschüttelt und gütig gelächelt. Ehemann **Prinz Philip** ist mit 1333 Einsätzen abgeschlagener Zweiter. Ganz zu schweigen von Thronfolger **Charles** (1007 offizielle Auftritte), der sich dann auch unlängst vom Vater rüffeln lassen mußte. Dabei liegt der Kronprinz immer noch besser im Rennen als Schwester **Anne**, deren Erscheinen nur 744 Anlässen königlichen Glanz verliehen hatte.

Rentner Trudeau

Der ehemalige kanadische Premierminister **Pierre Elliott Trudeau** feierte seinen 65. Geburtstag und wurde damit Rentner. Seine Angestelltenrente, die er künftig bezieht, beträgt monatlich 272,17 kanadische Dollar (etwa 620 Mark). Trudeau braucht deshalb nicht zu darben. Er ist nicht nur von Hause aus ein reicher Mann, sondern bekommt als ehemaliger Premierminister auch eine Pension von 80 000 kanadische Dollar im Jahr, das sind rund 15 000 Mark im Monat.

Ein Blick zum „Ende" des Universums

AP, Berkeley

Astronomen von der Universität von Kalifornien ist es gelungen, einen Blick in eine Jahrmilliarden zurückliegende Vergangenheit zu tun. Sie entdeckten am „Ende des Universums" neun bisher optisch nicht wahrgenommene Galaxien, die vermutlich alle mindestens zehn Milliarden Lichtjahre von unserem Sonnensystem entfernt sind. In der Nähe des Sternbildes Löwe wurde ein Milchstraßensystem am Himmel aufgefunden, dessen Licht 20 Millionen mal schwächer ist als das des mit bloßem Auge gerade noch erkennbaren lichtschwächsten Sterns am Nachthimmel. Ein Lichtjahr ist die Entfernung, die das sich mit einer Geschwindigkeit von 300 000 Kilometer pro Sekunde ausbreitende Licht in einem Jahr zurücklegt. Die entfernten Sternsysteme, deren Licht jetzt auf der Erde ankommt, bieten sich dem irdischen Betrachter somit in einem Zustand dar, den sie vor Jahrmilliarden hatten. Zwei Astronomen hatten zwei Jahre lang systematisch jene Himmelsbereiche abgesucht, aus denen Radioteleskope schwache elektromagnetische Strahlen aufgefangen hatten.

Gattung „Stadtmensch"

AP, Miami

Mit einer „Welturaufführung" warteten am Wochenende der Metrozoo von Miami im US-Bundesstaat Florida auf: In einem Außengehege war, umgeben von Möbeln, einem Telefon und einer Schar Galapagos-Schildkröten, ein Exemplar der Gattung „Stadtmensch" zu betrachten. Die Heger verpflegten den 38jährigen „Stadtmenschen", einen Schauspieler, mit „Spezialfutter" – Kartoffelchips, Fischbouletten und Limonade. Der „Stadtmensch" führte vor, was ein Vertreter seiner Gattung normalerweise so zu tun pflegt: Er saß am Schreibtisch, führte anscheinend wichtige Telefongespräche, blätterte den Anzeigenteil einer Zeitschrift durch, warf kritische Blicke auf die Schreibtischplatte, besprühte den Tisch mit einem Desinfektionsmittel, hörte Radiomusik und schälte eine Apfelsine.

Zum 2. Mal abgebrannt

AP, Düsseldorf

Zum zweiten Mal innerhalb von 13 Jahren ist am Wochenende ein Bowling-Center in der Nähe des Düsseldorfer Messegeländes abgebrannt. Dabei entstand ein Sachschaden von mindestens sieben Millionen Mark. 1971 war die Sportanlage durch einen Brand total zerstört worden.

Erdbeben am Ätna

dpa, Catania

Zum zweitenmal innerhalb von zwei Tagen sind zahlreiche Ortschaften an den Hängen des sizilianischen Vulkans Ätna am Wochenende von einem Erdbeben heimgesucht worden. Ein 55jähriger Mann aus der Ortschaft Zafferano wurde durch ein herabstürzendes Dachteil tödlich verletzt. Die Bevölkerung stürzte in Panik auf die Straßen. Zahlreiche Häuser bekamen Risse. Das Erdbeben erreichte die Stärke fünf auf der Richterskala.

Anschlag auf D-Zug

dpa, Günzburg

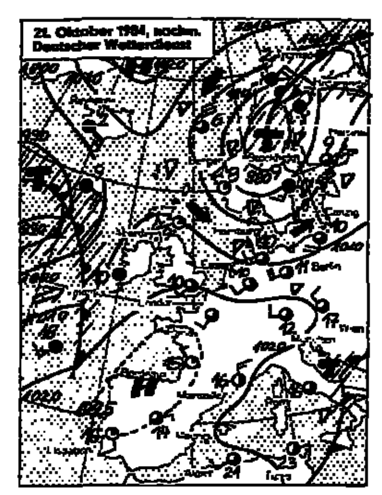
Bei einem Anschlag auf einen D-Zug der Bundesbahn ist am Wochenende bei Günzburg ein Sachschaden von 100 000 Mark angerichtet worden. Verletzt wurde niemand. Ein Unbekannter hatte eine drei Meter lange Metallkette, an deren Enden schwere Steine hingen, von einer Brücke auf die Oberleitung der Hauptstrecke München–Stuttgart geworfen. Die Frontscheibe der Lokomotive wurde durchschlagen. Bereits vor einem Jahr war ein ähnlicher Anschlag an derselben Stelle verübt worden. Der Täter wurde nicht gefaßt.

ZU GUTER LETZT

Damit Fußgänger künftig nicht mehr schmerzhafte „Kopfnüsse" durch herabfallende Kastanien erleiden müssen, pflanzt die Stadt Krefeld jetzt aus Versicherungsgründen Kastanienbäume ohne Kastanien. Eine derzeitige Züchtung war Experten durch Zufall gelungen.

WETTER: Neues Sturmtief

Wetterlage: In einer zügigen westlichen Strömung greifen die Ausläufer eines atlantischen Sturmtiefs im Laufe des Montags auf ganz Deutschland über.



Vorhersage für Montag:

Nord- und Westdeutschland: Im Vormittagsverlauf aufkommender länger andauernder Regen. Temperaturanstieg auf 12 bis 15 Grad. Tiefsttemperaturen 11 bis 7 Grad. Frischer bis starker, im Küstengebiet auch stürmischer Wind aus Südwest. **Süddeutschland und Berlin:** Vormittags meist heiter und trocken, in der zweiten Tageshälfte Bewölkungsverdichtung und nachfolgend aufkommender Regen.

Weitere Aussichten:

Wechselhaftes Schauerwetter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	26°
Bonn	11°	Kopenh.	11°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	10°	London	10°
Frankfurt	9°	Madrid	14°
Hamburg	10°	Mailand	15°
List/Sylt	11°	Mallorca	20°
München	12°	Moskau	12°
Stuttgart	11°	Nizza	17°
Algier	21°	Oslo	10°
Amsterdam	11°	Paris	10°
Athen	23°	Prag	11°
Barcelona	17°	Rom	16°
Brüssel	10°	Stockholm	9°
Budapest	16°	Tel Aviv	24°
Bukarest	21°	Tunis	23°
Helsinki	9°	Wien	17°
Istanbul	16°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.00 Uhr, Untergang: 17.12 Uhr; **Mondaufgang:** 5.07 Uhr, Untergang: 17.04 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Schneiderianer" aus aller Welt huldigten ihrem Idol

EVI KEIL, Bonn

„Die Tänzerin Josefa Tramm – mehrfach bestohlen, ausgeraubt und vergewaltigt, bekannt auch durch zahlreiche Leserbriefe im deutschen Blätterwald – gibt sich die Ehre aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres Erzeugers, Förderers und Wegbegleiters . . ."

Hunderte von Juristen in der Bundesrepublik Deutschland wußten Bescheid, als diese Einladung im Postkasten steckte: Der Erzeuger der Josefa Tramm, der Repetitor Dr. Paul Schneider in Bonn, sollte gefeiert werden. Die fiktive Dame gehört bis zum heutigen Tag zu seinen zahlreichen plastischen Figuren, die alle Winkelzüge des Strafrechts durchleuchten.

Man schätzt, daß an die 40 000 Nachkriegsjuristen seit 1945 durch das Repetitorium von Paul Schneider gegangen sind. Was seinen unglaublichen Erfolg ausmachte, demonstrierte er selbst wieder einmal im Kreise von Hunderten angereister Gratulanten: In der Bonner Kaiserstraße 1c moderierte der Repetitor in genial kabarettistischer Form zu den Themen „künstliche Befruchtung, Verfassungswidrigkeit der Grünen und Folgen der Trunkenheit nach einer Geburtstagsfeier bei Paul Schneider".

Es war knuffig voll, in dem seit 40 Jahren schlecht gestrichenen Unterrichtsraum, dessen hinterste Winkel, der sogenannte Gammelkäfig, nicht mehr im Blickfeld des Repetitors liegen. Er selbst stand auf einem kleinem Podium mit abgewetztem beigen Teppich und aufgenähtem Fußabdruck. Den braucht er für sein linkes Standbein. Paul Schneider – keinen Satz gibt es, den er formuliert, ohne dabei im Tangoschritt oder wie ein Tiger im Käfig hin und her zu pendeln.

Josefa Tramm hat viele Konkurrenten, den ständig auf Unterhaltsansprüche nachsuchenden Gelegenheitsarbeiter Joseph Emsig und – im Bereich der Sittlichkeitsdelikte – die „spanische Fliege Lola", die schöne Sünde par excellence. „Es waren", sagen noch heute seine ehemaligen Schüler, „die schönsten Stunden des Studiums", wenn sie bei ihrem Repetitor saßen. Er habe es verstanden, „spröde Materie verständlich zu verklickern".

Schneiderianer erkennen sich auf der ganzen Welt. Drei Delegierte bei einer Seerechtskonferenz stellten an Hand ihrer Diktion fest, daß sie im Repetitorium Schneider gesessen hatten. Bonns stellvertretender Regierungssprecher Jürgen Sudhoff, Schneiderianer, erinnert in seinem Glückwunsch an eben diese eigene Diktion, die heute immer wieder ein Bindeglied zwischen Juristen werden könne. Bei Schneider saßen Adenauer-Sohn Georg, Erhard-Tochter Elisabeth, die deutschen Botschafter Günther van Well, USA, und Peter Hermes, Rom, Ex-Kultusminister Professor Paul Mikat und der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz, der leitende Bonner Oberstaatsanwalt Franzbruno Eulencamp und der verstorbene Sexualwissenschaftler Professor Hans Giese sowie Professor Fritz Rittner, Freiburg, last but not least die beiden Bonner Staatssekretäre Klaus Kinkel, Justiz, und Lothar Ruehl, Verteidigung.



Noch immer der Tiger mit Tangoschritt – Repetitor Paul Schneider FOTO: EVI KEIL

Paul Schneider ist in Bonn geboren. Sein Vater war Chemiker. Der Sohn Paul war mütterlicherseits juristisch vorbelastet. Zu seinen Vorfahren gehört der Mitverfasser des BGB, Professor Eck. Schneider studierte in Bonn, mußte in die Reichswehr eintreten, wurde in Rußland verwundet und hat 1945 das Repetitorium eingerichtet. Einer „Zwangsverpflichtung" als Staatsanwalt entledigte er sich '46 mit dem attestierten Hinweis auf seine Überlastung als Repetitor. Die Militärregierung hatte ihn 1945 als unbelasteten Juristen dazu auserkoren.

Man merkt diesem „Durch-und-durch-Juristen" an, wieviel Spaß ihm noch heute die Materie macht. Im Gegensatz zu den Professoren, die auf Fachgebiete beschränkt sind, lehrt Schneider noch immer „alle Fächer". Ein Zehnkämpfer der Jurisprudenz.

